LECHTS UND RINKS

Ist es Zufall, dass der Antiimperialist Horst Mahler mühelos im nationalen Lager eine Heimat fand oder birgt der Kampfspruch »patria o muerte« Implikationen in sich, die so gar nicht mit einem linken Minimalkonsens vereinbar sind? Wie weit ist der Weg von einer verkürzenden Kritik des Kapitalismus zu latent antisemitischen Verschwörungstheorien? Ist die Berufung auf Multikulti links? Ist die Berufung auf Natur links? Mit unserem ein wenig heiklen und ungewöhnlichen Schwerpunkt wollen wir beleuchten, inwiefern sich aktuell linke Postulate mit Versatzstücken rechter Ideologien überschneiden.



NUMMER 46 APRIL 2005 EURO 3,50 ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT



IMPRESSUM

ZAG ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
HERAUSGEBERIN Antirassistische Initiative e.V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder. **REDAKTIONSANSCHRIFT** ZAG/ARI, c/o Netzwerk e.V., Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, Telefon 7857281, Fax 7869984 E-Mail redaktion@zag-berlin.de Internet www.zag-berlin.de **BANKVERBINDUNG** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 10020500, Abo-Kontonummer 3039601, ARI-Spenden-Kontonummer 3039600 **ERSCHEINUNGSWEISE** halbjährlich **V.I.S.D.P.** Peter Finger **GRAFISCHE GESAMTGESTALTUNG** Brigade Neuroth **ES GILT** die Anzeigenpreisliste vom 01. April 2001. Die ZAG hat stets Interesse an MitarbeiterInnen und Artikeln aus dem Bereich Antirassismus. Am liebsten sind uns klar strukturierte Artikel mit nicht mehr als 8.000 Zeichen, die auf keinen Fall mit »Seit der Abschaffung des Asylrechts...« beginnen sollten. Texte bitte per E-Mail im Word- oder RTF-Format an oben stehende Adresse senden. Da die Redaktion sich Überarbeitungen und Kürzungen vorbehält, bitte eine Kontaktadresse angeben.

INHALT

DER LANGE MARSCH An dieser Stelle wollen wir unserer langen Tradition nachkommen, eigene Fehler und Missverständnisse einzuräumen und zu korrigieren. Der peinlichste Fakt dieser Art in den letzten Jahren ist, den derzeitigen Außenminister der Bundesrepublik, Herrn Joseph Fischer, in blinder Ignoranz gänzlich falsch eingeordnet zu haben. An dieser Stelle war er nun schon mehrere Male Anwürfen ausgesetzt, von denen wir nun eingestehen müssen – sie waren kurzsichtig und falsch, Asche auf unsere Häupter. Im Gegensatz zu seiner faktenschaffenden Subversion des Systems waren die Bemühungen der ZAG, das Schengener Abkommen zu bekämpfen, von kindlicher Naivität und Ineffizienz geprägt. Wir müssen gestehen: Wir haben dich unterschätzt, Genosse Joschka! Dein langer Marsch hat sich gelohnt! Komm an unsere Brust. Lass uns die kleinlichen Nickligkeiten vergangener Tage vergessen! ::::::: Die Zeit der Offenbarung hat auch den Genossen Berlusconi bewegt, sein großes friedensbewegtes Herz zu zeigen. Sein Weg war dornenreich, doch nun ist er am Ziel: Der pazifistischen Einigung Italiens! Ein toter italienischer 007 und schon fuppt's. Da wollen wir uns mit einer prognostischen Vorverurteilung des neuen Weltbankchefs, Herrn Paul Wolfowitz, doch lieber etwas zurückhalten, denn weitere peinliche Fehleinschätzungen würden dann doch unserem moralisierenden Gequengel jede Glaubwürdigkeit rauben. So als Anfang lieber Genosse Paule: Ein paar unauffällige Zuwendungen – wir helfen gerne mit Adressen aus. ::::::: Das bringt uns auch schon wieder zurück in die Verstrickungen des Alltags, in dem die ZAG ihrer Vorbildfunktion pflichtgemäß nachgekommen ist und das Antikrokusdiskriminierungsgesetz beschlossen, ratifiziert und voll umgesetzt hat. Wir wissen um die faktenschaffende Kraft des Normativen. Nächste Woche folgt das innovative AlleMenschensindgleichGesetz und dann wird die Welt in ihren Grundfesten erschüttert, auf den Ruinen werden wir zusammen mit unseren Genossen Joschka, Silvio und Paul tanzen und aus den Trümmern ein neues Refugium für die ARI errichten. Denn dass der ZAG-Briefkasten und das ARI-Sofa beim Erscheinen des Heftes nicht mehr in der Yorckstraße zu Hause sein werden, ist leider so gut wie sicher. So ist in Zukunft unser Briefkasten bei den geliebten Genossinen und Genossen von Netzwerk e.V. untergekrochen und von nun an postalisch erreichbar unter: ZAG, c/o Netzwerk e.V., Gneisenaustraße 2a, 10 961 Berlin. Alles andere bleibt, wie's lang schon war.
Eure GenossInnen von der ZAG

DOKUMENTATION

BUNDESDEUTSCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK UND IHRE TÖDLICHEN FOLGEN, 1993 BIS 2004, 12. AKTUALISIERTE AUSGABE

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V.

Die Asylpolitik der BRD hat einen Punkt erreicht, an dem sich Innenminister Schily selbstzufrieden zurücklehnt und die »Erfolge« seiner Politik lobt. Noch nie in den letzten 20 Jahren haben so wenige Menschen in der BRD einen Asylantrag gestellt. Zeitgleich war die Anzahl der anerkannten Asylanträge im Jahre 2004 auf 960 (!), also 1,5 % der AntragstellerInnen, gesunken. Nur 1,8 % der BewerberInnen (1.107 Personen) erhielten Abschiebeschutz aus politischen und humanitären Gründen. Obwohl es weniger Menschen gelingt, nach Deutschland zu kommen und Asyl zu beantragen, proklamiert Schily weiter unermüdlich Flüchtlingsauffanglager außerhalb Europas und fördert modernste Überwachungssysteme für sämtliche Grenzen. Da fast einhundert Prozent der Asylanträge abgelehnt werden, definieren die politischen Hardliner konsequenterweise einen »massenhaften Asylmißbrauch«, den es weiter zu bekämpfen gilt. Soweit die offizielle Version. ::::::: Eine andere Sichtweise vermittelt die Dokumentation »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen, 1993 bis 2004«, die seit Februar in der 12. aktualisierten Auflage vorliegt. In zirka 3.800 Einzelgeschehnissen schildert die Chronik die Auswirkungen der Flüchtlingspolitik auf die Betroffenen selbst. Sie beschreibt die Wirkung eines fast perfekten rassistischen Systems zur Flüchtlingsabwehr in seinen verschiedenen Facetten auf die einzelnen Menschen. Auf Menschen, die gehofft hatten, in diesem Lande Schutz und Sicherheit zu finden, und letztlich an diesem System zugrunde gingen oder zu Schaden kamen. ::::::: Die Dokumentation berichtet nicht nur von Menschen, die nach der Abschiebung aus der BRD mißhandelt oder gefoltert wurden oder an den Grenzen zu Tode kamen oder verletzt wurden. Sie berichtet auch über die innerstaatlichen Grenzen, denen sich Flüchtlinge gegenüber sehen. Allein die Zwangsunterbringung in Lagern, das Leben ohne Bargeld bei gleichzeitigem Arbeitsverbot oder die Residenzpflicht sind per Gesetz festgelegte Ausgrenzungen, durch die die betroffenen Menschen spüren und erleben , dass sie unerwünscht sind. Noch deutlicher wird dies durch die amtlichen Bescheide: die Ablehnung des Asylantrags oder die schriftliche Aufforderung, die Sachen zu packen und auszureisen. Wer als Flüchtling diese staatlichen Restriktionen nicht akzeptiert und zum Beispiel trotzdem arbeitet, seinen Landkreis verläßt oder bei drohender Abschiebung untertaucht, wird bestraft und kann dann als »Krimineller« leichter abgeschoben werden. ::::::: Vor Angriffen auf der Straße von rechtsradikalen oder rassistischen Schlägern muß sich ein Flüchtling ebenso fürchten wie vor Mißhandlungen durch Angehörige der Bundes- oder Landespolizei. ::::::: Die Einzelfälle der Dokumentation sind mit Sicherheit nur die Spitze des Eisbergs. Sie belegen aber immer wieder , dass Flüchtlinge einem System rassistischer Normalität gegenüberstehen, das massiv auf sie einwirkt und dem sie nicht entrinnen können. Vor dem Hintergrund von Gesetzen, Gerichtsurteilen und Behördenentscheidungen und der allgemeinen Stimmung gegen die Flüchtlinge agieren die ausführenden BeamtInnen entsprechend »dienstbeflissen«. Angehörige der Ausländerbehörden erhöhen schon mal den Ausreisedruck mit Abschiebeankündigungen auf suizidgefährdete Menschen unter Mißachtung ärztlicher Gutachten und bringen sie in Lebensgefahr. Es sind ebenfalls BeamtInnen in Ausländerbehörden, die dem durch Folter im Irak traumatisierten Flüchtling Wahid Seid erst nach dem vierten rassistischen Überfall, nach einem Suizidversuch und erst nach dem vierten Antrag auf Umzug von Mecklenburg-Vorpommern nach Niedersachsen in die Nähe seines Bruders ziehen lassen. Sozialhilfe bekommt er dann allerdings nicht mehr und er muß sich in Behandlung seiner erlittenen psychischen Traumata begeben. ::::::: BeamtInnen, die Abschiebungen durchsetzen sollen, werden schon mal direkt handgreiflich. Da wird geschlagen, gefesselt, geknebelt, gewürgt oder schlichtweg schikaniert. Da werden Kinder von den Eltern getrennt, PatientInnen direkt aus dem Krankenhaus abgeholt. Da passierte es in einem Spezialraum des Bremer Polizeipräsidiums, dass der abgelehnte Asylbewerber Laye-Alama Condé bei einer Brechmittelverabreichung durch einen Gerichtsmediziner mit Hilfe zweier Polizeibeamter durch massive Gewalt und unter Mißachtung ärztlich-ethischer Vorschriften ertränkt wurde. Da wird eine vietamesische Abschiebegefangene in der JVA Dresden über mehrere Stunden fast nackt mit Schaukelfesselung gequält, weil sie verbotenerweise gesungen hatte. Es geschieht im Abschiebegefängnis Eisenhüttenstadt über Monate immer wieder, dass Gefangene in einem besonderen Gurtsystem wie Tiere ausgebunden werden, um sie zu bestrafen oder »ruhig« zu stellen. Die Erfahrung zeigt , dass die TäterInnen keine ernsthaften strafrechtlichen Konsequenzen zu befürchten haben.

DATEN

Die Dokumentation umfasst den Zeitraum vom 01. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 2004. 161 Flüchtlinge starben auf dem Weg in die BRD oder an Grenzen, davon allein 121 an den deutschen Ost-Grenzen. 421 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 259 an deutschen Ost-Grenzen. 125 Flüchtlinge töteten sich angesichts der drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, davor zu fliehen, davon 48 Menschen in Abschiebehaft. 575 Flüchtlinge haben sich aus Angst oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung selbst verletzt (Risiko-Hungerstreiks) oder versuchten, sich umzubringen, davon 372 Menschen in Abschiebehaft. 5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und 262 Flüchtlinge wurden bei Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen während der Abschiebung verletzt. 21 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode. Mindestens 384 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär mißhandelt und gefoltert, 59 verschwanden nach einer Abschiebung spurlos. 11 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen, 360 wurden von Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 118 in Haft. 67 Menschen starben bei Bränden oder Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, 700 Flüchtlinge wurden zum Teil erheblich verletzt. 12 Menschen starben durch rassistische Angriffe auf der Straße.

EIN FAZIT

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen 323 Flüchtlinge ums Leben, durch rassistische Übergriffe oder bei Bränden in Unterkünften starben 79 Flüchtlinge. ::

NEU ERSCHIENEN Dokumentation »Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen, 1993 bis 2004« DIN A4, 318 Seiten, Ringbindung oder CD-ROM ::::: Preis: EUR 12,00 (bei Versand plus EUR 01,60) ::::: Bezug über: Antirassistische Initiative e.V., Yorckstraße 59, 10965 Berlin, Telefon: 7 85 72 81, Fax: 7 86 99 84, E-Mail: ari-berlin @gmx.de, Internet: www.berlinet.de/ari/titel

DAS DAMOKLESSCHWERT

UND WIE ES ÜBER DER YORK 59 BAUMELT

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V.

Seit seinem Bau im Jahre 1896 hat das rote Backsteingebäude in der Yorckstraße 59 viele Mieter gesehen: eine Bronzegießerei fand in den 300 Quadratmeter großen Fabrikhallen des Gebäudes Platz, eine Schlosserei und eine Handstaubsauger-Firma. Doch niemand hat den Charakter des Gebäudes so verändert, wie die BewohnerInnen des Projektes Yorck 59.

WIE ALLES BEGANN

Die Geschichte dieses alternativen Wohn- und Arbeitsprojektes begann 1988, als eine Gruppe von sieben jungen Leuten Räume in West-Berlin suchte, um zusammen in einer WG zu wohnen. In West-Berlin gab es immer mal wieder leer stehende Fabriketagen, die sich ausbauen und zu Wohnzwecken umgestalten ließen. So auch das Hinterhaus in der Yorck 59. Insgesamt vier große und drei kleine Etagen wurden der Gruppe vom Eigentümer des Hauses angeboten, die zuvor von kleinen Gewerbebetrieben genutzt worden waren, etwa von einer Firma, die Tortenuntersetzerdeckchen in den schönsten Farben und Formen stanzte. Die Papierreste fanden sich noch Jahre später in allen Ritzen der Böden und Heizkörper. Der Eigentümer bot Gewerbemietverträge mit Wohnrecht für 60 Personen für mindestens elf Jahre an. Die Gesamtmiete war bezahlbar und auch offene Bereiche des Hauses für Veranstaltungen und politische Gruppen konnten von den BewohnerInnen auf Grund der niedrigen Miete mitfinanziert werden. Schnell fanden sich in Freundes- und Politkreisen der Ursprungsgruppe weitere InteressentInnen, um gemeinsam das vierstöckige Hinterhaus als linkes Wohn- und Politprojekt aufzubauen. Mehrere Gruppen sagten fest zu, in einer Kraftanstrengung von wenigen Monaten zu planen, Baumaterial zu organisieren und mit je 2.000,00 DM Einlage die 2.700 qm umzugestalten. WGs, eine Veranstaltungsetage und Arbeitsräume für politische Gruppen sollten die leeren Etagen mit Leben füllen. ::::::: Im Anschluss an die IWF-Kampagne im Dezember 1988 schloss der von den zukünftigen BewohnerInnen gegründete Verein Färbung e.V. den Mietvertrag ab und eine intensive Umbauphase begann. In dieser Zeit vorsorgte eine gemeinsame Großküche die zirka 50 an den Bauarbeiten beteiligten Frauen und Männer. In den ersten zwei Jahren wohnten sie in den Fabrikhallen Bett an Bett, dann begannen sie nach und nach sich ihre Nischen zu schaffen. Doch Einzelne versuchten auch ein Wohnen ohne feste Trennwände, »offenes Wohnen« genannt, teilweise über Jahre hinweg.

GEMEINSAMKEIT IM UNTERSCHIED

Heute beeindruckt vor allem die Vielfalt der selbstausgebauten WGs. Jede der sechs Wohnungen, in denen durchschnittlich sieben bis acht Leute leben, sieht anders aus. Manche haben größere Gemeinschaftsräume, andere haben auf große Einzelzimmer Wert gelegt. So gibt es in der Wohngemeinschaft im vierten Stock etwa ein großes Wohnzimmer, das durch verwinkelte Glasscheiben von der Küche abgetrennt ist. An den Wänden der ehemaligen Fabrikhalle reihen sich die Schlafzimmer aneinander. Viele Bewohner schlafen zwischen Decke und Boden, so können die bis zu sechs Meter hohen Etagen perfekt genutzt werden. Die Fabrik, die sich hier einmal befand, verrät ein noch vorhandener großer Lastenaufzug, der die WG-Küchen verbindet. Eintreten ist erlaubt, denn auch, wenn jeder Bewohner der Yorck 59 inzwischen sein eigenes Zimmer hat, steht die Idee der großen Gemeinschaft weiterhin stark im Vordergrund. Regelmäßige Treffen der HausbewohnerInnen sowie gemeinsame Partys in der hauseigenen Veranstaltungsetage gehören ebenso dazu wie das Kleiderregal im Hausflur. Dort kann jedeR seine Sachen, die er nicht mehr leiden mag, deponieren und sich mit den Kleidungstücken anderer HausbewohnerInnen eindecken. Heute leben neben ungefähr 50 Erwachsenen auch 10 Kinder im Haus. Im Sommer lädt der begrünte zweite Hinterhof samt Planschbecken und Sandkasten sie und die halbe Nachbarschaft zum Spielen ein.

PROJEKTE (GEHÖREN) INS HAUS!

Für die beiden »kleinen« Etagen von je 240 qm gab es anfänglich unterschiedliche Ideen. Klar war, dass eine von beiden überwiegend frei bleiben sollte, für Ausstellungen, Partys, Veranstaltungen, Vollversammlungen (VVs) und Sport. Die andere sollte in verschiedenen Räumen eine Werkstatt, ein Gemeinschaftsbad (später ein Atelier), ein Archiv beherbergen und für feste Politgruppen Arbeitstreffen oder Anlaufstellen ermöglichen. Über die Jahre fanden sich konstant wie auch kurzzeitig Gruppen, die das Angebot gerne nutzten. Die Antirassistische Initiative (ARI) ist fast von Beginn an dabei und gut in die Hausstruktur eingebunden. Auch andere Gruppen, so die Afrikanische Fraueninitiative, die Umwelt- und Projektwerkstatt, freie JournalistInnen, das Guatemala-Komitee, die Sri Lanka-Gruppe, Radio Onda, der Nachrichtenpool Lateinamerika arbeiteten einige Monate oder Jahre im Haus. Die Bedeutung der Yorck 59 liegt eben nicht nur in der personellen Größe des Wohnprojektes, sondern in der Mischung mit dem politischen Raum, den das Haus für viele in der Stadt immer wieder geboten hat.

MAXIMALE RENDITE?

Seit Marc Walter und sein Hausverwalter Boris Gregor Marweld im Dezember 2003 die Yorck 59 im Zusammenhang mit einer Zwangversteigerung erkungelt haben, ist eines der ältesten Hausprojekte Berlins bedroht. Die Eigentümer fordern eine Verdoppelung der Netto-Kaltmiete und die 60 BewohnerInnen und Initiativen wehren sich gegen diese Wuchermiete, da diese das Aus für die Nutzung in der bisherigen Form bedeuten würde. Auf das Angebot der BewohnerInnen, die Yorck 59 notfalls zusammen mit dem Freiburger Mietshäusersyndikat zu kaufen, wurde von Marc Walter nicht eingegangen. Auch ein erster runder Tisch, den die BewohnerInnen im September 2004 initiierten, scheiterte an der mangelnden Verhandlungsbereitschaft des Eigentümers über den Verkauf des Hauses an die BewohnerInnen. Das Kaufkonzept des Hausprojekts zusammen mit dem Freiburger Mietshäusersyndikat würde bezahlbare Mieten und den Projekterhalt langfristig sichern. Da der zivilrechtliche Status des alten Mietvertrags der BewohnerInnen unklar ist, wurden von Mark Walter mehrere gerichtliche Verfahren gegen den ehemaligen Verein des Hauses angestrengt. Auch Hoffeste, Veranstaltungen und Hofnutzung versuchte er zu untersagen. Alltägliche Schikanen gegen BewohnerInnen häufen sich. So werden mal schnell der hauseigene Fahrradschuppen ausgeräumt und Fahrräder, Kinderwägen unter anderem in den Schneematsch geworfen. Im November wurde eine Klage auf Räumung und Namensherausgabe der einzelnen BewohnerInnen gegen den Verein eingereicht. Bevor das Urteil dem Verein zugestellt wurde, ließ Hausverwalter Marweld am 24. Dezember 2004 ohne Rechtsgrundlage Räume des Hausprojektes, in denen unter anderem die Antirassistische Initiative (ARI) arbeitet, zumauern und die Schlösser auswechseln. Ein dubioser Malermeister Lampert wurde zum neuen Mieter der Räume erklärt. Die Polizei des Abschnittes 52 gewährte entgegen jeglicher Rechtsgrundlage diese Aktion des Hausverwalters und des »neuen Mieters«. Das wurde allerdings auf Bemühen der BewohnerInnen rechtmäßig rückgängig gemacht und die Mauern wurden von ihnen durchbrochen. Die Räume sind seitdem permanent bedroht. Ebenso gehen von der Firma SERABAG, die Gewerberäume im Haus bezogen hat und für den Hausverwalter arbeitet, wie auch von der Firma Treppentiger des Hausmeisters ständig gewalttätige, rassistische und sexistische Bedrohungen aus. Es wird auf juristischem und handgreiflichem Wege versucht, die in den beiden Etagen angesiedelten Projekte zu schikanieren. Dies ist insbesondere für die ARI unhaltbar, da ihre Räumlichkeiten ein Schutzraum für Menschen, die von Diskriminierung bedroht sind, bieten. Inzwischen liegt ein Räumungstitel gegen die Yorck 59 vor. Der richtet sich allerdings nur gegen den Verein Färbung e.V., nicht aber gegen die BewohnerInnen. Der Gerichtsvollzieher Luedtke interessierte sich jedoch nicht weiter für die Untermieteverträge und hält das Urteil des Berliner Verwaltungsgerichtes gegen das gesamte Haus für vollstreckbar. Damit wird signalisiert, dass 60 Menschen im Alter von 0 bis 43 Jahren einfach als Verein geräumt werden sollen, obwohl dieser die Yorck 59 längst verlassen hat.

AKTIV WERDEN!
Es steht zu befürchten, dass nun alle weiteren Einigungsversuche auf Eis liegen. Ein erneuter runder Tisch, an dem die Berliner Bezirks- wie Senatsebene geladen hatten, verlief wegen der Abwesenheit des Eigentümers ergebnislos. Die Yorck 59 bleibt jedoch bei ihrer Forderung nach sofortiger politischer Lösung. Sie ist durch langjährige Arbeit ein bundesweit vernetztes Projekt und nicht auf privatrechtlicher Ebene abzuhandeln. Auch das »Recht auf Eigentum« hat Grenzen! Im Gegensatz zu den Geschäftsinteressen des Eigentümers (Marc Walter, Mommsenstraße 8, 10629 Berlin) und seines Hausverwalters Boris Gregor Marweld (Kantstraße 134, 10625 Berlin), gilt das Interesse der Yorck 59 dem kollektiven und politischen Erhalt selbstorganisierter Räume. **Yorck 59 bleibt!** ::

EUROMAYDAY IN HAMBURG

EIN SONNTAG FÜR GLOBALE RECHTE

REDAKTION EUROMAYDAY

Mailand, Amsterdam, Barcelona, Dublin, Paris, Wien, Helsinki und andere europäische Städte sind Stationen des Euromayday 2005. Hamburg ist dabei.

WAS IST EUROMAYDAY?
Ein echtes Antidepressivum zum 01. Mai. Abschiebung, Arbeitslosigkeit, Bildungsmisere, Elend. Es ist zum Verzweifeln und es reicht. Zeit für eine ermüdende Depression? Nein. Wir haben ausgeschlafen. Der 01. Mai ist unser Wecker. Zeit für einen Notruf, einen echten Mayday – und damit es auch alle mitkriegen – in ganz Europa. Der Funke ist übergesprungen für einen Austausch von Ideen und Alternativen rund um die Krise der Sozialversicherungen, der Familie, des Nationalstaates und der traditionellen Arbeitswelten. Uns fasziniert ein Horizont jenseits von Arbeiten um jeden Preis und abseits des neuen Managements von Entrechtung und Ausbeutung, das durch die neue Verfassung der Europäischen Union besiegelt und etabliert werden soll. ::::::: Euromayday 2005 in Hamburg? Wir wollen realistisch sein. In Hamburg ist Euromayday ein bescheidener Anfang, die unsicheren und verborgenen Geschichten vom Leben mit, ohne und abseits der Arbeit ins öffentliche Licht zu bringen. Geschichten von Menschen, die von keiner Gewerkschaft vertreten werden und unter hohem persönlichem Einsatz ihr Leben organisieren. Ob hoch oder niedrig qualifiziert, Ausbildungen oder keine, wir arbeiten in x Jobs. Mobilität und Zeitmanagement sind unser Kapital. Und Produktionsmittel? Kein Problem – vom Wischmopp bis zum PC. Wir sprechen deutsch, türkisch, spanisch, polnisch und was so kommt. Viele haben einen unsicheren Aufenthaltsstatus und Ungewissheit dominiert den flexiblen Alltag von LagerarbeiterInnen, Servicekräften, IT-ExpertInnen, Alleinerziehenden, SexarbeiterInnen, Ich-AGs und StudentInnen. ::::::: Wir haben eine Frage: Die Frage nach den globalen Rechten. Es sind diese prekären Verhältnisse, die das immer wieder aufs Neue aufwerfen: Woher kommt morgen mein Geld? Wie sicher ist mein Arbeitsplatz? Reicht das Geld für den Kita-Platz? Welche Jobs gehen ohne Pass? Was ist, wenn ich krank werde? Wie will ich wohnen? Wie finanziere ich mein Studium, was mache ich danach? Warum denke ich ständig an Arbeit? Weshalb macht eigentlich der Kerl den Haushalt? Wie würde ich gern leben? ::::::: Arbeiten? Die ersten großen Wellen prekärer, flexibler Jobs boten Alternativen und Freiräume zu den herrschenden normalen Arbeitsverhältnissen. Heute erscheint Arbeit wieder als alternativloser gesellschaftlicher Zwang und bedeutet oft Arbeiten ohne sicher zu sein, damit über die Runden zu kommen. So verweisen gerade die Debatten um Arbeitszeitverlängerung, Arbeitspflicht und Lohnverzicht auf eine verschwiegene Einsicht: Weniger arbeiten, das geht. Das war nur ein Anfang und ein Leben ist vorstellbar ohne die Arbeit als Maß aller Dinge. ::::::: Ob im Urlaub, auf Reisen, im Chat mit FreundInnen oder im Gespräch auf der Straße, eins wird in Zeiten globaler Migration offenbar: Die Verknüpfung von Rechtsgarantien und sozialen Sicherheiten mit Einkommen, Staatsangehörigkeit und Nationalstaat ist absurd. Wir bewegen uns im Grenzgebiet, wenn wir soziale, zivile und politische Rechte fordern und von globalen Rechten sprechen. Es gibt Hierarchien zwischen Menschen mit verschiedenen Pässen und anderer Herkunft. ::::::: Es gibt unterschiedliche Lebenschancen, Bildung und Jobs zu bekommen oder politisch mitzureden. Es gibt Verhältnisse, die es erlauben, von der Arbeitskraft anderer zu profitieren. ::::::: Es gibt Binnen- und Außengrenzen, die beständig wie verlustreich von Flüchtlingen und MigrantInnen überquert werden. Genau so umstritten und umkämpft sind ihre Ansprüche auf Rechte. Umstritten und umkämpft wie allgemein die Ansprüche auf Existenzgarantien und die Wünsche für ein besseres Leben. ::::::: Und die Frage bleibt, welchen Streik mache ich als Ich-AG, als Arbeitslose oder als Mutter oder als PflegerIn...

WWW.EUROMAYDAY.TK
Damit das anders wird, startet ab April ein Veranstaltungs- und Filmprogramm. Unser Wunsch ist ein experimenteller 1. Euromayday. Wir sehen es als kleines Labor, in dem neue, ungewohnte Formen von sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Kooperationen ausprobiert und geprüft werden. Das präsentieren wir am 01. Mai mit der Euromayday-Parade auf der Straße und da wollen wir euch sehen. ::

»COLONIAL MASTER« AND »SLAVE«

ZUR DISKUSSION UM EIN ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ

JASMIN DEAN, ARI

»Apologies and Reparations« (Entschuldigung und Entschädigung) war die Forderung der Anticolonial Africa Conference, die vom 11. bis 15. November 2004 in der Berliner Alten Feuerwache stattfand. Neben einer Gedenkveranstaltung für die Opfer der deutschen Kolonialkriege in Afrika, Asien und Ozeanien und einer Internationalen Antikolonialen Demonstration gehörten auch Infoveranstaltungen und Arbeitskreise zum Programm. Die Veranstaltung zum geplanten Antidiskriminierungsgesetz mit der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. (ISD) bildete den Anlass für die Beschäftigung mit diesem längst überfälligen Thema, dem die antirassistische Linke kaum Beachtung schenkt. ::::::: Erst ein Strafverfahren der EU konnte die Bundesregierung überhaupt dazu bewegen, die Umsetzung der beiden EU-Richtlinien aus dem Jahr 2000, die Diskriminierungen im zivil- und arbeitsrechtlichen Bereich verbieten, endlich anzugehen. Nachdem ein erster Entwurf bereits 2001 durch diverse Lobbygruppen bis zur Unkenntlichkeit verwässert und schließlich gekippt

worden war, legte die Bundesregierung Ende 2004 einen neuen Diskussionsentwurf vor. Der ist derzeit einer heftigen Polemik von Seiten der Oppositionsparteien ausgesetzt. ::::::: Während andere Länder wie die USA, Kanada, Großbritannien oder die Niederlande schon seit längerer Zeit eine Antirassismus- beziehungsweise Antidiskriminierungsgesetzgebung haben, weigerte sich die Regierung der BRD bislang beharrlich, Schritte in diese Richtung zu unternehmen. Begleitet von der Wiederholung der Formel »Deutschland ist kein Einwanderungsland« ignorierte sie systematisch, dass die deutsche Gesellschaft nicht – wie gerne konstruiert wird – ausschließlich »rein« weiß ist. In kaum einem anderen westeuropäischen Land ist es schwieriger, die Staatsbürgerschaft zu erlangen, als in Deutschland – entsprechend weit scheint der Weg zur Erkenntnis zu sein, dass selbst durch Staatsbürgerschaft abgesicherte gleiche Rechte nicht vor rassistischer Diskriminierung schützen. ::::::: Ein Antidiskriminierungsgesetz wäre zumindest mit einer formalen Anerkennung von rassistischer Diskriminierung im Alltag verbunden. Die schleppende Einführung unter internationalem Druck ist, ebenso wie die Weigerung von Reparationszahlungen, ein Ausdruck dafür, dass die Bundesregierung sich aus der unter anderem in der kolonialen Vergangenheit Deutschlands begründeten Verantwortung ziehen will. Alltagsrassismus beginnt schon mit neugierig-beforschenden Blicken und reicht über die Benutzung rassistischer Wörter und die Benachteiligung in Kokurrenzsituationen bis hin zu Beschimpfungen und Gewalt auf der Straße. All diese Alltagsszenen können, so argumentiert Grada Kilomba Ferreira, als Re-Inszenierung kolonialer Szenen verstanden werden, weil die koloniale Geschichte von Schwarzen Menschen als eine kollektive traumatische Erfahrung wahrgenommen wird. Diese Aussage soll an einem Beispiel erläutert werden: Was passiert, wenn die scheinbar neutrale Frage »Woher kommst du?« gestellt wird? Dabei kommt es zunächst auf die Konstellation an: fragt eine deutsche weiße eine schwarze Person, so impliziert die Frage immer auch »Von hier kannst du ja nicht kommen« und damit die Vorstellung, dass deutsch gleich weiß und Weiß-Sein Europäer bedeutet. Meist erwartet der/die Fragende eine möglichst »exotische«, prickelnde Geschichte, die seine Phantasien über das Andere bestätigen: die Frage nach der Herkunft geht also auch mit Voyeurismus einher. Das Verhältnis zwischen »colonial master« und »slave« wird erneut reproduziert. Der »master« ist derjenige, der die Fragen stellt, der aktiv ist und ausforscht, der »slave« derjenige, der sich zu rechtfertigen hat, der als Objekt Weißer Neugierde und Phantasie herhalten muss. ::::::: Von Anfang an hat die ISD die Diskussion um ein Antidiskriminierungsgesetz kritisch begleitet. Die ISD fordert im Rahmen des Antidiskriminierungsgesetzes die Anerkennung von rassistischen Verbrechen als Straftatbestand (im englischsprachigen Raum »Hate Crimes« genannt) und die Umkehr der Beweislast, was bedeuten würde, dass die angeklagte Person beweisen müsste, dass sie sich nicht diskriminierend verhalten hat. Den vorliegenden Entwurf der Regierungskoalition hält die ISD jedoch für alles andere als ausreichend. Im Gegensatz dazu hat die mehrheitlich Weiße deutsche Antira-Bewegung sich bis heute nicht öffentlich zum Thema Antidiskriminierungsgesetz geäußert. Hier existieren oft Vorbehalte dagegen, sich in reformistischer Manier positiv auf ein Gesetz zu beziehen. Die gewichtigen Gründe, die für eine Positionierung zum geplanten Gesetz sprechen, werden ignoriert. ::::::: Auf Anticolonial Africa Conference wurde mehrmals die Frage aufgeworfen, ob denn ein Antidiskriminierungsgesetz eine wirksame Waffe gegen zum Beispiel die Residenzpflicht oder rassistische Polizeikontrollen sein könne. Der Referent, Ibiajulu O. Amuro von der ISD, beantwortete die Frage dahingehend, dass das Gesetz nur auf einer zivilrechtlichen Ebene greife und natürlich nicht staatliches Recht, etwa die Asylgesetzgebung oder die Landespolizeigesetze, außer Kraft setzen könne. Doch selbst wenn somit auf juristischem Weg wenig ausgerichtet werden kann, bleibt dennoch zu erwarten, dass von einem Antidiskriminierungsgesetz, das im offensichtlichen Widerspruch zur rassistischen Gesetzgebung in Deutschland steht, eine nicht unerhebliche politische Wirkung ausgehen wird. Auch wenn sich zunächst wenig an der in Deutschland weit verbreiteten rassistischen Mentalität ändern wird: das Gesetz ist dringend notwendig, weil es die Veränderung von Verhaltensweisen zumindest anstößt! ::

ANMERKUNGEN 1 Don't You Call Me Neger! Das N-Wort, Trauma und Rassismus. Grada Kilomba Ferreira, in: Afrikanische Diaspora in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004 2 Positionen der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland. Zur Diskussion einer nationalen Anti-Diskriminierungsgesetzgebung in Deutschland. Initiative Schwarze Menschen in Deutschland/ISD-Bund e.V., Frankfurt am Main, 2003

OB OST, OB WEST...

VORMARSCH DER RECHTEN

ALBAN WERNER

Unbefangene Zeitgenossen gewinnen beim Konsum der täglichen Nachrichtensendung seit Jahren das Bild einer sich im Osten stärker festigenden rechtsradikalen Bewegung; auch über den Einzug der braunen Masse in mehr Landesparlamente der neuen Bundesländer wird ausführlich berichtet. Der Westen hingegen scheint demokratisch weit gefestigt, sodass trotz erheblicher Anstrengungen der diversen rechten Gruppierungen diesen der Einzug in die Parlamente auf Dauer verwehrt bleibt. Regelmäßig scheint die »demokratisch-bürgerliche Mitte« die Faschisten bei den Wahlen in ihre Schranken zu verweisen. Dass dieses Bild nur mit Hilfe von Verzerrungen der Lokalebene erzeugt werden kann, soll hier am Beispiel Nordrhein-Westfalen beleuchtet werden.

DER WAHLABEND...

Am Abend des 22. September 2004 knallten in Nordrhein-Westfalen erwatungsgemäß Sektkorken nach bestandener Kommunalwahl; überraschenderweise erklärten sich jedoch gleich alle Parteien zu strahlenden Wahlsiegern: Die CDU, weil sie im Großen und Ganzen stärkste Partei blieb, obgleich sie im Vergleich zu 1999 schwere Verluste hinnehmen und viele Rathäuser wieder an die SPD abtreten musste; die SPD wollte gewonnen haben, trotz realer und absoluter Stimmenverluste. Gemessen an den Stimmenzuwächsen hatten einzig FDP und die Bündnisgrünen wirklich Grund zur Freude. Erst in den nächsten Monaten wurden die Wahlerfolge rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien und Wahlbündnisse auf Grund der gravierenden Konsequenz nach und nach zur Kenntnis genommen. ::::::: Dabei hatte einige Monate zuvor bei der Landtagswahl im Saarland die NPD mit 17.590 (4 %) der abgegebenen Stimmen denkbar knapp den Einzug in ein westdeutsches Landesparlament seit 1969 verpasst. Dies wurde jedoch im öffentlichen Bewusstsein durch die braunen Wahlerfolge in Sachsen und Brandenburg verdrängt. Was NRW angeht, muss bei genauerer Betrachtung der braunen Wahlerfolge nach regionalen Unterschieden und nach Unterschieden im Konzept und Auftreten der Protagonisten differenziert werden.

BRAUN AN RHEIN UND RUHR

An dieser Stelle kann nur eine Übersicht der wichtigsten Resultate der Kommunalwahlen in NRW erfolgen. In Dortmund konnte die DVU mit 6.880 Stimmen (3,1 %) sogar die PDS leicht überholen. Gleiches gelang den »Republikanern« in Gelsenkirchen, in Hagen und Wuppertal. In Alsdorf (Kreis Aachen) gelang es den Reps, ihren Stimmanteil auf 8,2 % verdoppeln, und ihr Kandidat schaffte es, beim ersten Wahlgang zum Bürgermeister sogar 10 % der Wählerstimmen zu bekommen. Die NPD erhielt Einzug ins Stadtparlament unter anderem in

Mönchengladbach, im Kreis Heinsberg und in Stolberg. Dort schaffte die NPD den Einzug in den Stadtrat mit 3% und bildet seitdem zusammen mit der DVU (1,1%) eine Fraktion. ::::::: Einen Sonderfall stellt Köln dar: Hier schaffte die sich rechtsbürgerlich gerierende Gruppierung »Pro Köln e.V.«, maßgeblich getragen von Manfred Rouhs, ehemals aktiv in der »Deutschen Liga für Volk und Heimat«, den Einzug in den Stadtrat gleich in Fraktionsstärke (4,7 %). »Pro Köln« war im Wahlkampf maßgeblich aufgefallen durch ihre populistische Agitation gegen die sogenannten »Klaukids«, mit denen unzweideutig junge Roma gemeint waren. Noch spektakulärer aufgefallen war die Kampagne von Pro Köln gegen den Bau von Moscheen, bei denen die Gruppierung offen auf anti-islamische Ressentiments und durch den 11. September 2001 genährte Ängste gegenüber Muslimen aufbauen konnte. Mit 28.000 gesammelten Unterschriften sei der Gruppe nach eigenen Angaben außerdem »die zweitgrößte Petition der Kölner Stadtgeschichte« gelungen. ::::::: Bei aller betonten Nähe zum bürgerlichen Spektrum (so wettert »Pro Köln« nicht zuletzt gegen Korruption und Klüngel, was angesichts der hinreichend bekannten Kölner Zustände kaum schwer fallen dürfte), ist die Nähe dieser Gruppierung zum rechtsextremen Spektrum mehr als offensichtlich. Ambivalent fällt allerdings die öffentliche Selbstdarstellung aus: So distanzierte sich Pro Köln zwar von einem Nazi-Aufmarsch durch das stark multikulturell geprägte Viertel Köln-Kalk einen Monat nach der Kommunalwahl. Ließ aber andererseits anlässlich der Veranstaltungen zum Ende des Zweiten Weltkrieges die kleinbürgerliche Fassade fallen: Für die öffentliche Veranstaltung zum Jahrestag des Kriegsendes reklamierte Pro Köln offensiv ein »Gedenken auch an deutsche Opfer«; als Grundlage dieser Provokation wählten die nicht auf den Kopf gefallenen Ratsmitglieder einen gleich lautenden Antrag der CDU/FDP-Mehrheit im Parlament von Berlin-Steglitz-Zehlendorf. Auf diese Weise konnten die Rechtsextremen erreichen, sich zumindest gegen einen Teil der Kritik zu immunisieren. Andererseits stehen sie mit dem Beklagen des »sinnlosen Massenmordes der Anglo-Amerikaner an deutschen Zivilisten« während des Zweiten Weltkriegs dem Auftritt der NPD im sächsischen Landtag kaum nach.

KAMPF UM DIE STRASSE MIT POLIZEIUNTERSTÜTZUNG

Nach den zahlreichen kommunalen Wahlerfolgen gingen vielerorts die organisierten Neonazis mit neuem Selbstvertrauen in öffentliche Aktionen hinein, die auch zahlenmäßig größer wurden: Dem Aufmarsch in Köln wurden seitens der Justiz zwar rigide Auflagen diktiert, aber auf Grund der nicht minder massiven Polizeipräsenz vor Ort konnten die ansässigen und angereisten AntifaschistInnen den Neonazis auf der Straße nur wenig entgegensetzen. ::::::: Eine ähnliche Strategie wurde seitens der Polizei in Leverkusen verfolgt, wo die Neonazis zuerst am Jahrestag der Pogrom-Nacht und dann noch einmal Ende Januar 2005 aufmarschierten. Bei dieser Veranstaltung hatte das organisierende »Aktionsbüro West« zudem eine Art »Querfrontstrategie« gewählt: So trugen einige der marschierenden Neofaschisten linkes Symbolgut; aus einem mitgeführten Ghettoblaster dröhnte zeitweilig »Allein machen sie dich ein« der linken Kultband Ton Steine Scherben. In beiden Fällen hatten Aufrufe der etablierten Politik, die Nazis am besten zu ignorieren, zum geringen Erfolg der Gegendemo gegen diesen rechten Aufmarsch beigetragen: Der Leverkusener Bürgermeister meinte gar, die Nazis »ins Leere laufen lassen« zu können. Bis auf den lokalen ver.di-Bezirk hatten sich auch die Gewerkschaften an den antifaschistischen Aktionen nicht beteiligt. ::::::: Erfolgreicher verlief die Mobilisierung gegen einen Ende 2004 in Erkelenz organisierten Aufmarsch von Neonazis, bei dem auch Ratsmitglieder und Aktivisten der NPD aus den nahe gelegenen Städten beziehungsweise Kreise Heinsberg und Stolberg teilnahmen. Vor Ort gab es zwei Aktionen gegen den braunen Aufmarsch: Eine von den etablierten Parteien getragene Kundgebung sowie von autonomen AntifaschistInnen organisierte Gegenwehr auf der Straße (Sitzblockaden und das Platzieren von großen Gegenständen auf der Marschroute der Nazi-Demo) konnten letztlich den Aufmarsch beeinträchtigen.

AUFGESCHRECKT UND AUFGEWACHT

Auf Grund der Wahlerfolge von Reps, DVU, NPD und Pro Köln sowie den sich häufenden Demonstrationen und öffentlichen Aktionen von Neonazis macht sich in Nordrheinwestfalen auch unter den bürgerlichen Parteien die Erkenntnis breit, dass konkreter Handlungsbedarf besteht. Da auf der lokalen Ebene die juristischen Möglichkeiten jedoch eine sehr viel geringere Rolle spielen als bei einem etwaigen Demonstrationsverbot im Berliner Regierungsviertel oder gar einem Parteiverbot, drängt sich den Beteiligten auf, politisch handeln zu müssen. ::::::: Hierbei spielen auch die Landtagswahlen am 22. Mai 2005 eine Rolle. Eine Absprache zwischen DVU und NPD hat zur Folge, dass nur die NPD bei der Landtagswahl antritt. Dieses Vorhaben ist prioritär; NPD-Bundesvorsitzender Udo Voigt hat sich eigens nach Bochum umgemeldet, um dort für den nordrheinwestfälischen Landtag antreten zu können. Von AntifaschistInnen wird des Weiteren eine für die NPD bisher beispiellose Materialschlacht mit ausufernder Plakatierung und mehreren Wurfsendungen an alle Haushalte erwartet. ::::::: Ob und wie stark die NPD von der grassierenden Arbeitslosigkeit profitiert, ist nicht eindeutig zu beantworten. Sicherlich zweifeln in NRW mehr Menschen an Sinn und Tauglichkeit der bürgerlichen Demokratie, allerdings lässt sich keine lineare Abhängigkeit hinsichtlich der braunen Wahlerfolge behaupten. Schließlich gelang der NPD ein Einzug in den Landtag Schleswig-Holsteins nicht, obwohl dort ebenso hohe Arbeitslosigkeit vorliegt. Allerdings kommt den neofaschistischen Parteien die geringe Wahlbeteiligung entgegen. Der Bedeutungsgewinn durch Parlamentsmandate und die Gewissheit, in den etablierten Medien nicht mehr länger übergangen werden zu können, hat zweifelsohne dazu beigetragen, dass Rechtsextreme sich aus der Defensive manövriert haben. ::

WIDERSTAND IN AFRIKA

PANEL AUF DER ANTICOLONIAL AFRICA CONFERENCE

STELLA LORENZ

Afrika existiert in der europäischen Wahrnehmung zumeist als ein in sich homogener, »geheimnisvoller« Kontinent, deren EinwohnerInnen nicht als politische oder kulturelle Akteure, sondern vielmehr als europäisches »Migrationsproblem« wahrgenommen werden. In der Tat bleiben vielen afrikanischen Staaten und deren BewohnerInnen wenig Möglichkeiten, in der kapitalistischen Weltordnung und den darauf beruhenden ökonomischen wie auch politischen Machtverhältnissen als »global players« Einfluss zu nehmen. Vielmehr fand und findet eine fortschreitende Verelendung großer Teile der afrikanischen Bevölkerung statt durch eben jene globalen Machtkonstellationen, welche auf dem europäischen Kolonialismus basieren. ::::::: Doch prägt die koloniale Vergangenheit nicht nur die ökonomischen Verhältnisse in Afrika und Europa, sondern auch die europäischen Bilder von Afrika und von AfrikanerInnen. Ein Wissen um die afrikanische Geschichte jenseits der kolonialen Vergangenheit existiert kaum, zudem wird eben jene auch aus europäischer und nicht aus afrikanischer Perspektive betrachtet. Möglichkeiten politischer Aktionen und widerständiger Handlungen von AfrikanerInnen sowohl im historischen kolonialen, wie auch im gegenwärtigen Kontext, werden nicht wahrgenommen. Vielmehr herrscht noch immer ein

rassistisches Bild von passiven, nicht in die Geschichte eingreifenden AfrikanerInnen. Auf der Anticolonial Africa Conference sprachen P. Herzberger-Fofana, Christopher Nsoh und Mohammed Abdel-Amine aus afrikanischer Perspektive über historischen und gegenwärtigen Widerstand in Afrika sowie die Kontinuitäten kolonialer Verhältnisse mit besonderem Fokus auf die Rolle Deutschlands.

KOLONIALISMUS – EIN NICHT UNBEDEUTENDER TEIL DEUTSCHER GESCHICHTE

Schon im Sklavenhandel aktiv, war Deutschland Ort des grundlegenden Geschehnisses zur Konstituierung des kolonialen Machtsystems: Auf der 1884 stattfindenden »Berliner Afrika-Konferenz« wurde die Aufteilung Afrikas beschlossen und die Koordination kolonialer Verwaltung und Einflusssphären durch die europäischen Staaten geregelt. Die Konferenz fungierte als »richtende Instanz«: Ohne deren Zustimmung durfte kein europäischer Staat afrikanische Länder kolonisieren. ::::::: Doch auch als Kolonialmacht kam Deutschland eine wichtige Bedeutung zu: es trat während seiner 30-jährigen Kolonialherrschaft – verglichen mit anderen europäischen Staaten – besonders brutal auf. Dies wird in der offiziellen Geschichtswahrnehmung jedoch gern übersehen: Die deutsche koloniale Vergangenheit wird im hiesigen nationalen Selbstverständnis als Diskontinuität in der deutschen Geschichte sowie als »kurze« Episode – im Vergleich zu anderen europäischen Staaten – begriffen. Eine Anerkennung der eigenen historischen Verantwortung scheint daher nicht notwendig, und so warten die afrikanischen Staaten, die einst deutsche Kolonien waren, noch immer vergeblich auf eine offizielle Entschuldigung von deutscher Seite. Stattdessen werden sie mit dem Verweis auf angeblich besonders »großzügige Entwicklungshilfe-Zahlungen« abgespeist. ::::::: Auch heute noch zeugen Berliner Straßennamen wie die »Mohrenstraße« oder das »Afrikanische Viertel« im Bezirk Wedding von der kolonialen Vergangenheit. In diesem Viertel befinden sich die Windhuker-, die Swakopmunder- und die Damarastraße, letztere nach einem Stamm in Namibia, dem damaligen so genannten »Deutsch-Südwest« benannt. ::::::: Doch auch die heute gängige Asylpraxis Deutschlands, welche unter anderem viele afrikanische MigrantInnen trifft, weist Kontinuitäten der Kolonialpraxis auf: Die so genannte »Residenzpflicht« ist eine Erfindung, die in Kamerun (einer ehemaligen deutschen Kolonie) praktiziert wurde. Somit wird mit dieser repressiven Methode noch immer eine koloniale Praxis realisiert. ::::::: Deutschland hatte militärische Basen in ganz Afrika, doch auch deutschen Unternehmen kam in der Kolonisation eine wichtige Rolle zu. Auf die Bedeutung der Kolonien für die deutsche Wirtschaft wies besonders Christopher Nsoh hin: Durch die Erschaffung von Arbeitsplätzen in Afrika ließen sich unterschiedliche Probleme »outsourcen«: Interne Probleme wie Arbeitslosigkeit und ökonomische Krisen sollten so gelöst werden, europäische Kriminelle konnten durch diese Arbeitsplätze problemlos nach Afrika abgeschoben werden. ::::::: Für die afrikanischen Staaten waren die Auswirkungen fatal: Noch heute ist der in Europa für die kapitalistische Wirtschaft kennzeichnende Wettbewerb in Afrika nicht erlaubt. Die Folge sind sehr hohe Preise für unter anderem Elektrizität in Afrika. Selbst Wasser und Rohstoffe wie etwa Öl, obwohl dieses aus Afrika kommt, sind sehr teuer. So können afrikanische Staaten im System globaler kapitalistischer Verwertbarkeit nicht mithalten und ihnen kommt noch immer die Rolle der »Globalisierungsverlierer« zu. So sehr dieses Spiel kapitalistischen Wettrennens in Frage zu stellen ist, bedeutet der Ausschluss aus dieser Werteverteilung eine Verelendung ganzer Staaten und deren EinwohnerInnen. ::::::: Doch die Europäer griffen nicht nur in die ökonomische, sondern auch in die kulturelle Struktur der jeweiligen Staaten ein: Sie zerstörten afrikanische Heiligtümer, verdrängten die lokale Kultur und schafften afrikanische Gesetze ab. So etwa das afrikanische Bildungssystem, des komplett durch ein europäisches ersetzt wurde. Die Ansicht einer Überlegenheit und Höherwertigkeit europäischer Kulturgüter gegenüber afrikanischen ist in Europa noch immer weit verbreitet, während viele AfrikanerInnen großen Wert auf den Erhalt ihrer kulturellen Traditionen legen. Die Kirche und der religiöse Missionierungsdrang trugen entscheidend zur Zerstörung der afrikanischen Kultur bei. Diese hatte schon aktiv die Sklavenhaltung unterstützt, wie etwa das Beispiel des Bischofs de la Casas zeigt, der die Idee voranbrachte, Sklaven aus Afrika nach Amerika zu bringen, um die Indigenas als Arbeitskräfte auf den Feldern zu ersetzen.

AFRIKANISCHER WIDERSTAND ALS KONTINUUM KOLONIALER GESCHICHTE

Afrikanischer Widerstand gegen deutsche und europäische Kolonialherrschaft im Allgemeinen wird selten thematisiert, es existieren zahlreiche Beispiele, die hierzulande unbekannt sind. So beispielsweise der Aufstand von Samanga in Tansania 1907, wo es nach unzähligen Erniedrigungen, physischer Gewalt und Landenteignungen durch die deutschen Kolonisatoren 1907 zu Aufständen kam. In der Folge wurden die Aufständischen erhängt sowie ihre Häuser, Dörfer und ihre Ernte zerstört. Besonders erfolgreich war der Widerstand in Äthiopien, welcher die mehrfachen Versuche Italiens, das Land zu kolonisieren, vereitelte. ::::::: Der Vortrag P. Herzberger-Fofanas widmete sich dem Widerstand von Frauen damals wie heute. In der Vergangenheit ist dieser besonders geprägt gewesen durch die Soldatenfrauen. Seit 1854 als SoldatInnen rekrutiert, gehörten AfrikanerInnen den »Kolonialen Truppen« an. Diese wurden bereits 1857 durch ein kaiserliches Dekret vom Gouverneur von Senegal als senegalesische Truppen vereinigt. Die Zwangsrekrutierung afrikanischer Frauen für die Artillerie setzte bereits zu Beginn der Kolonialzeit ein. ::::::: Diese Truppen – genannt »Schwarze Kraft« – wurden zunächst in Afrika eingesetzt, schließlich auch in Deutschland, wo sie am Ersten Weltkrieg teilnahmen und sich dann bei den französischen Truppen im Rheinland aufhielten. ::::::: Beispiele heutigen Widerstands von Frauen in Afrika sind die Elfenbeinküste und Senegal: In beiden Ländern bemühen sich auch und gerade Frauen um Frieden in den von Krieg und Auseinandersetzungen geprägten Situationen. Im Senegal wehrten sich 2003 einheimische Bäuerinnen gegen die französische Einfuhr von Hähnchen, da sie durch diese ihre eigenen nicht mehr verkaufen konnten. Besonders haarsträubend ist, dass diese Hähnchen nach Afrika exportiert wurden, weil sie in Europa aufgrund ihrer Schadstoffbelastung nicht verkauft werden durften. ::::::: Afrikanischer Widerstand in seinen vielfältigen historischen wie gegenwärtigen Formen ist ein Kontinuum der kolonialen Geschichte. AfrikanerInnen sind aktiv Handelnde, die sich der Repression widersetzen – dies schon immer taten. Das wird jedoch in Europa kaum wahrgenommen. ::::::: AfrikanerInnen fehlt im globalen Diskurs die Stimme – diese wird nicht wahrgenommen, die Leute und ihre Positionen werden nicht gehört. Afrika existiert in der europäischen Wahrnehmung als Bild vom »Anderen«, über welches sich die Gesellschaft, die dieses Bild erschafft und prägt, identitär zu bestimmen sucht. Daher ist auch das Afrikabild, welches heute in Europa vorherrscht, ein europäisches, von europäischen Ressentiments geprägtes und insofern wieder und noch immer ein koloniales: Es hat wenig mit Afrika und sehr viel mit Europa zu tun. Insofern war die »Anticolonial Africa Conference« eine Ausnahme im herrschenden Diskurs: organisiert und durchgeführt vorwiegend von AfrikanerInnen und migrantischen Initiativen anlässlich des Jahrestags der »Berliner Afrika Konferenz« vom 15. November 1884, ermöglichte sie den Besuchenden die Auseinandersetzung mit von AfrikanerInnen gewählten Schwerpunktthemen aus afrikanischer Perspektive. ::::::: Herrschende Bilder prägen die Wahrnehmung und diese soziale Beziehungen und die Politik. Für einen anderen politischen Umgang ist in Europa die Auseinandersetzung mit der eigenen kolonialen Vergangenheit sowie die Anerkennung der daraus erwachsenden Verantwortung der erste und wichtigste Schritt. Doch zudem ist eine andere Wahrnehmung von AfrikanerInnen notwendig und dafür das Hinterfragen eigener Bilder. Dies kann nur geschehen durch gleichberechtigten Austausch sowie die Bereitschaft, andere Positionen zu hören und eigene Bilder zu revidieren, um gemeinsam und im Dialog neue Bilder zu finden. Zumindestens zu ersterem sowie der Präsentation anderer Afrikabilder, nämlich derjenigen aus afrikanischer Perspektive und nicht der europäischen, hat die Konferenz einen wichtigen Beitrag geliefert. ::

INFORMATIONEN Internet www.africa-anticolonial.org
E-Mail info@africa-anticolonial.org



EIGENTLICH nicht ungewöhnlich, und seit den Montagsdemonstrationen wieder bei manchen im Bewusstsein: auch die politische Rechte wendet sich gegen den Kapitalismus. Auch sie ist gegen die so genannte Globalisierung und gegen die Zerstörung der Natur. Manche ihrer Vertreter laufen gar mit Che-Guevara-Shirts auf Demos herum und finden Georg W. Bush scheiße. ::::::: Alles pure Provokation und Maskerade? Mit Sicherheit nicht. Die Geschichte zeigt, dass es manchmal keines großen Schritts bedarf, um die Seiten zu wechseln. Vor allem von links nach rechts. Ein Sozialismus im nationalen Gewand (zum Beispiel nur für Arier) kann in sich so revolutionär sein wie er will, er ist in dieser Form faschistoid. ::::::: Ist es Zufall, dass der Antiimperialist Horst Mahler mühelos im nationalen Lager eine Heimat fand oder birgt der Kampfspruch »Patria o muerte« (Vaterland oder Tod) in der Tat Implikationen in sich, die so gar nicht mit einem linken Minimalkonsens zu vereinbaren sind? ::::::: Wie weit ist der Weg von einer verkürzenden Kritik des Kapitalismus in good guys and bad guys bis zu latent oder offen artikulierten antisemitischen/antizionistischen Verschwörungstheorien? ::::::: Ist die Berufung auf Multikulti links? Darf es wundern, wenn Rechte das Ende der so genannten multikulturellen Gesellschaft heraufbeschwören? Beinhaltet nicht die Konstituierung von »Kulturen« zum einen kategorisierende Willkür und zum anderen die Grundlage dafür, dass Menschen anderen Menschen guten Gewissens den Schädel einschlagen? Ist die Berufung auf Natur links? Obgleich reaktionärem Ursprungs, wird die Ökologiebewegung von vielen als genuin links verortet. Doch allein eine genauere Analyse des inhaltlichen Gehalts eines Begriffs von Natur bietet mehr Stoff für rechte Theoriebildung, als einem lieb sein mag. Vielleicht ein Grund, warum linke Handlungen in diesem Feld so wenig von linken Theorien begleitet werden. ::::::: Mit dem folgenden ein wenig heiklen und in seiner Ausrichtung ungewöhnlichen Schwerpunkt wollen wir ein wenig beleuchten, inwiefern sich aktuell linke Postulate mit Versatzstücken rechter Ideologien überschneiden. Wir baten verschiedene AutorInnen einzelne Themenbereiche dazu genauer zu beleuchten und Überschneidungen herauszuarbeiten. ::::::: Wir wollen damit »die Linke« keineswegs moralisierend in links und rechts einteilen. Im Gegenteil: dies soll ein kontroverser Versuch sein, eine inhaltliche Sensibilisierung gegenüber rechten Denkmustern in linken Ideologien anzustoßen. Denn im Handeln und im Denken muss immer gelten: keinen Fußbreit den Faschisten!

QUERFRONT VON RECHTS NACH LINKS

KURZSCHLÜSSE MIT TRADITION

ROLAND PETERS

Schon seit Jahren fallen in der Neonazi-Szene vermehrt Anleihen bei linker Symbolik, Rhetorik sowie linken Aktions- und Organistionsformen auf. Rechte mit »Pali-Tuch« (Khuffiye), Che-Guevara-Bild, Antifa-Look, »schwarze Blöcke« bei Aufmärschen, sozialistische und antiimperialistische Phrasen sind zwar noch nicht vorherrschend geworden, jedoch aus der rechten Szene nicht mehr wegzudenken. Mittlerweile ist es durchaus üblich, dass Neonazi-Homepages auf linke Seiten verweisen – besonders gern auf die Tageszeitung Junge Welt und das Projekt Indymedia. Im linken Jargon werden solche und andere Versuche, die Grenzen zwischen den politischen Lagern zu verwischen, übergreifende Bündnisse herzustellen und AnhängerInnen der Gegenseite zu sich hinüberzuziehen, sehr unscharf unter dem Begriff »Querfront« zusammengefasst. Was daran bei oberflächlicher Betrachtung neu wirken könnte, hat tatsächlich eine lange Tradition.

QUERFRONT-GESCHICHTE

Querfront, so hieß ursprünglich das von General Kurt von Schleicher (1932/33 deutscher Reichskanzler) angestrebte Bündnis aus rechten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern mit »linken« Nazis, dass heisst dem NSDAP-Flügel um die Brüder Gregor und Otto Strasser, mit dem Schleicher seiner Regierung eine Massenbasis verschaffen wollte. Seine Pläne scheiterten am Widerstand der Parteiführungen von SPD und NSDAP; er selbst wurde 1934 von der SS ermordet. Schleicher gehörte zu einer einflussreichen Gruppe von Reichswehrgenerälen, die an der Niederschlagung der Revolution von 1918/19 beteiligt war und enge Kontakte zur rechten SPD-Führung hatte. Rechte Sozialdemokraten und Offiziere waren durch eine Konzeption verbunden, die als »nationaler Staatssozialismus« bezeichnet werden kann. Das Ziel: Ein totaler, autoritärer, Staat, der sämtliche Bereiche der Gesellschaft durchdringen und durchorganisieren sollte, um sämtliche Kräfte der Nation für den Sieg im politisch-ökonomischen Konkurrenzkampf der imperialistischen Nationalstaaten aufs Äußerste anzuspannen. »Sozialistisch« war daran, dass Arbeiterklasse und Kleinbürgertum durch sozialstaatliche Maßnahmen und die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs im Dienste der Nation gewonnen werden sollten. Dazu motivierte die Einsicht, dass imperialistische, industrielle Massenkriege nur geführt werden konnten, wenn die Bevölkerung zu Opfern bereit war, staatliche Sozial- und Gesundheitspolitik die militärische und ökonomische Verwertbarkeit des »Menschenmaterials« gewährleistete und eine bürokratisch-autoritäre Wirtschaftsorganisation die Mobilisierung aller Reserven erlaubte. Als Vorbild der angestrebten »Volksgemeinschaft« galt die klassen- und generationsübergreifende Euphorie bei Kriegsausbruch im Sommer 1914 und die informelle Diktatur der Reichswehrführung seit 1916. Dieser nationalistischen und staatssozialistischen Konzeption ähnelten auch die anderen direkten Vorläufer der heutigen Querfront aus Weimarer Zeit: Der vor allem im kleinbürgerlich-proletarischen SA-Milieu verankerte »linke« NSDAP-Flügel um die Gebrüder Strasser betonte die staatssozialistische Komponente des NSDAP-Programms, vor allem das Vorhaben einer Verstaatlichung der Großkonzerne und Großbanken und die radikale Auflösung der überkommenen Klassengrenzen innerhalb der Volksgemeinschaft. Die nationalrevolutionäre beziehungsweise nationalbolschewistische Ideologie des aus der rechten Sozialdemokratie kommenden Ernst Niekisch zeichnete sich durch einen völkischen Staatssozialismus aus, der aus der heftigen Ablehnung alles »Westlichen« eine Hinwendung zum Stalinismus und zur strategischen Option eines deutsch-sowjetischen Bündnisses ableitete. Dabei stand der »Westen« als Chiffre für alle möglichen als bedrohlich empfundenen Phänomene: Amerika, das »Judentum«, Geldmacht, Kulturindustrie, städtische Moderne, Frauenemanzipation, Aufklärung, Liberalismus, die internationalistische und kommunistische ArbeiterInnenbewegung, Demokratie, Wissenschaft und Technik und so weiter. Nicht zu vergessen: Faschismus und Nationalsozialismus waren immer schon Querfront, insofern sie den Anspruch erhoben, traditionelle politische und Klassengrenzen zu sprengen und sich einer antibürgerlichen, das heißt »antiwestlichen« Rhetorik befleißigten. Auf der Ebene äußerer Formen gab es in allen faschistischen Bewegungen massenhaft Anleihen aus dem Fundus der ArbeiterInnenbewegung.

DIE RECHTE QUERFRONT

Elemente dessen, was als »Querfront« bezeichnet wird, lassen sich in der rechten Szene nahezu überall finden. Brauchbar ist der Begriff nur in Eingenzung auf Strömungen, die sich sowohl von bürgerlich-konservativen Konzepten als auch vom Hitlerschen NS bewußt distanzieren. Das trifft auf »Neue Rechte«, Nationalrevolutionäre und Nationalbolschewisten sowie Rechtsanarchisten zu. Die Neue Rechte wird hier nicht extra berücksichtigt, weil ihre Ideologeme weithin mit denen der Nationalrevolutionäre identisch sind. Rechtsanarchisten gibt es nur wenige wie die in der rechten Szene belächelte Splittergruppe um den Berliner Peter Töpfer, die seit den 90er Jahren unter Bezeichnungen wie »nationale Anarchie«, »nationale Linke« oder sogar »nationale Antifa« auftritt. Wesentlich bedeutender sind da »nationalrevolutionäre« Strömungen: Der neonazistische »Kampfbund Deutscher Sozialisten« (KDS) beruft sich vornehmlich auf die SA und den Strasser-Flügel der NSDAP. Er fiel durch seine frenetischen Beifallsbekundungen für das Saddam- und das nordkoreanische Regime auf. Zwei weitere prominente Projekte sind die Zeitschrift »Fahnenträger«, deren UnterstützerInnen sich auch als »Dritte Front« bezeichnen, und das Internetportal der »Kommenden«, auf dem schon einmal die Parole »Klassenkampf statt Volksgemeinschaft« ausgegeben wurde. Damit war keine Abkehr vom völkischen Nationalismus gemeint, sondern lediglich Polemik gegen den Mainstream der Neonazi-Szene, vor allem Teile der NPD, die den Nationalrevolutionären zuwenig antibürgerlich sind. Sie sind dennoch in die NPD und in die Kameradschaftsszene gut integriert. »Normale« Neonazis und Nationalrevolutionäre unterscheiden sich nur in Nuancen.

:::::::: In der Neonaziszene gibt es Tendenzen, die häufig als Querfront bezeichnet werden, aber keine abgrenzbaren Strukturen darstellen. So ein mittlerweile mehrheitsfähiger völkischer Antiimperialismus, dessen ideologische Grundannahmen sich so zusammenfassen lassen: Die biologistisch und kulturalistisch gedachten »Völker« des Planeten werden angeblich von einer kleinen Gruppe jüdischer superreicher Dunkelmänner unterdrückt, die als Personifikationen des Geldes und des Kapitals die Weltwirtschaft, die USA und die meisten anderen Regierungen mittels Geheimpolitik kontrollieren. Zur Durchsetzung der Herrschaft trachten diese Kreise, so wird behauptet, nach der Zerstörung der jeweiligen ethnisch-nationalen Identität und Kultur. Insbesondere die Deutschen werden als Opfer dieser Verschwörung halluziniert. Folglich solidarisieren sich deutsche Neonazis mit allerhand Bewegungen rund um den Globus, die gegen die USA und Israel kämpfen. Je autoritärer, reaktionärer, nationalistischer, antisemitischer und antiamerikanischer eine Bewegung ist, desto mehr findet sie rechte Sympathie. Ganz hoch im Kurs: die palästinensische Nationalbewegung, der Baathismus und überhaupt der arabische Nationalismus sowie die unterschiedlichen islamistischen Gruppen – weil sich diese explizit gegen jüdische Menschen und US-AmerikanerInnen richten. Bei der propagandistischen Artikulation dieser nationalistischen »internationalen Solidarität« greifen Neonazis in riesigem Umfang auf die Sprüche und Symbole antiimperialistischer Linker zurück. Allerdings finden deutsche Neonazis es zwar geil, wenn die Islamisten den gemeinsamen Feind »bei sich zu Hause« bekämpfen, doch die Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund in Deutschland sollen trotz allem rechten »Antiimperialismus« verschwinden. :::::::: Traditionell linke Requisiten werden nicht nur im Zusammenhang mit der neonazistischen Variante des Antiimperialismus von Rechts angeeignet. Alles kann geklaut werden: Aktionsformen wie Hausbesetzungen und »schwarze Blöcke«, Organisationsformen wie autonome Kleingruppen (schon seit Anfang der 90er in der Neonaziszene verbreitet), Accessoires, Symbole und Stilelemente aller Art, Parolen und Elemente der Jugendkulturen wie Graffitis, Anglizismen, Musikstücke. Mitunter tragen diese Anleihen den Charakter von Kommunikationsguerilla. Oft lassen solche Äußerlichkeiten keinen direkten Rückschluss auf eigentliche Querfront-Inhalte zu.

DIE LINKE UND DIE QUERFRONT

Das erklärte Ziel der Querfront, die Grenzen der politischen Lager zu sprengen, konnte bisher auch nicht ansatzweise erreicht werden. Der Kampf gegen Nazismus und Faschismus gehört zu den wichtigsten Bestandteilen linken Selbstverständnisses; ausweislich rechte Personen sind weithin geächtet. Die wenigsten Linken sind bereit, durch das der Querfront immer vorgelagerte ideologische Nadelöhr des völkischen Nationalismus zu gehen und die Deutschen als unterdrücktes Volk zu halluzinieren, das gegen Juden und die USA um seine Freiheit kämpfen müsse. Nur einigen Akteuren des antiimperialistischen Spektrums ist eine Zusammenarbeit mit Rechten und »Nationalrevolutionären« nachzuweisen. :::::::: Trotz des ausbleibenden Erfolgs rechter Querfrontbestrebungen kann solange keine Entwarnung gegeben werden, wie massenhaft zu beobachten ist, dass sich linke und rechte Parolen und Argumentationen wie ein Ei dem anderen ähneln. Statt den Hinweis auf Parallelen zwischen Neonazis, Islamisten und manchen Linken reflexhaft abzuwehren, täten Linke besser daran, Querfront-Phänomene als Gradmesser eigener unreflektierter Praxen zu analysieren. Die Querfront dringt immer dort ein, wo antiemanzipatorische Ideologeme in der Linken fortbestehen. Einfallstore nach Rechts tun sich auf, wenn komplexe Analysen der Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse und auch der eigenen Mitwirkung an diesen durch vereinfachte Aufteilungen der Welt in Gut und Böse, Freunde und Feinde ersetzt werden. Eine bestimmte Art verkürzter linker Kapitalismuskritik, die vorwiegend Erscheinungen der Kapitalkonzentration und -zirkulation anvisiert und im Nationalstaat eine zivilisierende Gegenmacht sieht, ist in der Linken weit verbreitet und hat tatsächlich Berührungspunkte mit dem »Sozialismus« der Querfront. :::::::: Am augenscheinlichsten ist die Nähe zwischen rechtem und linkem Antiimperialismus: Aufteilung der Welt in »gute« Völker und in den USA (und Israel) verortete »böse« Machtcliquen, verschwörungstheoretische Erklärungsmuster und die Ignoranz gegenüber antiemanzipatorischen Tendenzen innerhalb der »Befreiungsbewegungen« gibt es hüben wie drüben. Der linke Antiimperialismus reproduziert Nationalismus, indem er die Konstruiertheit und Zwanghaftigkeit ethnischer, nationaler und religiöser Kollektive ausblendet. Daher scheint trotz der vorläufigen Erfolglosigkeit der Querfront die gefährlichste Auswirkung der teilweisen ideologischen Nähe zwischen einigen rechten und linken Fraktionen die Entsolidarisierung deutscher Linker von den Linken, Oppositionellen, Frauen, Homosexuellen, AtheistInnen, FeministInnen, Säkularen, DissidentInnen, IndividualistInnen und NonkonformistInnen zu sein, die zu Opfern »nationaler Befreiungsbewegungen« oder autoritärer Kollektive werden. ::

MITTEN IM MAINSTREAM?

DIE DEUTSCHE LINKE UND DER ANTIZIONISMUS[1]

DR. MARTIN KLOKE

Als hessischer Oppositionspolitiker verfasste Joseph Fischer vor bald 23 Jahren einen Beitrag, der in der damaligen Linken einiges Aufsehen verursachen sollte: »Israel – ein Alptraum der deutschen Linken«.[2] Der Aufsatz des heutigen Bundesaußenministers gehört zu den wenigen Versuchen linker Vordenker jener Zeit, den im Fahrwasser antiimperialistischer Gewissheiten und antisemitischer Ressentiments sich bewegenden Antizionismus linksradikaler, später auch grünalternativer Couleur kritisch aufzuarbeiten.[3] War der Versuch erfolgreich, die deutsche Linke von ihren israelpolitischen »Alpträumen« zu befreien? ::::::: Der Marsch durch die Institutionen, den vor über 35 Jahren eine linksgerichtete Jugendkultur proklamierte, ist im Hinblick auf unser Thema jedenfalls nicht erfolgreich gewesen: Wie zur Bestätigung dieses Trends konnte im Herbst 2004 ein Mitarbeiter der »Bundeszentrale für politische Bildung« in der Wochenzeitung »Das Parlament« unwidersprochen das Existenzrecht Israels als jüdischer Staat zur Disposition stellen, indem er die »Entzionisierung« Israels »als Voraussetzung für einen wirklichen Frieden« herbeizuschreiben versuchte.[4] Ausgerechnet am Tage der historischen Begegnung zwischen Scharon und dem Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas im ägyptischen Scharm-el-Scheich (am 08. Februar 2005) stellte die Süddeutsche Zeitung die Frage: »Ist der Zionismus heute der wahre Feind der Juden?« – und überließ im Stil einer Pro- und Kontra-Diskussion die Antworten zwei (jüdischen)

Gastautoren. Welcher andere, zumal demokratische Staat in der Welt befindet sich seit mehr als 50 Jahren in der Zwangslage, permanent gegenüber Feinden und »Freunden« sich seiner Existenzberechtigung vergewissern zu müssen (nicht zuletzt auch durch militärische Stärke)? Häufig beteuern »fortschrittliche« Zeitgenossen: »Ich trete zwar für das Existenzrecht Israels ein, aber... !« Niemand dieser Gutmenschen würde jemals einen Gedanken entwickeln, der mit dem Satz begänne: »Ich trete zwar für das Existenzrecht Russlands ein, aber... !« ::::::: Was hat dieser Datenbefund mit unserem Thema zu tun? Der Schriftsteller Gerhard Zwerenz verstieg sich 1976 zu der These: »Linker Antisemitismus ist unmöglich.«[5] Noch heute wirkt diese Parole nach. Die geschichtspolitischen Debatten um den Umgang mit der deutsch-jüdischen Vergangenheit und ihren politisch-moralischen Konsequenzen zeigen, wie sehr die deutsche Gesellschaft als Ganzes noch immer von unheilvollen Traditionen kontaminiert ist. Viele selbst wohlmeinende Deutsche und Linke sind in die Vorstellung vernarrt, Antisemitismus begänne erst an der Rampe von Auschwitz. Alles, was sich im ressentimentgeladenen Vorfeld des Vernichtungsantisemitismus abspielt, wird klein geredet – häufig mit moralisierender Empörung. Das unausgesprochene Credo nicht zuletzt linksliberaler Feuilletonisten und von Teilen des etablierten Politikbetriebs lautet per definitionem: »Menschen wie Jürgen Möllemann und Martin Walser, Norbert Blüm und Ludwig Watzal sind keine Antisemiten – auch dann nicht, wenn sie antisemitische Äußerungen machen.« So folgen nicht wenige von ihnen der ironischen Maxime: »Antisemitismus ist, wenn man die Juden noch weniger mag als es normal ist.« ::::::: Seit Ausbruch der Al-Aksa-Intifada vor bald fünf Jahren ist deutlich geworden, dass die geistigen Veränderungen der vergangenen 16 Jahre an weiten Teilen der traditionellen radikalen Linken abgeprallt sind. PDS- und DKP-nahe Zeitungen wie das Neue Deutschland, die Junge Welt und Unsere Zeit führen das israelfeindliche Erbe der radikalen Linken unbeirrt fort: Wann immer die israelische Armee palästinensische Terrorangriffe abwehrt, sind dies »Racheaktion(en)«. Klischees des überlieferten christlichen Antijudaismus scheinen sich in säkularistischen Kreisen hartnäckiger zu behaupten als in aufgeklärt-religiösen Milieus. Reflexhaft fragen ausgerechnet religionslose Postkommunisten immer wieder: »Wer stoppt dieses alttestamentarische Gemetzel?«[6] Der Chefredakteur der ebenso linksradikalen wie antizionistischen Jungen Welt setzt diesem Stereotyp die Krone auf: »Mit alttestamentarischer Härte geht Israel gegen die palästinensische Rebellion in den besetzten Gebieten vor. Auge um Auge, Zahn um Zahn. Das ist noch eine glatte Untertreibung. Für ein Auge hundert Augen und für einen Zahn hundert Zähne, lautet die Rechnung«.[7] Wie eh und je werden an der Marburger Uni Lehrveranstaltungen angeboten, die schon im Titel antizionistisches

Ressentiment erkennen lassen: Den orthodox-marxistischen Politikwissenschaftler Reinhard Kühnl treibt noch immer »das Problem Israel«[8] um. In der trotzkistischen »Arbeitermacht«, die die letzten linksdeutschen Weltrevolutionäre um sich schart, heißt es unverblümt: »Der zionistische Staat kann nicht reformiert – er muss zerschlagen (...) werden.« Die Trotzkisten rufen zu einem »Arbeiterboykott gegen Israel« auf, wobei in diesem Zusammenhang das Bekenntnis, »entschlossen allen Formen des Antisemitismus entgegenzutreten«,[9] nicht der Komik entbehrt. Während einer »Palästina-Demonstration« in Wien fragen Anhänger der »Revolutionär-Kommunistischen Liga« und des »Kommunistischen StudentInnenverbandes« allen Ernstes: »Was will die Jüdische Politik? Weltherrschaft?«[10] ::::::: Eine Koalition linksliberaler, linksradikaler und rechtsextremer Deutscher scheut nicht davor zurück, Sympathien mit den verquasten Inhalten einer politischen Theologie des Islam zum Ausdruck zu bringen – erinnert sei an die Heroisierung palästinensischer Märtyrer, die in einigen Medien immer wieder ein Forum erhält.[11] Als eine Mitarbeiterin des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung vor einem internationalen Publikum die Vernetzung rechtsextremistischer und islamistischer Gruppen (Hamas, Hisbollah) anhand einer Internet-Präsentation belegte,[12] erntete sie empörten Widerspruch aus den Reihen der anwesenden Orientalisten, obwohl sie die »linke« Komplizenschaft erst gar nicht hervorgehoben hatte. Neonazis wie der frühere RAF-Aktivist Horst Mahler begeistern sich ungeniert für die deutsch-palästinensische Volksfront: »Die Juden haben sich Palästina genommen und betreiben dort Völkermord, das bringt eine gemeinsame Front der Deutschen und Palästinenser zustande.« Auf NPD-Demonstrationen schwenken Teilnehmer genauso begeistert die palästinensische Flagge, wie es jahrelang linksdeutsche Antizionisten vorgemacht haben; in Gaza-City und in anderen palästinensischen Städten haben Demonstranten während der Al Aksa-Intifada gelegentlich Hakenkreuzfahnen vor sich hergetragen. ::::::: Auch in jüngster Vergangenheit haben sich linksgerichtete Gruppen immer wieder öffentlich ihrer antizionistischen Überzeugungen vergewissert: Linksradikale und palästinensische Gruppen waren es, die im April 2002 in sieben deutschen Städten die seit Jahren bundesweit größten antiisraelischen Kundgebungen initiieren, organisieren und anführen sollten. Allein in Berlin gingen etwa 10.000 Menschen auf die Straße.

KEINE POLITISCHE GRENZZIEHUNG

Die israelische Regierung hat 2002/03 unter dem Druck fortwährender Terroranschläge den Bau eines Sicherheits-und Trennungszauns aufgenommen – mit der Folge, dass die Kette tödlicher Selbstmordanschläge merklich dünner geworden ist. Seither konzentriert sich die Wut antizionistischer Linker gegen die angebliche »Apartheidmauer«. Die Sperranlage, die an einigen bevölkerungsdichten Punkten die Ausmaße einer Mauer angenommen hat, ragt zum Teil auch in die umstrittenen palästinensischen Gebiete hinein. Gleichwohl betonen israelische Regierungsstellen, dass der Zaun keine politische Grenzziehung vorwegnehme – diese werde einer endgültigen Friedensregelung vorbehalten sein. Inzwischen hat Israels Oberster Gerichtshof die Regierung Scharon angewiesen, den ursprünglich geplanten Verlauf des Zauns an einigen Stellen zugunsten palästinensischer Einsprüche zu korrigieren. Anstatt eine differenzierte Beurteilung und gegebenenfalls Kritik vorzunehmen, setzten sich Teile der Friedensbewegung an die Spitze einer Kampagne, die den 09. November 2003 zum »Internationalen Tag gegen den Mauerbau«[13] erklärte. Mit Kritikern dieser Entscheidung, die das Gedenken an die Reichspogromnacht nicht mit einer antiisraelischen Aktion vermischen mochten,[14] gingen die antizionistischen Akteure hart ins Gericht: Die »Bedenkenträger« aus der antideutschen und jungliberalen Szene würden aus »dunklen Quellen« geheimdienstlichen und jüdisch-amerikanischen Ursprungs finanziert.[15] ::::::: Der frühere Leiter der Kulturredaktion der taz veröffentlichte ein Buch unter dem Titel »Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.« Das Werk hatte bereits Anfang 2004 die 35. Auflage erreicht. Finden wir in dem Bestseller ein aufklärerisches Votum gegen Verschwörungstheorien, denen ja gerade die jüdische Gemeinschaft immer wieder zum Opfer gefallen ist? Keineswegs: Bröckers geht letztlich soweit, den 11. September der Bush-Administration in die Schuhe zu schieben: Die US-Regierung habe sich mit diesem Fanal ein Alibi schaffen wollen, um freie Hand für eine neoimperialistische und kriegerische Welteroberungspolitik zu bekommen. Handelt es sich hier um die Hirngespinste durchgeknallter Verschwörungstheoretiker? Mitnichten: Nach einer Umfrage der ZEIT vermutet fast jeder fünfte Deutsche die US-Regierung als Urheber der Terroranschläge vom 11. September; fast jeder dritte Deutsche unter 30 Jahren hält diese These für plausibel. ::::::: In einer solchen Stimmungslage kann alles möglich sein – es ist die Stunde der Verschwörungstheorien, die im kollektiven Unbewussten von Orient und Okzident fest verankert und jederzeit abrufbar sind. Wer Gerüchte über jüdische Drahtzieher einer gigantischen Menschheitsverschwörung schürt, darf noch immer sicher sein, eine Art »Angstlust« zu erzeugen; sie zeitigt den angenehmen Nebeneffekt, die undurchschaubare Globalisierung auf ihren »eigentlichen« Urheber zurückführen zu können. Kein Wunder, dass der ehemalige deutsche Bundesminister Andreas von Bülow mit seinen angeblichen »Indizien«, wonach jüdisch-israelische Angestellte der Zwillingstürme rechtzeitig vor dem Anschlagstermin vom israelischen Geheimdienst Mossad gewarnt worden seien, insbesondere in links-, aber auch rechtsradikalen Milieus zum Kultautor avanciert ist.[16] ::::::: Schließlich ist bemerkenswert, dass linke Antizionisten wie eh und je versuchen, eine direkte Verbindungslinie zwischen den Verhältnissen in der Golfregion und dem Palästina/Israel-

Konflikt zu ziehen: Nicht nur George W. Bush, sondern auch Ariel Scharon wurden allerlei böse Absichten unterstellt, zum Beispiel im Windschatten des Irakkrieges von 2003 die Palästinenser vertreiben zu wollen.[17] Nichts von diesen Kassandra-Rufen ist eingetreten. Stattdessen konnte nach der umstrittenen Befreiung des Iraks vom Regime des Saddam Hussein und nach dem Tode Arafats der israelisch-palästinensische Friedensprozess wiederbelebt sowie die Demokratisierung des Nahen Ostens eingeläutet werden.

»MODERNISIERTE« ARGUMENTATIONSMUSTER DER LINKEN

Seit dem 11. September 2001 verspüren die 200 lokalen Gruppen der neolinken »Attac Deutschland« Auftrieb: Sie sind die treibende Kraft der Antikriegsbewegung gegen die USA. Attac hat die antiimperialistischen Argumentationsmuster der Linken »modernisiert« und popularisiert. Doch nicht wenige machen »das vagabundierende internationale Finanzkapital« für jene sozialen Verwerfungen verantwortlich, die der zunehmenden Globalisierung der Weltwirtschaft angelastet werden. Dabei führen Teile ihrer Anhängerschaft komplexe weltwirtschaftliche Zusammenhänge auf ein verschwörerisches Komplott dunkler Mächte zurück. Der personalisierende Schritt zum antijüdischen Ressentiment ist von hieraus nicht weit – etwa in den Anti-Kriegs-AGs von Attac, die von Anhängern der »Sozialistischen Alternative« und der Gruppe »Linksruck« dominiert werden. Rechtsextreme und islamistische Kreise haben Signale dieser Art mit Genugtuung aufgenommen. ::::::: Während einer Demonstration gegen den Internationalen Währungsfonds in Davos im Januar 2003 tanzten Aktivisten in den Masken von US-Verteidigungsminister Rumsfeld und Israels Ministerpräsident Scharon um ein goldenes Kalb. Wussten die Akteure nicht, dass der »Tanz ums goldene Kalb« – eine biblische Metapher der Geldgier – im 19. und 20. Jahrhundert in antisemitischen Karikaturen verwendet wurde? Wieso überhaupt taucht im Zusammenhang mit dem IWF der weltwirtschaftlich unbedeutende Staat Israel auf? Die Tatsache, dass sich beide Figuren einen Stern an die Brust geheftet hatten, suggeriert: »Amerikaner sind Juden, alle Juden sind wie Scharon, ein Judenstern ist dasselbe wie ein Davidstern, das goldene Kalb ist ein jüdisches goldenes Kalb, alles egal, die Zuschauer (...) werden schon verstehen, was und wer gemeint ist, Hauptsache, der götzenumtanzende Dämon hat ein Signet.«[18] ::::::: Seither tobt in der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung ein heftiger Konflikt um die Schnittpunkte von Israelkritik und Antisemitismus, der vor allem in den Internet-Foren der Bewegung geführt wird: »Wir müssen uns offen und ehrlich mit der Rolle der Juden auseinander setzen«, fordern die einen. »Nein«, lautet eine klare Antwort, »wir müssen uns nicht ›mit der Rolle der Juden‹, sondern mit dem Abbau von Ressentiments auseinander setzen.« Gleichwohl bezeichnen einzelne Mitglieder und AGs von Attac den israelischen Ministerpräsidenten als »Faschisten«, setzen israelische Militäraktionen mit den Verbrechen der Nazis gleich und bekunden ihre Sympathien mit dem antiisraelischen Terrorismus, indem sie Islamisten als »Partner im Kampf« hofieren. 2003 rief eine deutsche Attac-Gruppe zum Boykott israelischer Waren auf. Während des globalisierungskritischen »Europäischen Sozialforums« in Paris, an dem mehr als 50.000 Menschen teilnahmen, erhielten drei Mitarbeiter der »Aktion 3. Welt Saar« wegen ihres Bekenntnisses zum Existenzrecht Israels ein Redeverbot und verloren ihre Akkreditierung. Immer neu offenbart die Anti-Globalisierungsbewegung ihre offene Flanke gegenüber einem antizionistisch grundierten Antisemitismus, zumal sich linke Gutmenschen gegenüber dem Existenzrecht anderer (bürgerlicher) Staaten weitaus nachsichtiger zeigen. Dies ist beileibe kein neues Phänomen: Seit 1968 konfrontieren linke Antizionisten die jüdisch-israelische Gesellschaft mit der Idee des antizionistischen »Antinationalismus«; den Palästinensern dagegen wurde und wird das Recht auf nationale Selbstbestimmung selbstverständlich zuerkannt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt? ::::::: Ein markantes Beispiel für die obsessive Popularität antiisraelischer Stimmungen ist die Dämonisierung des israelischen Ministerpräsidenten. Die pauschale Abneigung, die Scharon als Person entgegenschlägt, bildet in Deutschland und Europa weit über die Linke hinaus einen fast unhinterfragbaren Konsens – was zählen schon Fakten, deren vorurteilsfreie Wahrnehmung ein differenziertes Bild nahe legen müsste: So umstritten und kritikwürdig Scharons Sicherheitspolitik im Einzelnen auch sein mag – wenn sie als Vorwand für hasserfüllte Metaphern figuriert, in denen Scharon wahlweise als »schmerbäuchiger Kriegsverbrecher«, »oberster Brandstifter« oder als »Schlächter« gebrandmarkt wird, wird die Grenze zwischen legitimer Israelkritik und antisemitisch motiviertem Ressentiment überschritten. ::::::: Die antizionistische Kampage hält an: Anfang Juni 2004 versammelte sich in Köln eine Art parteiübergreifende »Volksfront« zur Konferenz »Stop the wall«. Zu den Organisatoren zählten mehr als 20 Organisationen der Friedensbewegung, darunter die Attac-AG »Globalisierung und Krieg« und die »Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg«. Viele, die es in der antizionistischen Szene zu trauriger Berühmtheit gebracht haben, waren

dort zum Anfassen nah – von Norbert Blüm und André Brie bis hin zu Victoria Waltz und Ludwig Watzal. Als Ordner fungierten Aktivisten der linksextremen Kampagne »10 Euro für das irakische Volk im Widerstand«, die auch Terroranschläge im Irak befürworten. Handgreiflich gingen sie gegen vermeintliche oder tatsächliche »Antideutsche« vor; dabei attackierten sie auch einen Journalisten der taz. Unter dem Beifall des Publikums wurde die Realisierung des palästinensischen Rückkehrrechts als Vehikel zur Überwältigung Israels als jüdischem Staat propagiert: Eine »jüdische Lobby« habe die amerikanische Regierung im Sinne israelischer Interessen unterwandert; es gebe keinen palästinensischen oder antiwestlichen Terrorismus, wohl aber »legitimen Widerstand«; aufgrund seines »rassistischen« und »verbrecherischen« Charakters habe der Staat Israel kein Recht auf Selbstverteidigung. **::::::** Das Antisemitismus-Problem in der Linken (und weit darüber hinaus) spiegelt sich in Befindlichkeiten, die auf ein tief verwurzeltes Schema von Wahrnehmungen zurückgehen. Offenbar finden in jeder Generation aufs Neue engagiert-empörte Menschen Gefallen an einer Art mentalen Landkarte des Antisemitismus, die ihnen in unübersichtlichen Zeiten Sicherheit verheißt: **1** Gib immer zuerst »Israel« die Schuld – oder »den Juden«. **2** Verwandle Opfer in Täter, dass heißt: Setze umstrittene jüdische beziehungsweise israelische Aktivitäten mit den Verbrechen der Nazis gleich. **3** Messe und beurteile die Handlungen Israels mit anderen Maßstäben als die Praktiken anderer internationaler Akteure. **4** Reaktiviere zur Untermauerung antizionistischer Kritik Stereotypen, um missliebige Personen zu diskreditieren, zum Beispiel in Karikaturen. **::::::** »Die Juden sind unser Unglück!«, war die Überzeugung des nationalliberalen Historikers Heinrich von Treitschke im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. »Der Staat Israel ist das Problem!«, hören und lesen wir heute von jenen keineswegs nur linken Erben Treitschkes, die den politischen Antizionismus in Deutschland repräsentieren. Sollte eine Linke, die um ihre Daseinsberechtigung kämpft, in Zukunft noch stärker als bisher versucht sein, auf dem Antisemitismus-Ticket wieder Fuß zu fassen, dürfte diese Strategie auf einem variablen Mischungsverhältnis der oben genannten Kriterien beruhen. Im Rahmen eines globalisierungskritischen Volksfrontbündnisses von links bis rechts könnte sich eine nachmoderne Linke daran gewöhnen, »die Juden« beziehungsweise »den Staat Israel« als Verkörperung abstrakter (umhervagabundierender) Kapitalflüsse wahrzunehmen – und für zunehmende soziale Verwerfungen im 21. Jahrhundert verantwortlich zu machen. Die Konsequenzen eines solchen Szenarios wären – vor dem Hintergrund einer jahrhundertelangen Geschichte der Judenverfolgung – unabsehbar. Man kann nur hoffen, dass besonnene Attac-Aktivisten sich dieser Problematik offensiv und selbstkritisch stellen. Erfreulich ist immerhin, dass die gegenwärtige Tauwetterperiode im Nahen Osten, von der niemand weiß, ob sie von Dauer sein wird, den antizionistischen Kämpen wenigstens einstweilen einen Gutteil ihrer Energien entzieht. **::**

ANMERKUNGEN 1 Beitrag fasst einen Aufsatz zusammen, den Martin Kloke demnächst in einem Sammelband zu den deutsch-israelischen Beziehungen veröffentlichen wird (herausgegeben von Lothar Mertens, Verlag Duncker Humbolt, Berlin) **2** Vergleiche: Joseph (Joschka) Fischer, Israel – ein Alptraum der deutschen Linken. In: Pflasterstrand, Sondernummer »Palästina«. Frankfurt am Main, 9/1982, Seiten 47 bis 50 **3** Vergleiche dazu rückblickend die mentalitätsgeschichtliche Studie von Martin Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses. Mit einem Vorwort von Micha Brumlik (Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten, Band 20), Frankfurt am Main und Schwalbach im Taunus: aktualisierte und erweiterte Neuauflage 1994 **4** Ludwig Watzal in der euphorisch gestimmten Rezension eines militant antizionistischen Buches (Vergleiche: Das Parlament, 01. November 2004, Seite 14) **5** Vergleiche: DIE ZEIT, Nummer 16, 09. April 1976, Seite 34 **6** Olaf Standke, Kriegszustand. In: Neues Deutschland, 23. November 2000, Seite 1 **7** So Werner Pirker: Auge um Auge? Israel besteht auf Gewaltmonopol über Palästina. In: Junge Welt, 04. November 2000 **8** Vergleiche: Stefan Braun und Joachim Wurster, Antisemitismus und Antizionismus. Alles in Ordnung? In: Tribüne, Heft 168, 04. Quartal 2003, Seite 139 f; authentische Quellen zur Marburger »Intifada« unter: www.kosmopolitbureau.unwissenschaftlich.de **9** Vergleiche: Michael Gatter, Palästina. Solidarität mit der neuen Intifada!. In: Arbeitermacht, Nummer 59, November/Dezember 2000, Seiten 17 f **10** N. N., Linkswende. In: Illustrierte Neue Welt, Oktober/ November 2000, Seite 37 **11** Christina Förch, Steine und die Wut zu leben. Mit der Intifada erwachen viele palästinensische Jugendliche aus Apathie und Resignation. In: Freitag, 20. Oktober 2000; Vergleiche auch: Peter Michalzik, Die Zeit der Märtyrer. In: Frankfurter Rundschau, 02. April 2002, Seite 13: »Das 16-jährige Mädchen, das sich bei dem nächsten Attentat nach den Angriffen auf Ramallah in die Luft gesprengt hat, war dem klaren Gesicht nach zu urteilen nicht eine der schlechteren ihres Volkes.« **12** Vergleiche: Juliane Wetzel, Die internationale Rechte und der arabische Antizionismus im World Wide Web. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 12. Herausgeber Wolfgang Benz für das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Berlin 2003, Seiten 121 bis 144 **13** Vergleiche: www.friedensforum-duisburg.de/2003/09/9nov-mauer.htm **14** Vergleiche den Kampagnenplan »Stoppt den Mauerbau in Palästina/Israel« einer überregionalen Strategiekonferenz der »Kooperation für den Frieden« am 28. September 2003 in Dortmund (Privatarchiv des Verfassers) **15** So Gerd Höhne, Am deutschen Wesen soll die Welt genesen? Oder Verliert die deutsche Friedensbewegung ihre Glaubwürdigkeit. In: Kommunistische Internet-Zeitung, Herbst 2003, Im Internet: www.kommunisten-online.de/Kriegstreiber/aktionstag.html); Vergleiche auch: Günther und Hanna Ackermann: Angeblicher Antisemitismus. Intellektuelle Prostitution oder Die Weißwäscher vom Niederrhein. Im Internet: www.kommunisten online.de/Diversanten/diss1.htm **16** Vergleiche: Andreas von Bülow, Die CIA und der 11. September. Internationaler Terror und die Rolle der Geheimdienste. München 2003, Seiten 213 bis 222 **17** Beispielhaft: Ludwig Watzal, Der Krieg gegen den Irak und die Vertreibung der Palästinenser. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 1 und 2/2003, Seiten 65 ff **18** So Marcus Hammerschmitt, 29. Januar 2003. In: www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/14065/1.html

MIT DEM BAUCH DENKT ES SICH NICHT GUT

DIE DEUTSCHE LINKE UND DER ANTIAMERIKANISMUS

GEORG ROHDE

»Klar ist: Eine linke Kritik an der US-Außenpolitik und an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der kapitalistischen Führungsmacht ist berechtigt und notwendig. Die Frage ist nicht, **ob** Linke die militarisierte Außenpolitik, den Arbeitszwang für Sozialhilfebezieher oder die Todesstrafe in den USA kritisieren sollen, sondern **wie.** Begründete Kritik ist vom bloßen antiamerikanischen Ressentiment zu trennen.«
(Hahn 2003, Seite 12; Hervorhebung im Original)

»Uuh Ess Aah, internationaahle Völkermordzentraahle«, mir sind die Parolen der linken (West-) Berliner Demos der 80er und 90er noch im Ohr, oder auch diese: »USA – SA – SS«. Das reimt sich, das lässt sich gut rufen und hallt, von Hunderten oder Tausenden rhythmisch skandiert, schön dumpf von den Häuserwänden wieder.[1] Ob nun das Staatswesen der USA beziehungsweise dessen aktuelle Politik oder die Bevölkerung gemeint war, so genau wollten wir das damals gar nicht wissen, um uns das schöne Feindbild nicht durcheinander bringen zu lassen. Die Gleichsetzung mit dem faschistischen Fachpersonal für Massenmord haut jedenfalls vorne und hinten nicht hin. Bei aller Kritik an der US-Regierung stimmte sie damals genau so wenig wie heute, selbst angesichts der abschreckenden Menschenrechtsverstöße amerikanischer Staatsdiener und ihrer privaten Helfer in Guantanamo und Abu Ghraib. Und auch das Verdikt, Völkermorde zu planen oder auszuführen geht, bezogen auf die USA, schlicht am Punkt vorbei. ::::::: Waren unsere Parolen Ausdruck eines spezifisch linken, antiimperialistisch motivierten Amerikahasses oder Antiamerikanismus? Ohne Zweifel. Die Sympathie für die Schwächeren, für die in der globalisierten Ökonomie Ausgebeuteten und ihrer Rechte Beraubten und für diejenigen, die von Militärdiktaturen verfolgt und ermordet werden, paart sich oft und gern mit einer Ablehnung des mächtigsten Landes der Welt, den USA, der AmerikanerInnen und alles Amerikanischen. Den USA wird von manchen Linken alles Schlechte dieser Welt zugeschrieben. Nach dieser vereinfachenden Einteilung der Welt in Gut und Böse sind die USA unmittelbar für jeden Menschenrechtsverstoß auf Kuba verantwortlich, der sich so problemlos entschuldigen lässt. ::::::: »Die USA haben keine Kultur.« »Die Amerikaner sind oberflächlich.« und »Ich würde nie in die USA reisen« sind deutsche Standardsprüche auch unter Linken, die in diesem Punkt absolut konform mit der Mehrheitsmeinung gehen. Wer sowas sagt, war im Regelfall noch nie in den USA, um sich ein eigenes Bild zu machen. Mal ganz zu schweigen davon, US-amerikanische FreundInnen zu haben oder den oppositionellen Diskurs in den USA auch nur ansatzweise wahr zu nehmen. Viele deutsche Linke besitzen nur eine sehr oberflächliche und klischeehafte Vorstellung vom Gegenstand ihrer mit großer Überzeugung vorgebrachten Ressentiments. Höchste Zeit, das zu ändern.

WAS IST SPEZIFISCH DEUTSCH AM ANTIAMERIKANISMUS?

Dass die undifferenzierte und uninformierte Ablehnung der USA weit vor dem Vietnamkrieg (1964 bis 73) oder den neokonservativen Präsidenten Ronald Reagan (1980 bis 88) und George W. Bush (seit 2000) eine wichtige Rolle bereits im erwachenden deutschen Nationalbewusstsein spielte, zeigt Herbert Weber in seinem Aufsatz »Antiamerikanismus in Deutschland« in einem vom Berliner »Zentrum Demokratische Kultur« herausgegebenen Bulletin von wechselhafter Qualität. Über die deutsche Nationalbewegung des frühen 19. Jahrhunderts, Deutschland war damals nicht mehr als eine Ansammlung zahlreicher kleinerer und größerer autoritärer Staaten, schreibt Weber: »Die Vorstellung eines historisch ›gewachsenen Volkstums‹ mit spirituellem Ahnen- und Abstammungsglauben stand im fundamentalen Gegensatz zum sehr rationalen, ideellen Gründungsprinzip der Ersten Französischen Republik, ›Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‹ – entsprechend wurden deren egalistische (auf Gleichheit gerichtete, GR) Prinzipien zum ›undeutschen‹ Feindbild erhoben. Schon früh richtete sich diese exklusive Nationalidee gegen als nicht-deutsch definierte Gruppen, etwa Juden, Polen oder Franzosen. Die deutsche Kultur wurde von Verfechtern dieser Theorie als ›höherwertig‹ angenommen und sollte ›rein‹ bleiben, so dass andere Völker und Kulturen davon ausgeschlossen, unter Umständen sogar bekämpft werden sollten. Das Gleichheitsprinzip der Französischen Revolution machte dagegen keinen Unterschied zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft. Im Bevölkerungsgemisch des demokratisch verfassten Einwanderungslandes USA war an eine einheitliche, historisch gewachsene Kultur noch viel weniger zu denken.« (Weber 2004, 15) ::::::: Ihre gegen die Kolonialmacht England errungene Unabhängigkeit gründeten die USA auf die Menschenrechte, auf Freiheit und Gleichheit, auf die Herrschaft der Vernunft, verstießen jedoch durch die Sklavenwirtschaft und die Unterwerfung der UreinwohnerInnen des nordamerikanischen Kontinents gegen diese Prinzipien. Kein Wunder also, dass die Einwanderergesellschaft USA den Anhängern eines deutschen Nationalbewusstseins, das sich auf eine »metaphyische Verwurzelung« in deutscher »Tradition und Scholle« (Weber 2004, 16) gründete, als das Gegenbild schlechthin erschien. ::::::: Auch heute geht es oft bei antiamerikanischen Ressentiments um eine angestrebte Reinheit beziehungsweise Homogenität, also gegen die Einwanderungsgesellschaft. Wenn zum Beispiel von der »mangelnden Kultur der Amerikaner« die Rede ist, schwingt mit, dass keine Kultur vorhanden sein könne, wenn Menschen ständig zuwandern und sich vermischen oder das Land keine lange Geschichte analog zu den europäischen Nationalstaaten hat. Einen politischen Ausdruck findet

dieses Denken in Deutschland zum Beispiel in der Leitkultur-Debatte. Von hier ist es kein großer Schritt bis zu offen rassistischen Weltbildern, besonders, wenn von der Höherwertigkeit der deutschen Kultur ausgegangen wird und Kultur als etwas quasi angeborenes erscheint. In dieser Sichtweise erscheinen die Individuen von Kultur determiniert, anstatt sie sich in einem durchaus unterschiedlich verlaufenden Prozess anzueignen und dabei umzuformen beziehungsweise auch Teile »ihrer Kultur« zurückzuweisen beziehungsweise durch neue Elemente zu ersetzen.

ANTIAMERIKANISMUS, WAS IST DAS EIGENTLICH?

Von Antiamerikanismus sollte man sprechen, wenn der Blick für die kulturelle, gesellschaftliche und politische Realität der einzigen verbleibenden Weltmacht von Vorurteilen und Ressentiments getrübt ist, wenn »aus dem Bauch heraus« pauschalisiert, entstellt oder projiziert wird: »Antiamerikanismus ist (...) ein unbarmherzig kritischer Impuls gegenüber amerikanischen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen, Traditionen und Werten; er geht einher mit einer Aversion gegen amerikanische Kultur und ihren Einfluss im Ausland, verachtet häufig den amerikanischen Nationalcharakter (oder was dafür gehalten wird), mag amerikanische Menschen, Stile, Verhalten, Kleidung und so weiter nicht, lehnt die amerikanische Außenpolitik ab und ist fest davon überzeugt, dass amerikanischer Einfluss und amerikanische Präsenz wo auch immer auf der Welt schlecht sind.« (Paul Hollander, zitiert nach Markovits 2004, Seite 17) ::::::: Und die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan unterscheidet legitime USA-Kritik, die »zwischen positiven und negativen Bewertungen Amerikas« differenziert, von Antiamerikanismus, der alles ablehne, »was jeweils für das Wesen der USA gehalten wird«. (Schwan, zitiert nach Hahn 2003, Seite 15) ::::::: Sozialpsychologisch erfüllen Vorurteil und Ressentiment gegenüber den USA eine ähnliche Funktion wie Rassismus: Die jeweils eigene Gruppe wird gefestigt und gestärkt, indem das »Andere« definiert und als Feindbild besetzt wird. Dadurch wird eine chaotische, widersprüchliche und bisweilen unverstandene Welt schön und handhabbar in gut und böse organisiert. Dazu bieten sich die USA hervorragend an, gerade aufgrund ihrer politischen und militärischen Macht, ihrer technologischen und kulturellen Führungsposition. In vielen Fällen ist es wohl gerade die im Vergleich zu Deutschland größere Widersprüchlichkeit und Heterogenität der US-Gesellschaft, die zu Vereinfachungen und Stereotypen verführt. ::::::: Denn vieles, was aus den USA kommt, lässt sich mit guten Gründen kritisieren, genau so wie es viele Dinge gibt, die von den meisten EuropäerInnen als positiv bewertet, aber nicht unbedingt mit den USA in Verbindung gebracht werden (Jazz und Blues, Gleichstellungsgesetze, Telefon, Antidiskriminierungstrainings, Feminismus, Bürgerrechtsbewegungen, Internet). So entsteht die paradoxe Situation, dass sich einerseits amerikanisches Englisch weltweit immer stärker als Verkehrssprache durchsetzt und neue Verständigungsmöglichkeiten schafft, dass kulturelle Werkzeuge wie zum Beispiel Software von Microsoft oder Apple von Menschen auf der ganzen Welt verstanden und benutzt werden (ein Zustand, den es in der Menschheitsgeschichte noch nie gab und der für jede/n Reisende/n ungeahnte Erleichterungen mit sich bringt), dass aber andererseits die USA auf dem besten Weg sind, zum meistgehassten Land in der Welt zu werden.

DIE EU UND DIE USA: KONKURRIERENDE MACHTBLÖCKE

Was die Stimmung in Europa, besonders in Westeuropa angeht, wo das Ansehen der USA seit dem dritten Irak-Krieg auf einem historischen Tiefstand ist (Markovits 2004, Seiten 23 bis 25), gibt es jedoch auch handfestere Gründe für eine Abkehr von der seit dem Zweiten Weltkrieg engen Anbindung an die USA: Nach 1945 standen die USA für Befreiung vom Faschismus und danach, im Westen, für Schutz vor Überwältigung durch den Warschauer Pakt, dessen reales Bedrohungspotenzial allerdings übertrieben wurde. Amerikanische Lässigkeit und Lebensstile wurden nachgeahmt; Marlon Brando, James Dean und Elvis Presley wurden zu Vorbildern für Generationen von Teenagern. Seit dem Ende des Kalten Kriegs werden die USA als Schutzmacht nicht mehr gebraucht. Stattdessen entwickelt sich die EU unter Führung von Deutschland und Frankreich zu einem konkurrierenden Machtblock, dessen ökonomische Interessen teilweise quer zu denen der USA liegen. ::::::: In der DDR waren die USA der imperialistische Hauptfeind und standen sinnbildlich für alle Übel (und Verlockungen) des »Coca-Cola-Kapitalismus«. Heute bedeuten die USA für die meisten West- und Mitteleuropäer Unilateralismus,[3] Machtstreben und militärische Eskalation. Seit den islamistischen Anschlägen auf Madrider Vorortzüge mit fast 200 Toten befürchtet man sogar ein erhöhtes Anschlagsrisiko aufgrund einer engen Verflechtung mit den USA. Vor diesem Hintergrund beschreibt der amerikanische Sozialwissenschaftler Andrei S. Markovits die Funktion des europäischen Antiamerikanismus zutreffend: »In Zeiten stetig wachsender Konkurrenz mit den Vereinigten Staaten wird er zu einer Ideologie, die eine Identität des wachsenden Machtblocks Europa begründen hilft.« (Markovits 2004, Seite 27). In dieser heraufziehenden Konkurrenz ist es völlig naiv, die ökonomische Interessengemeinschaft EU zum Hort des Guten, Wahren und Schönen zu verklären. Das kann jeder, der beispielsweise die europäische Migrations- und Abschottungspolitik beobachtet, unschwer erkennen. ::::::: Andererseits ist die einseitige Orientierung auf die USA als Inkarnation des Bösen genau so undifferenziert und falsch wie die von der Bush-Administration verbreitete Weltsicht. Wenn die USA als »das Böse« angesehen werden, führt das zum Beispiel häufig zu einer Verharmlosung der mörderischen Diktatur Saddam Husseins im Irak, wie man sie, wenn auch vielleicht aus anderen Gründen, in dem in Europa gefeierten Film »Fahrenheit 9/11« von Michael Moore findet.

UNDIFFERENZIERTE VORWÜRFE

Nicht jede Kritik an der Politik oder Kultur der USA ist »antiamerikanisch«. Und natürlich ist der Antiamerikanismusvorwurf von deutschen Konservativen und anderen benutzt worden, um oppositionelle Bewegungen zu denunzieren. Die Linke sollte aber genug Souveränität besitzen, sich unabhängig von der Tagespolitik anzuschauen, was denn an dem Vorwurf dran sein könnte, anstatt reflexhaft in eine Verteidigungshaltung zu verfallen. ::::::: Doch oft wird von einer Allgegenwart des Antiamerikanismus gesprochen, die nicht zutrifft. So sind für den bereits erwähnten Herbert Weber »positive wie negative Amerikabilder« stets »Projektionen einer deutschen Befindlichkeit und nehmen amerikanische Realitäten nur bedingt wahr« (Weber 2004,Seit15) So, als könne man als Deutsche/r kein angemessenes USA-Bild haben. Und Markovits schreibt, dass »sowohl Antiamerikanismus als auch Antizionismus (Antisemitismus noch nicht, zumindest nicht in seiner manifesten Form, obwohl auch das noch kommen könnte) zu Grundbedingungen dafür geworden [sind], wer und was sich in Europa ›links‹ nennen darf«. (Markovits 2004, Seite 11) Er unterstellt in Bezug auf die USA (und auf Israel) allgemeinen Hass und autoritäre Selbstgleichschaltung der ihrerseits äußerst widersprüchlichen und komplexen europäischen Linken, die nicht zutrifft. ::::::: So sind etwa viele deutsche Linke eher besser über die USA informiert als der Bevölkerungsdurchschnitt, haben teilweise in den USA gelebt, gearbeitet, Beziehungen geführt oder unterhalten gute Freundschaften und haben durchaus ein angemessenes Bild der politischen und gesellschaftlichen Situation in den USA. Die Frage ist nicht, ob es einen linken Antiamerikanismus gibt. Den gibt es ohne Zweifel. Sondern: Kann man ihn als die alles verbindende Klammer, als die »Eintrittskarte« in die europäische Linke ansehen? Und: Wie stark behindert sich die Linke selbst durch den Rückfall in einfache Gut-Böse-Schemata in ihrer Analyse- und Überzeugungsfähigkeit? Ist sie in der Gefahr, auf einen derzeit äußerst populären Zug aufzuspringen, der aber in die falsche Richtung fährt?

ANTIAMERIKANISMUS UND ANTISEMITISMUS

In der Literatur zum Antiamerikanismus wird häufig konstatiert, dass dieser oft gepaart mit seinem »Zwillingsbruder« Antisemitismus auftrete. Etwa in dem bereits erwähnten Bulletin des »Zentrum Demokratische Kultur« oder bei Andrei Markovits. Das trifft besonders zu, wenn behauptet wird, dass Juden die Politik der USA steuern, zum Beispiel deren Haltung zu Israel und Palästina.[4] Oft wird dabei eine jüdische Verschwörung, ein Wirken im Verborgenen unterstellt, von jeher eines der Kernelemente antisemitischer Propaganda. Für das antisemitische Ressentiment nicht nur von Neonazis sind die USA das ideale Objekt. Das liegt erstens wiederum an der Weltmachtposition der USA, geht es dem Antisemitismus doch traditionell darum, eine Verschwörung mit dem Ziel der globalen Macht zu unterstellen. Und zweitens, weil die USA, im Gegensatz zum Beispiel zu Deutschland und Frankreich, eines der wenigen entwickelten Länder weltweit sind, in dem Juden relativ frei von Anfeindung leben und Anteil am öffentlichen Leben haben können. Schon allein diese Tatsache muss die USA für Antisemiten zum Hassobjekt machen. ::::::: In Deutschland wird seit der Vereinigung Antisemitismus wieder zunehmend offen geäußert. Besonders in Westdeutschland war das nach der Vernichtung der europäischen Juden im Faschismus ein Tabu gewesen. In Ostdeutschland ging man dagegen eher davon aus, als »antifaschistische« Gesellschaft a priori auf der guten Seite zu stehen. Der Antisemitismus galt offiziellerseits als überwun-

dener Nebenwiderspruch; religiöse Betätigung hatte etwas Anrüchiges.[5] Im neu vereinigten Deutschland hat sich die Situation grundlegend gewandelt: In vielen Äußerungen zum Beispiel zu den Entschädigungszahlungen an Juden bestätigt sich der bitterböse Satz, die Deutschen hätten den Juden den Holocaust nie verziehen. Dennoch geht man zu weit, wenn der Antiamerikanismus pauschal mit dem Antisemitismus in einen Topf geworfen, verrührt und als vorherrschende und alle verbindende Hauptströmung der europäischen Linken bezeichnet wird.[6] Man muss schon genau den Einzelfall angucken: Was ist antisemitisch? Was ist antiamerikanisch? Was ist berechtigte Kritik, die nicht von Ressentiments geleitet ist? ::::::: Bezugspunkte zwischen linker Kapitalismuskritik und Antisemitismus entstehen besonders dann, wenn ein imaginierter »Gesamtkapitalist« an die Wand gemalt wird, der wie in einer Puppenbühne die Fäden der Weltwirtschaft zieht. Wenn etwa das »böse« Finanzkapital (»Wall Street») personifiziert und mit dem Judentum in Verbindung gebracht wird, im Gegensatz zum »guten«, produktiven Kapital etwa bei Firmengründungen oder Auslandsinvestitionen. Um kein Missverständnis entstehen zu lassen: Hochspekulative Anlageinstrumente der internationalen Finanzmärkte, die dazu führen, dass täglich riesige Summen am PC immer schneller um den Globus geschossen werden, so dass Nationalökonomien – wie im Fall der Asienkrise vor einigen Jahren – zusammen brechen, können und sollen natürlich kritisiert werden. Abzulehnen ist aber, wenn dahinter ein koordinierter Plan beziehungsweise eine jüdische Verschwörung gesehen wird.

KAPITALISMUSKRITIK ÜBER BORD WERFEN?

Doch zurück zum Antiamerikanismus: Will man von einer linken Warte aus dessen Funktion bestimmen, dann ist die in dem ausgezeichneten Reader von Michael Hahn »Nichts gegen Amerika – Linker Antiamerikanismus und seine lange Geschichte« wieder gegebene Definition hilfreich: Antiamerikanismus »exterritorialisiere die negativen Folgen des Kapitalverhältnisses« und »reterritorialisiere« sie in den USA. Dabei bliebe »die Kritik an der eigenen Herrschaft, an deutschem Staat und Kapital nicht nur aus, sondern deutsche Herrschaft (werde) gerade damit legitimiert, glorifiziert und verewigt.« Daher sei Antiamerikanismus »eine konformistische Rebellion, die sich an nicht erreichbarem schadlos« hielte. (Hahn 2003, Seite 18) ::::::: Folgt man dieser Einschätzung, dann werden also mit dem antiamerikanischen Ressentiment die negativen Erscheinungen kapitalistischer Herrschaft, die zunehmende Armut, die Umweltzerstörung, die Konsumorientierung usw. einseitig in den USA lokalisiert und die eigene, deutsche beziehungsweise europäische Herrschaft damit von Kritik freigehalten. So kann die gefühlsgesteuerte Ablehnung der USA dabei helfen, das wiedererstarkende deutsche Nationalbewusstsein zu festigen oder aber, alternativ, die EU positiv zu besetzen. Dann ist Antiamerikanismus, wie Hahn zutreffend feststellt »Begleitmusik zum Aufstieg und zur neoliberalen Zurichtung eines eigenen europäischen Machtblocks« (Hahn 2003, Seite 13). Und zwar indem die Machtpolitik und die kapitalistischen Widersprüche in Deutschland und der EU mit Blick auf die USA vernebelt werden.

GO WEST!

Jeder und jedem, der noch nie dort war, kann man nur empfehlen, möglichst für länger als zwei Wochen in die USA zu fahren, herumzureisen, mit Menschen zu reden, sich einladen zu lassen, Freundschaften zu schließen, die Zeitungen zu lesen, sich die sozialen Brennpunkte anzuschauen und die Widersprüchlichkeit und Faszination des Landes und seiner Menschen zu erleben. Möglicherweise fällt danach manches Urteil über die USA etwas vorsichtiger aus. Natürlich, Erfahrung bedeutet nicht automatisch Erkenntnis, ohne ein Abschiednehmen vom einfachen Gut-Böse-Schema geht es nicht. ::

ANMERKUNGEN **1** »USA – internationale Völkermordzentrale« wurde offenbar auch auf einer spontanen Antikriegsdemonstration nach dem 11. September 2001 am 08. Oktober des gleichen Jahres in Hamburg gerufen. (Woeldike 2004, 75) **2** Bei Andrea Woeldike in dem bereits erwähnten Reader des Zentrum Demokratische Kultur finden sich ein paar schöne Beispiele dafür, wie die Anschläge des 11. September 2001 prominenten deutschen FriedensaktivistInnen Gelegenheit dazu gaben, die eigene Geschichte, konkreter die Faschismuserfahrung, auf die aktuellen Ereignisse zu übertragen. An diesen Beispielen wird greifbar, was mit »Projektion« gemeint ist (Woeldike 2004, 75). Das gleiche projektive Motiv wird, wenn auch mit anderer Zielrichtung, von Neofaschisten benutzt, wenn zum Beispiel das Aktionsbüros Norddeutschland auf seiner Internetseite in wechselnder Abfolge ein Bild des brennenden World Trade Centers nach den Anschlägen vom 11. September und eines von Toten im bombardierten Dresden zeigt. (Kummer 2004, 78) **3** Unilateralismus ist weltpolitisch einseitiges Handeln, das nicht international abgestimmt ist. **4** Ein Sprachschüler hat mir vor einigen Jahren die überraschende Mitteilung gemacht, dass neben dem damaligen US-Präsidenten Clinton auch der deutsche Außenminister Fischer Jude sei. Beides ist natürlich Blödsinn. Und auf Deutschlands Straßen und an deutschen Kaffeetischen kann man wieder Sprüche wie »Das sind doch Juden« hören, wenn es darum geht, irgend jemanden, in diesem Fall (nichtjüdische) Grundstücksmakler, als besonders verschlagen und geldgierig zu charakterisieren. **5** Zu den Berührungspunkten von Kommunismus und Antisemitismus Vergleiche Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Hamburger Edition. **6** Genauer auseinander dividiert wird diese Frage von Frank Illing, 2003.

LITERATUR Linker Antiamerikanismus und seine lange Geschichte. Michael Hahn, Konkret Literatur Verlag, 2003 ::::: Paranoia, Projektion, Personifizierung. Zu einigen vorschnellen Gleichsetzungen von europäischem Antisemitismus und Antiamerikanismus. Frank Illing, In: Linker Antiamerikanismus und seine lange Geschichte. Michael Hahn, Seite 95 bis 110, Konkret Literatur Verlag, 2003 ::::: Funktionen des Antiamerikanismus in der rechtsextremen und neurechten Szene. Ralph Kummer, In: Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher. Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Seite 77 bis 84, Bulletin, Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, 2004 ::::: Amerika, dich haßt sich's besser. Antiamerikanismus und Antisemitismus in Europa. Andrei S. Markovits, Konkret Texte 40, 2004 ::::: Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland: Kontinuität und Wandel nach 1945. Gesine Schwan, 1999 ::::: Antiamerikanismus in Deutschland. Historische und aktuelle Feindbildkonstruktionen. Herbert Weber, In: Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher. Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Seite 15 bis 24, Bulletin, Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, 2004 ::::: Antiamerikanismus in der Linken. Antiamerikanismus in der »neuen Friedensbewegung«. Andrea Woeldike, In: Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher. Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Seite 71 bis 76, Bulletin, Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, 2004

ZWISCHEN ALLEN STÜHLEN

JENSEITS IDEOLOGISCHER POSITIONEN

BERNARD SCHMID

DER ANTIIMPERIALISTISCHE BEGINN: ENTKOLONIALISIERUNG UND STAATSGRÜNDUNG

In der Linken hatten die Themen des Antikolonialismus und Antiimperialismus (im Sinne einer Opposition gegen die Politik der kapitalistischen Industriestaaten in der so genannten Dritten Welt und gegen deren wirtschaftliche Ausbeutung) vor allem in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts Hochkonjunktur. Genannt seien die linken Bewegungen gegen den Vietnamkrieg und die französische Algeriensolidarität während des dortigen antikolonialen Befreiungskriegs. In beiden Bewegungen formte sich, ab den späten 50er Jahren (in Frankreich) beziehungsweise ab Mitte der 60er Jahre auf internationaler Ebene, das Bündnis oppositioneller und gesellschaftskritischer Kräfte, das später die Bewegung der 68er-Revolte prägen sollte. ::::::: Diese Bewegungen im Kontext der Entkolonialisierungswelle in Afrika und Asien: Aus mehreren Ländern wurden die bisher herrschenden Kolonialmächte infolge von Aufständen oder Befreiungskriegen gewaltsam hinausgeworfen. In anderen Fällen – beginnend mit Indien und Pakistan 1947 – zogen sie mehr oder weniger freiwillig ab. Oft versuchten sie dabei, einen kontrollierten Übergangsprozess einzuleiten und die politische Macht in die Hände einer einheimischen Elite zu übergeben, die weiterhin privilegierte Wirtschaftsbeziehungen zur ehemaligen »Metropole« unterhielten und diese unter Umständen auch Militärbasen auf dem Boden der Ex-Kolonie aufrecht erhalten ließ. Dort, wo diese »gemäßigte« Variante der Entkolonisierung scheiterte oder mit gewaltsamen Konflikten einher ging, strebte die politische Führung der neu gegründeten Staaten dagegen oft ein alternatives wirtschaftliches Entwicklungsmodell an. ::::::: Dieses beinhaltete in der Regel folgende Grundzüge: Da die nationale Bourgeoisie zu schwach entwickelt oder zu sehr in

Wirtschaftsbeziehungen mit den ehemaligen Kolonialmächten eingebettet war, um diesen Part zu übernehmen, trat an ihre Stelle der Staat als wichtigster Akteur des wirtschaftlichen Aufbaus. Weil das private Kapital im Lande oft mehrheitlich ausländischen (westlichen beziehungsweise nördlichen) Unternehmen gehörte, sollte die öffentliche Hand durch Wirtschaftsplanung und staatliche Finanzierung die Fundamente einer von den früheren Kolonialmächten unabhängige(re)n Ökonomie errichten. Um dem Druck des kapitalistischen Nordens zu entfliehen, wurden während einiger Jahrzehnte wirtschaftliche Beziehungen mit den staatssozialistischen Ländern des sowjetischen Blocks geknüpft. Zwar verfolgte selbstverständlich auch die UdSSR eigene staatliche Interessen im Verhältnis zur »Dritten Welt«, aber auf ökonomischer Ebene erlaubte sie mehreren afrikanischen und asiatischen Ländern, ihre Wirtschaftspolitik zum Teil außerhalb der Weltmarktstrukturen zu verfolgen. Auf politischer Ebene bestand in den 60er und 70er Jahren ein strukturelles Bündnis in der UN-Vollversammlung zwischen den Regimes in den entkolonialisierten Ländern und den sowjetischen Blocks, deren Interessen sich nur teilweise überschnitten.

SCHWÄCHEN UND GRENZEN DES DAMALIGEN ANTIIMPERIALISMUS

Die damalige weltweite (radikale) Linke unterstützte im Kern diese strukturelle Allianz, auch sofern sie Kritik an der politischen Verfasstheit der einzelnen Regimes oder am sowjetischen »Gesellschaftsmodell« äußerte. Dabei bestanden die in vielen Staaten der Dritten Welt regierenden nationalen Befreiungsbewegungen ihrerseits häufig aus mehreren miteinander konkurrierenden und politisch unterschiedlich ausgerichteten Flügeln. Der algerische Front de libération nationale (FLN, Nationale Befreiungsfront) etwa weist in seinem Inneren einen marxistischen und eher antiautoritären, einen etatistisch-staatssozialistischen, einen arabisch-nationalistischen und einen »islamo-konservativen« Flügel auf. Deswegen war es auch denjenigen Linken, die auf Distanz zu autoritären Zügen und Praktiken der herrschenden Regimes gingen, prinzipiell möglich, sich auf andere Kräfte innerhalb dieses Entkolonialisierungsprozesses positiv zu beziehen. ::::::: Doch diese Orientierung stieß ab den 80er Jahren an ihre Grenzen, und das aus mehreren Gründen. Der erste bestand darin, dass damals schlicht und einfach eine Periode zu Ende ging: An den meisten Orten der Erde waren Kolonialherrschaften im »klassischen« Sinne (also als militärische Beherrschung unterworfener Länder, in der Regel zum Zwecke ihrer wirtschaftlichen Ausbeutung und ideologisch legitimiert durch eine »zivilisatorische Mission«) abgelöst oder abgeschüttelt worden. 1989 setzte der aus inneren Widersprüchen, aber auch aus der Niederlage im durch US-Präsident Ronald Reagan nochmals beschleunigten »Rüstungswettlauf« und technologischen Wettbewerb resultierende Zusammenbruch des sowjetischen Blocks der oben beschriebenen Ära definitiv ein Ende. ::::::: Ein Antiimperialismus, der vor allem auf die Gründung unabhängiger Staaten setzte, hatte sich historisch überlebt. Früher konnte ein staatsorientierter Entkolonialisierungs-Antiimperialismus zumindest potenziell emanzipatorische Kritik bündeln, da mit der Zerstörung der Kolonialherrschaft in den betroffenen Gesellschaften stets Hoffnungen auf weniger Ungleichheit und Unterdrückung geweckt wurden. Oft hatte sich die Bevölkerung selbst mobilisiert, bevor ein Bürokratisierungsprozess der an die Macht gekommenen nationalen Befreiungsbewegungen einsetzte. Der spontanen Eigeninitiative der »Massen« wurden so enge Grenzen gesetzt, wie beispielsweise in Algerien. 1965 (drei Jahre nach der Unabhängigkeit) ergriff die Armee die Macht und setzte der bisherigen »Selbstverwaltungsbewegung« in der Wirtschaft ein Ende. ::::::: Aber auch bereits in der früheren Phase hatte der staatsorientierte Antiimperialismus seine inhaltlichen Schwachpunkte, vor allem in seinen dogmatischen und binären Wahrnehmungen, die sich in einem einfachen Gegensatz zwischen Staaten des Nordens und des Südens als »Unterdrücker und Unterdrückte« zeigte.

DER BLINDE FLECK DES ANTIFASCHISMUS

Das gilt insbesondere für den arabischen Raum, wo viele Regimes der Entkolonialisierungsphase sich durch eine militärische Modernisierungselite wie in Ägypten oder Libyen auszeichneten. Dieser galt der Antifaschismus in Bezug auf die europäischen Konflikte des letzten Jahrhunderts nicht als positiver Bezugspunkt. Manche arabischen Nationalisten setzten namentlich im Zweiten Weltkrieg auf die Option »Der Feind meines Feindes (Frankreich oder Großbritannien) ist mein Freund« und betrachteten deswegen Nazideutschland als Rivalen der klassischen Kolonialmächte in positivem Lichte. Nach 1945 flüchteten eine Reihe von Nazis in Länder wie Ägypten und Syrien, wo sie vor allem dann willkommen waren, wenn sie – wie die früheren Raketenbauer Pilz und Sänger, die in Nassers Ägypten aufgenommen wurden – militärisch-technische Kenntnisse besaßen. ::::::: Der Konflikt mit Israel sorgte in bestimmten arabischen politischen Diskursen für eine Rezeption und Übernahme mancher Vorstellungen einer globalen jüdischen Verschwörung. Man muss aber die Ideologisierung des Konflikts auf arabischer Seite notwendig kritisch betrachten. Anfang der 80er Jahre

befanden sich zeitweise zur selben Zeit antiimperialistische militante Linke aus der BRD und Mitglieder der neonazistischen »Wehrsportgruppe Hoffmann« in Ausbildungscamps palästinensischer Gruppen.

DIE RADIKALE UMKEHRUNG: ANTIDEUTSCHE IDEOLOGIE

Eine Korrektur der Fehler (von Teilen) der Linken betreibt die »antideutsche« Bewegung dadurch, dass schlicht alle Positionen um 180 Grad umgedreht wurden. Nachdem ihre Vorläufer im Zuge des Golfkriegs von 1991 das Problem erkannten, dass man sich auf keinen Fall positiv auf das Regime Saddam Husseins beziehen konnte. Denn Jean-Marie Le Pen sowie andere Nazis und Faschisten jubelten diesem ihrerseits zu. In ihrer heutigen Ideologie kann und muss man sich positiv auf Staatsführungen beziehen – allein auf jene der USA und Israels. Emanzipation, gesellschaftlicher Fortschritt und »Demokratisierung« werden nicht mehr durch ein Ende der herrschenden Weltwirtschaftsordnung versprochen, sondern durch militärische Eingriffe, die durch die stärkeren Militärmächte von außen vorgenommen werden. Andere Positionen zu vertreten, bedeutet den Behauptungen der Verfechter dieser Ideologie zufolge, aus antisemitischen Gründen gegen Israel Position zu beziehen und damit strukturell dasselbe wie Le Pen und ähnliche Figuren zu vertreten. ::::::: Diese neue simple Schwarz-Weiß-Weltsicht ist genauso falsch wie die vorausgehende. Übrigens verkennt sie auch gründlich die Position der politischen (extremen) Rechten, wenn die eigene »antideutsch« militaristische Position als einzig antifaschistische dargestellt wird. Denn innerhalb der europäischen extremen Rechten hat es immer mindestens zwei Grundpositionen gegeben: Einerseits existiert eine vor allem antisemitisch motivierte Haltung, die sich – zumindest verbal und demagogisch – auf die »arabische Sache« beziehen kann. Auf der anderen Seite gibt es auch pro-israelische Strömungen innerhalb der extremen Rechten, obwohl weniger stark unter den deutschen NS-Nachfolgern und vor allem in der italienischen oder französischen (extremen) Rechten. Einer der Gründe dafür ist, dass Israel aus ihrer Sicht als »Insel im Meer der barbarischen Dritten Welt« mit Europa in seiner angeblich notwendigen Abwehr gegen arabische und moslemische Einwanderer verglichen wird. ::::::: Die Le Pen-Partei weist im Inneren eine pro-israelische Traditionslinie auf, die daraus resultiert, dass der Staat Israel während der französischen Kolonialkriege in den 50er und 60er Jahren (Algerien, »Suezexepdition« gegen Ägypten) der engste Verbündete Frankreichs in der Region war. Das hinderte die extreme Rechte nie daran, auch antisemitische Ideologien fortzuführen. Während der Kolonialkriege wurde dies mit der außenpolitischen pro-israelischen Position dadurch vereinbart, dass man erklärte, wenn alle Juden nunmehr nach Israel umzögen, wäre »das jüdische Problem in Europa gelöst«. Jean-Marie Le Pen hat immer mit dem antiarabischen Rassismus und der kolonialistischen Tradition als auch mit dem Antisemitismus herum hantiert. Dieser Widerspruch ist zwar seit Ende der 80er Jahre aufgebrochen, aber noch im April 2002 zitierte die israelische Zeitung »Haaretz« Le Pen mit lobenden Worten über Ariel Sharons Militärpolitik. Er wisse aufgrund eigener Erfahrung in Algerien, wie man mit Terrorismus umgehe. Le Pen hatte in der ersten Jahreshälfte 1957 als freiwillig dienender Offizier in Algerien eigenhändig gefoltert. Das trifft auf Sharon nicht zu, aber der Likud-Politiker hatte in einem Interview mit dem französischen Magazin »L'Express« im Dezember 2001 eine Parallele zwischen seiner Politik und dem französischen Algerienkrieg gezogen: »Der einzige Unterschied ist: Frankreich ist (aus Algerien) gegangen, wir bleiben (in den Palästinensergebieten)«. ::::::: Nicht unlogisch ist, dass deswegen Justus Wertmüller in der Zeitschrift »Bahamas« (Nummer 42) auch Le Pen positive Züge abzugewinnen wusste, etwa in Gestalt »vernünftige(r) Einwände gegen die ungebremste Islamisierung« französischer Unterschichtsviertel. Radikal antifaschistisch ist die von seiner Strömung vorgenommene radikale Kehrtwende im Hinblick auf die weltpolitische Orientierung also nicht.

PERSPEKTIVEN

Was kann man also tun, um nicht vom Regen (den Fehlern der »antiimperialistischen Linken« von gestern) in die Traufe heutiger »linker« Kriegstreiber- und Rassisten-Positionen zu kommen? ::::::: Nicht die Ablehnung der Ausbeutung der »Dritten Welt« und der Politik der westlichen Mächte war der Fehler der »alten« Linken, sondern ihre Verknüpfung mit einer Staatsfixierung und die mangelnde Kritik an autoritären Regimen. Doch diese Orientierung hat sich ohnehin überlebt, jedenfalls sofern sie Geltung als emanzipatorische Perspektive beansprucht. ::::::: Gefragt ist also eine neue Orientierung, die das Richtige beibehält: internationale Solidarität und Kampf gegen das Elend (nicht gegen die Elenden) der Welt, aber mit dem Falschen bricht. Ob wir es nun als »Globalisierung von unten« oder »neuen Internationalismus« bezeichnen möchten, unter Bezug auf soziale Bewegungen und widerständige Kräfte, auf Frauenemanzipation und Basisgewerkschaften in »aller Herren« Länder. Hoffnungsvolle Ansätze dafür existieren in Keimform, beispielsweise in Bezug auf die internationale Sozialforen-Bewegung. Aber der Weg zu einem tatsächlichen, praktizierten »neuen Internationalismus« ist noch weit: Zu sehr sind die internationalen Treffen oder Demonstrationen Jahrmärkte des Beliebigen, auf denen Unterschiedliches und Gegensätzliches nebeneinander her besteht. Und zu sehr sind bei »Globalisierungskritikern« und ATTACs, neben Vertretern der Idee einer Internationalisierung der Basisbewegungen, auch die Verfechter anderer Optionen zugange, die zurück zum (nachträglich positiv verklärten) Nationalstaat und fordistischen Klassenkompromiss der 60er Jahre wollen. Das kann keine emanzipatorische Perspektive sein, zumal diese »heile Welt« des Kapitalismus vor dem Einbruch des Reaganschen und Thatcherschen Neoliberalismus auch jene war, die damals durch die Linke entschieden bekämpft wurde. Und zumindest darin hatte sie Recht.

SELBSTVERSTÄNDLICH ANTISEXISTISCH?

SELBSTDARSTELLUNG DER GRUPPE ANTISEXISTISCHE PRAXIS (GAP)

GAP

Der Sexismus in der Linken, mit dem wir uns konfrontiert sehen, unterscheidet sich leider nicht wesentlich vom gesellschaftlichen Sexismus. Im Gegensatz zum Rest der Gesellschaft hat die Linke zwar den Anspruch, für die menschliche Emanzipation zu kämpfen. Jedoch erscheint Sexismus hier oftmals nur als »Nebenwiderspruch«, der sich am »Tag der sozialen Revolution« scheinbar schon von selbst erledigen wird. Logische Konsequenz des Nebenwiderspruch-Denkens ist, dass auch hier der Mainstream sexistisch geprägt ist. Patriarchale Geschlechterbilder werden unhinterfragt reproduziert. Männerbündelei, Diskriminierung und sexuelle Gewalt in all ihren Erscheinungsformen, gepaart mit einem unerklärlichen Maß an Ignoranz diesen Zuständen gegenüber, sind – vor allem für Frauen – in linken Räumen und Gruppen eine Alltagserfahrung. Letzten Endes erscheint es sogar schwerer, sexuelle Gewalt und ihre Ursachen innerhalb der Linken zu bekämpfen, denn hier kommt zu den üblichen Mythen über sexuelle Gewalt auch noch der Mythos der »Antisexistischen Linken«. Dieser Zustand muss sowohl theoretisch, als auch praktisch bekämpft werden. :::: Vor gut einem Jahr hat sich GAP, die »Gruppe Antisexistische Praxis« in Berlin als gruppenübergreifender Zusammenhang von Hausis und AnarchistInnen über AntifaschistInnen bis hin zu Attac-AktivistInnen gegründet. Nach langjähriger, meist äußerst frustrierender und weitgehend unvernetzter antisexistischer Arbeit in der Linken, wollten wir unseren Kämpfen einen Ort und eine organisatorische Struktur geben. Der Focus von GAP ist seitdem die Politisierung und Bekämpfung von sexueller/sexualisierter Gewalt in der Linken. Wir versuchen, unsere Kampf-Erfahrungen zu bündeln, zu theoretisieren und Ansätze für eine erfolgreichere antisexistische Arbeit zu entwickeln. Dass das notwendig war und ist zeigt die ungeheure Anzahl von Fällen, mit denen wir uns konfrontiert sehen. Oftmals handelt es sich bei diesen Fällen um heftige Auseinandersetzungen in der Linken, in denen Unterstützung dringend notwendig ist. :::: Im Folgenden möchten wir dafür die wichtigsten Prinzipien antisexistischer Arbeit vorstellen, die wir in unserer Praxis entwickelt haben. Diese Prinzipien sind weniger ein analytisches Programm, sondern eher Anhaltspunkte, die AntisexistInnen in der schwierigen und häufig verwirrenden Phase nach Übergriffen helfen, Problematiken zu erkennen und Handlungsperspektiven zu eröffnen. :::: Die Struktur, in der wir uns nach Übergriffen befinden, ist fast immer höchst spannungsgeladen. Unser Handlungsfeld bewegt sich zwischen **A** den Bedürfnissen der betroffenen Person, **B** der Strukturiertheit der politischen und nicht-politischen Räume, die den Rahmen des Übergriffs und seiner Aufarbeitung bilden und **C** dem Vorgehen des Täters. Für uns als Linke und FeministInnen, die in gesellschaftlichen Machtverhältnissen denken, ist völlig klar, dass diese Eckpunkte unseres Handelns nicht einfach nur nebeneinander gestellt werden können, sondern einer gegenhegemonialen Hierarchisierung bedürfen. Die gesellschaftlich zuungunsten der betroffenen Person verteilten diskursiven, institutionellen, materiellen und normativen Handlungsressourcen, produzieren ein eindeutig hierarchisches Verhältnis zwischen Täter und Opfer, auch in der Linken. In diesem Kontext ist eine eindeutige gegenhegemoniale Hierarchisierung der Praxis unbedingt notwendig. :::: An erster Stelle müssen also Solidarität, Schutz und Unterstützung für die betroffene Person stehen – absolute Priorität hat ihr physisches und psychisches Überleben. Am wichtigsten ist in unserer Erfahrung dafür die uneingeschränkte Anerkennung der Fürchterlichkeit des ihr Angetanen und dessen uneingeschränkte Verurteilung. Das nennen wir Definitionsmacht. Diese Definitionsmacht ist in diesem Kontext aber nicht als ein statisches Urteil zu verstehen, sondern ist ein langsamer Entdeckungsprozess der Bedürfnisse der betroffenen Person. Am wichtigsten ist dabei die Etablierung einer Bezugsgruppe für die betroffene Person, die sie dabei unterstützt, zu definieren, was passiert ist, Bedürfnisse zu entwickeln, zu artikulieren und deren Erfüllung zu erkämpfen. Erfahrungsgemäß sind nach Übergriffen die wichtigsten Bedürfnisse der betroffenen Person das »Abschließen«, also die Realisierung des Rechts, sich nur dann mit dem Übergriff zu beschäftigen, wenn sie sich dazu in der Lage fühlt, und die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit, also die Schaffung von Schutzräumen vor dem Täter und verbalen Übergriffen aus ihrem Umfeld. Dabei ist ein anonymisierter Umgang mit dem Fall wichtig, das heißt die Nicht-Nennung des Namens der betroffenen Person und kein Sprechen über Details. :::: In unserer Praxis steht die »Politisierung« an zweiter Stelle. Damit meinen wir das Anstoßen von prinzipiellen politischen Debatten und die Organisation von antisexistischen Strukturen im Kontext von Übergriffen. :::: Erst an dritter Stelle steht die »Täterveränderung«: Die Konfrontation des Täters, um auf Grundlage von Reflexion und Einsicht eine Veränderung auf subjektiver und praktischer Ebene zu erzielen. Auf dieser Grundlage kann über seine Reaktivierung in der Linken nachgedacht werden. Der konfrontative Charakter ist zu betonen, da nur so eine Veränderung des Täters möglich ist. :::: Um diese Prinzipien in Praxis umzusetzen, bedarf es neben einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt vor allem organisatorischer Strukturen. Schafft antisexistische Schutzräume, Strukturen und Konsense! Antisexismus ist kein Nebenschauplatz, sondern eine Grundlage für linke Praxis! Antisexismus heißt Angriff! Sexists, you can run – you can't hide! ::

INFORMATIONEN GAP, Gruppe Antisexistische Praxis, Berlin, E-Mail: gap@listi.jpberlin.de

NACHLASSENDE BINDEKRAFT DER ARBEIT

URSACHE EINES REAKTIVEN NATIONALISMUS?

KLAUS DÖRRE

In zahlreichen europäischen Wahlen hat sich gezeigt, dass vor allem jüngere, männliche Arbeiter in überdurchschnittlich hohem Maß für Anrufungen rechtspopulistischer Formationen offen sind. Angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Internationalisierung prognostizieren Politikwissenschaftler, dass die Parteien der extremen Rechten in Zukunft »deutlicher zu postindustriellen Arbeiterparteien« werden könnten. Ferner ist belegt, dass eine Mitgliedschaft in Organisationen der Arbeiterbewegung nicht per se für rassistische oder rechtsextreme Anrufungen immunisiert. Gewerkschaftsmitgliedschaft und rechtsextreme Orientierungen sind durchaus miteinander vereinbar. Einige Untersuchungen gehen sogar davon aus, dass Gewerkschaftsmitglieder in überdurchschnittlich hohem Ausmaß zu solchen Orientierungen neigen. Selbst bei betrieblichen Interessenvertretern und überzeugten Gewerkschaftern finden sich rassistische, rechtspopulistische Tendenzen.

::::::: Fragt man nach den Ursachen dieser Phänomene, stößt man in der Forschungslandschaft auf unterschiedliche Erklärungsansätze. Einige Untersuchungen sehen in dem Problemzusammenhang von Globalisierung, Erosion des Sozialstaates und neuer Einwanderung die Hauptursache eines reaktiven Nationalismus, der die extreme Rechte zu einer attraktiven Interessenvertretung für abstiegsbedrohte Arbeitergruppen werden lässt. Andere wiederum bestreiten einen unmittelbaren Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Internationalisierung, sozialem Abstieg und Rechtsextremismus.

DIE LEITTHESE: EROSION DER SOZIALEN BINDEKRAFT VON ERWERBSARBEIT

Wir gehen davon aus, dass ein wichtiger Ursachenkomplex für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Veränderungen der Arbeitswelt wurzelt. In der öffentlichen Diskussion wird dieser Komplex noch immer unterschätzt. Dies vor allem, weil Erklärungen, die sich an einem einfachen Ursache-Wirkungs-Schema orientieren, immer wieder unbefriedigend geblieben sind. Kausalketten nach dem Motto »Je größer der Problemdruck, desto wahrscheinlicher fremdenfeindliche, rechtsextreme Neigungen« gehen in der Regel nicht auf. Nimmt man zum Beispiel allein Arbeitslosigkeit oder den drohenden Ausschluss von Erwerbsarbeit als Erklärungsvariable, so wird man mit dem Faktum konfrontiert, dass Arbeiter, die zur extremen Rechten tendieren, oft einen vergleichsweise sicheren Arbeitsplatz besitzen und sich keineswegs unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht fühlen. An diesem Punkt setzt dann häufig ein Fehlschluss ein. Weil sich kein unmittelbarer Kausalzusammenhang zwischen Problem und Reaktion nachweisen lässt, scheinen Veränderungen der Arbeitswelt als Erklärungsvariablen für

Rassismus und Rechtsextremismus auszufallen. ::::::: Im Unterschied dazu vermuten wir einen – allerdings äußerst komplexen und empirisch daher schwer zu erfassenden Wirkungszusammenhang von Veränderungen in der Erwerbsarbeit, sozialer Desintegration und möglichen Übergängen zu fremdenfeindlichen, rechtsextremen Orientierungen. Unsere Leithypothese lässt sich in vier Aussagen über mögliche Wirkungszusammenhänge auffächern.

1 DIE PREKARISIERUNGSTHESE

IN DEUTSCHLAND WIE AUCH IN ANDEREN ARBEITSGESELLSCHAFTEN KONTINENTALEUROPAS ENTSTEHEN »ZONEN DER PREKARITÄT«

Als Folge von Globalisierung, technisch-organisatorischem Wandel in den Unternehmen und der Erosion kollektiver Regulierungen findet in den nationalen Arbeitsgesellschaften eine dreifache Spaltung statt. In der – schrumpfenden – »Zone der Integration« dominieren noch immer relativ geschützte Normarbeitsverhältnisse. Parallel entsteht jedoch eine »Zone der Entkoppelung« beziehungsweise eine »Zone sozialer Ausgrenzung«, in der sich der Ausschluss von Erwerbstätigkeit verfestigt. In dieser Zone befinden sich die »Entbehrlichen der Arbeitsgesellschaft«, die »Überflüssigen« und Ausgestoßenen. Zwischen beiden Polen öffnet sich eine »Zwischenzone der Prekarität«, in der die »Verwundbarkeit« der Arbeitenden jederzeit gegeben ist. ::::::: Prekarität als Begriff ist in der einschlägigen Literatur jedoch umstritten. In einer vorläufigen begrifflichen Fassung verstehen wir unter prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigungsformen, die **1** längerfristige Planungssicherheit für den eigenen Lebensentwurf ausschließen, denen **2** die gesellschaftliche Anerkennung im Sinne eines wertvollen Beitrags für die Gesellschaft verweigert wird, die **3** kein existenzsicherndes Einkommen ermöglichen und die **4** mit dem systematischen Ausschluss von institutionell garantierten Partizipationschancen in der Arbeitswelt verbunden sind. Treffen diese vier Merkmale zu, kann von prekärer Beschäftigung gesprochen werden. Trotz aller Unsicherheiten in der Debatte gehen wir davon aus, dass sich – an diesen Kriterien gemessen – auch in Deutschland eine »Zone der Prekarität« identifizieren lässt.

2 DIE DESINTEGRATIONSTHESE

DIE »ZONE DER PREKARITÄT« SCHWÄCHT DAS INTEGRATIONSPOTENTIAL VON ERWERBSARBEIT UND FÖRDERT AUF VIELFÄLTIGE WEISE SOZIALE DESINTEGRATION

Diese These ist voraussetzungsvoll. Impliziert sie doch, dass Lohnarbeit, auf die der junge Marx mit seinem vierfachen Entfremdungsbegriff zielte, durchaus gesellschaftliche Integrationsleistungen vollbringen kann. Gegenwärtig sehen wir uns mit einem Prozess der Re-Kommodifizierung von Arbeitskraft konfrontiert, der durch eine »von oben« durchgesetzte Stärkung der Marktkoordination in Gesellschaft und Unternehmen verursacht wird. Deregulierung und Privatisierung, Shareholder-Value-Steuerung, Aufspaltung von Werken, Centerbildung und ein auf Dauer gestellter Standortwettbewerb sorgen dafür, dass Marktrisiken wieder unmittelbar an Belegschaften oder gar an einzelne Arbeitsgruppen durchgestellt werden können. Als Folge von marktgetriebener Dezentralisierung und partizipativer Rationalisierung sind neue Spaltungslinien in der Erwerbsarbeit entstanden. Die Scheidelinie läuft nicht nur zwischen fest Angestellten und prekär Beschäftigten. Sie existiert unter anderem auch zwischen modernen Wissensarbeitern, hochqualifizierten Spezialisten, Facharbeitern und Fachangestellten auf der einen sowie den noch immer großen Gruppen der An- und Ungelernten auf der anderen Seite. Die latente Polarisierung von Arbeitsbedingungen kann zahlreiche Schattierungen sozialer Desintegration hervorrufen. Indem die »Zone der Prekarität« wächst, wirkt sie auf die »Zone der Integration« zurück. Übergänge zwischen Normarbeitsverhältnissen und Prekarität werden fließend. Die gesellschaftliche Integrationskraft von Erwerbsarbeit lässt nach. Soziale Desintegration in und durch Erwerbsarbeit bezeichnet somit ein Phänomen, das über die engere Definition von Prekarität hinaus reicht. Soziale Desintegration kann auch dann eintreten, wenn ein Arbeitsverhältnis nicht prekär ist.

3 DIE SELBSTSTABILISIERUNGSTHESE

IN BESTIMMTEN KONSTELLATIONEN KANN SOZIALE DESINTEGRATION IN UND DURCH ERWERBSARBEIT BEWÄLTIGUNGSFORMEN HERVORBRINGEN, DIE IN RECHTSEXTREME ORIENTIERUNGEN MÜNDEN. SOLCHE ORIENTIERUNGEN BEZEICHNEN EINEN IMAGINÄREN ÜBERGANG VOM ICH ZUM WIR, EINEN PROBLEMATISCHEN VERSUCH ZUR SELBSTSTABILISIERUNG UND ZUR KOMPENSATION VON KONTROLLVERLUSTEN

Auch diese These ist voraussetzungsvoll. Zunächst muss vorausgeschickt werden, dass es fremdenfeindliche, rassistische und sexistische Konstruktionen, die von der extremen Rechten mobilisiert werden können, im Arbeitermilieu immer gegeben hat. Neuere Untersuchungen haben gezeigt, dass Konstruktionen von Ethnie, Rasse und Geschlecht organisch mit der Arbeitsteilung in den entwickelten Kapitalismen verschmolzen sind. Indem sie Arbeitsteilung legitimieren und verfestigen, können solche Konstruktionen dazu beitragen, dass Ungleichheiten mehr oder minder fraglos akzeptiert werden. ::::::: Was ist neu an der gegenwärtigen Situation? Und wie kann die nachlassende Integrationskraft von Erwerbsarbeit in einen »reaktiven Nationalismus« abhängig Beschäftigter übergehen? Die erwähnten Spaltungslinien in der Erwerbsarbeit schaffen zwar Voraussetzungen für neu entstehende Kollektivlagen jedoch ohne kollektives Lagebewusstsein. Soziale Probleme werden in der Regel individualistisch bearbeitet. Die marktzentrierte Arbeits- und Produktionsweise fördert dabei einen

Modus der Selbstzuschreibung und zugleich eine neuartige Subjektivität abhängig Beschäftigter. Die Maskierung hierarchischer Beziehungen durch Marktbeziehungen löscht die persönliche Verantwortung von Vorgesetzten, indem sie Abhängigkeiten und Zwang versachlicht. Direkte Partizipation an Managemententscheidungen und die arbeitsplatznahe Aushandlung von Zielvereinbarungen verlagern den Kampf um die »angemessene Arbeitsleistung« scheinbar in die Gruppen oder gar in die Individuen hinein. Begriffe wie der »Arbeitskraftunternehmer« oder die »Selbst-GmbH« dienen als ideologische Leitbilder für die Implementierung des Marktes in das Arbeitsbewusstsein. Die flexible Arbeitsweise appelliert ununterbrochen an die Subjekthaftigkeit der Arbeitenden. Wo sie bürokratische Bevormundung zurückdrängt, kommunikativen Austausch und ganzheitliche Arbeitsaufgaben fördert, wo sie die Entscheidungsspielräume der Beschäftigten erweitert und Autonomiezonen öffnet, ist sie – durch leistungssteigernde Wirkung – Quelle eines positiven Individualismus, der auf relativem Freiheitsgewinn im Arbeitsprozess beruht. Zugleich fördert sie jedoch eine Gegenbewegung, die Bildung eines negativen Individualismus, der sich allgemein »in den Begriffen des Mangels – Mangel an Ansehen, Mangel an Sicherheit, Mangel an gesicherten Gütern und stabilen Beziehungen«[1] definieren lässt. Der negative Individualismus der Gegenwart entsteht als »Resultat des Schwächerwerdens beziehungsweise des Verlusts der kollektiven Regulierungen«[2] aus der fordistischen Epoche, und er nimmt den Subjekten jenen sicheren Rahmen, der nötig wäre, um Marktrisiken als positive Handlungsanreize entschlüsseln zu können. Dennoch findet dieser Individualismus seine Grenzen. Schon weil der Arbeitsprozess die Individuen immer wieder mit anspruchvollen Kooperationsanforderungen konfrontiert, lassen sich individualistische Orientierungen nicht ungebrochen durchhalten. Nach unseren Beobachtungen finden sich bei allen Großgruppen in der Arbeitswelt Versuche, den Übergang vom Ich zum Wir zu vollziehen. Empfänglichkeit für rechts-populistische, rechtsextreme Ideologien entsteht aus dem Versuch, Selbststabilisierung zu erreichen, indem der individuelle Anschluss an imaginäre Gemeinschaften vollzogen wird.

4 DIE AUFSCHAUKELUNGSTHESE

ÜBER DIE SUBJEKTIVE VERARBEITUNG VON PREKARISIERUNG UND SOZIALER DESINTEGRATION IN DER ARBEITSWELT ENTSCHEIDEN SPEZIFISCHE (BETRIEBLICHE) ARBEITSPOLITIKEN. DABEI KANN EIN GUT GEMEINTER ANTIRASSISMUS DES MANAGEMENTS MITUNTER GEGENTEILIGE WIRKUNGEN PROVOZIEREN.

Ethnische konstitutive Konstruktionen, die sich mit umgekehrten Vorzeichen auch bei Arbeitern anderer Nationalitäten finden, sind nur eine prekäre Form vielgestaltiger Gruppenkonkurrenzen. Sie werden nicht kausal durch betriebliche Konkurrenzen oder Reorganisationsmaßnahmen verur-sacht. Untergründig sind sie immer vorhanden. Aber sie eignen sich als Denkschablone, mit deren Hilfe Konkurrenzerfahrungen subjektiv bewältigt werden können. Sie bieten ein Ventil für verletztes Gerechtigkeitsempfinden; dabei können sie auf vielfältige Weise mit Bildern einer zweigeteilten Gesellschaft korrespondieren. Ein latent noch immer vorhandener Klassenbezug markiert aus der Subjektperspektive aber nur eine Gruppenzugehörigkeit unter vielen anderen. Im subjektiven Relevanzsystem der Arbeiter bezeichnet er keine höhere oder allgemeinere Bewusstseinsform. Vielmehr ist er Ausdruck zersplitterter Identitäten und Lebensentwürfe, die eindeutige Definitionen kollektiver Zugehörigkeit kaum zulassen. ::::::: Rechtsextremismus wird dann zur Gefahr, wenn Aufschaukelungseffekte in Teilöffentlichkeiten für eine Radikalisierung ethnischer Konstruktionen sorgen. Dies kann geschehen, wenn – wie es in vielen Betrieben und Segmenten des Arbeitsmarktes der Fall ist – überkommene Arbeitsteilungen erodieren. In solchen Situationen ist wahrscheinlich, dass auch – zuvor mehr oder minder fraglos geteilte – Konstruktionen von Nation, Rasse, Geschlecht brüchig werden. Zuvor relativ stabile Konfigurationen von universalistischen und partikularistischen Orientierungen verlieren ihre Verbindlichkeit. Das erzeugt Problemstoff, den der Rechtspopulismus für sich nutzen kann. Wahrscheinlich ist allerdings, dass Aufschaukelungseffekte, die es in der Arbeitswelt immer wieder gibt, sich vorzugsweise außerhalb der von Markt und Hierarchie disziplinierten »Produktionsgemeinschaften« entladen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR EINE KÜNFTIGE FORSCHUNGSSTRATEGIE

HALTEN WIR FEST:

Die fortschreitende Rückbindung von Erwerbsarbeit und Arbeitskraft an Marktrisiken erzeugt – neben Rationalisierungseffekten – eine Vielzahl von sozialen Desintegrationserfahrungen. Diese Erfahrungen können zu einer Ursache eines spezifischen, weil reaktiven Nationalismus von abhängig Beschäftigten werden. Im Zentrum dieses Nationalismus steht das Bestreben, die »Wohlstandsinsel Deutschland« vor illegitimen, »fremden« Ansprüchen zu schützen. Um den Kuchen nicht mit zu vielen teilen zu müssen, sollen die Zugänge zu dieser Insel erschwert und scharf kontrolliert werden. Bevorzugte Ausschlusskriterien sind (wirtschaftliche) ›Nützlichkeit‹ und ›Kultur‹. Abgelehnt wird eine fremde, unbekannte, nicht-weiße, nicht-europäische »Kultur«, deren zugeschriebene Merkmale gleichsam naturalisiert werden. :::::::
Es macht wenig Sinn, diese Grundhaltung als Wohlstandschauvinismus oder Standortnationalismus zu attackieren, weil in ihr legitime Ansprüche auf Sicherheit, »gute Arbeit« und »gutes Leben« mitschwingen. Im Unterschied zum »Sozialimperialismus« des frühen 20. Jahrhunderts ist diese Haltung zutiefst defensiv. Anders als der »linke Faschismus« des Strasser-Flügels in der NSDAP fehlt ihr das revolutionäre Pathos. Sie ist konservativ. Konservativ insofern, als sich in ihr die Sehnsucht nach einer Republik, nach einer Gesellschaft manifestiert, die so nicht mehr existiert. Das Bewusstsein der neuen Rechtspopulisten unterscheidet sich nicht sehr stark vom Sozialstaatsbewusstsein früherer Jahrzehnte. Es bedarf lediglich einiger Zuspitzungen, um es für die Botschaften der äußersten Rechten empfänglich zu machen. In einer historischen Situation, in der die alte Verklammerung von Nationalstaat, Klasse und sozialreformerischer Politik zerbrochen ist, in der die soziale Integrationskraft der Erwerbsarbeit nachlässt und die Ideologie des Globalismus zur Triebkraft sozialer Unsicherheit wird, bietet sich die Politik mit den Grenzen als imaginärer Ausweg an. Nachlassende Bindekraft von Erwerbsarbeit bedeutet, dass jene sozialen Kräfte geschwächt werden, die einer Umformung von Desintegrationserfahrungen in reaktiven Nationalismus entge-gen wirken könnten. Nicht nur im Wohngebiet, im Quartier, auch im Betrieb und am Arbeitsplatz verlieren immunisierende Ideologien der Arbeiterbewegung an Einfluss. Der Problemkomplex »prekäre Arbeit« wird in den kapitalistischen Zentren mit großer Wahrscheinlichkeit noch anwachsen. Jedoch lassen sich gegenwärtig eindeutige Antworten nicht finden. Das Beispiel Italien belegt jedoch, wie sehr die Problematik drängt. In Deutschland wie auch in vielen anderen europäischen Staaten ist es der extremen Rechten bislang nicht gelungen, marktradikale Orientierungen erfolgreich mit den Bemühungen um eine Nationalisierung der sozialen Frage zu kombinieren. Es wäre töricht, würden wir uns allein darauf verlassen, dass diese Unfähigkeit von Dauer ist. ::

ANMERKUNGEN 1 Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit R. Castel, Konstanz 2000, Seite 404 2 ebenda

AMERIKA, DICH HASST SICH'S BESSER

ANTIAMERIKANISMUS UND ANTISEMITISMUS IN EUROPA

KLAUS MÜLLER

Markovits eröffnet seine Ausführungen zum Themenkomplex mit der bemerkenswerten These, dass »die europäischen Eliten seit eh und je antiamerikanisch waren« (15). Dies treffe allerdings keineswegs nur auf linke Zirkel, sondern ebenso auch für nationalkonservative Kreise zu. Antiamerikanismus ist nach Markovits nicht weniger als eine »condition humaine« in Europa – die breite Empörung gegen die Außenpolitik von George W. Bush in den vergangenen Jahren konnte demnach zurückgreifen auf einen »beträchtlichen Bodensatz von Haß [sic!], Verachtung und Ressentiments«. ::::::: Im Zusammenhang mit den Ereignissen nach der Jahrtausendwende stellt der Autor fest, dass die am 11. September 2001 deutlich gewordene Verletzbarkeit der Supermacht eine Art von klammheimlicher Freude hervorrief. Diese gründet auf einem »geduldeten Vorurteil« (35): Über das Objekt der Verachtung – hier: die Vereinigten Staaten – werde eine Meinung verfestigt, unabhängig davon, ob man sich dabei auf tatsächliche Ereignisse beruft. Vielmehr werden reale Ereignisse vermischt mit Versatzstücken von imaginärem Wissen über den »Charakter« der USA. ::::::: Der Irak-Krieg oder der Skandal um die Folterungen an irakischen Kriegsgefangenen werden dabei zum willkommenen Anlass, um die »ohnehin vorhandenen antiamerikanischen Ressentiments nun aus einer moralisch unangreifbar scheinenden Position vorbringen zu können« (31). Dabei finden sich derlei Einstellungen in ganz Europa im ganzen politischen Spektrum (55): Verkürzte Kapitalismuskritik sowohl auf der Linken wie der Rechten, bei denen die USA zur Inkarnation des Imperialismus stilisiert werden und jegliches außenpolitische Handeln der Vereinigten Staaten als Versuch der Expansion denunziert wird, finden sich in beiden Lagern gleichermaßen. Auf der Rechten wird dieser krude Anti-Imperialismus noch ergänzt um die Vorstellung, die USA wollten die Authentizität »des Volkes« verfälschen. ::::::: Nicht unähnlich funktioniere auch eine Form essentialistischer Kulturkritik, die sich auf beiden Seiten des Spektrums findet: Den Vereinigten Staaten wird beinahe einhellig kulturelle Minderwertigkeit (wenn nicht gar vollständige Kulturlosigkeit) bescheinigt. ::::::: Als gemeinsamen Kern sieht Markovits ein »stinknormales« Bedürfnis, »den Großen« zu hassen; überall werde »der Große« (im Staatensystem notwendig verkörpert durch Amerika) identifiziert mit Arroganz, Überheblichkeit und Ungerechtigkeit. Für solches Ressentiment biete Amerika eine hervorragende Projektionsfläche. Anhand von Beispielen aus der jüngeren Vergangenheit vermag Markovits zu verdeutlichen, wie Antiamerikanismus in Europa und insbesondere in der Bundesrepublik zur Darstellung eines aggressiven »Anderen« instrumentalisiert wird. Ein wichtiges Stichwort biete die »Amerikanisierung«. Der Begriff bedarf immer seltener näherer Erklärung, er steht in beinahe jedem Kontext (wirtschafts-, sozial, umwelt- oder außenpolitisch) für sich selbst. ::::::: Amerikanisierung sei gleichsam ein Universalbegriff für Dekadenz, Verfall und unerwünschte politische und soziale Entwicklungen, es bedeute »auch in Großbritannien und Frankreich etwas Bedrohliches, Zersetzendes und Verschlechterndes« (120). ::::::: Fast immer trete der Amerikanisierungsdiskurs im Zusammenhang mit dem Vorhaben auf, »die eigene Situation davon positiv abzusetzen«. Da Antiamerikanismus bei der Mehrheit der Bevölkerung in Europa vorausgesetzt werden könne, falle der Begriff fortwährend unwidersprochen: Treffend weist Markovits nach, wie »Amerikanisierung« als Synonym von Schlamperei, schlechten Arbeitsverhältnissen, unerwünschten Veränderungen im Bildungswesen, bei den Medien, im Gesundheits- und Rechtswesen oder für die Zunahme

von Kriminalität herhält; kaum ein Bereich bleibt verschont. Als roten Faden dieser Zuschreibungen identifiziert wird eine »konstante Selbstentmündigung« (164) durch die Europäer: Die beklagten Ereignisse und Entwicklungen werden nicht als Ausdruck der Kräfteverhältnisse vor Ort verstanden, sondern die Beklagenden erscheinen stattdessen unterschwellig selbst als »Opfer Amerikas«.

VON ZWILLINGSBRÜDERN UND »KOLLEKTIVEN JUDEN«
Markovits »Leitgedanke« ist, ein Hauptmerkmal des gegenwärtig neu aufschwappenden Antisemitismus als »Epiphänomen des Antiamerikanismus« (175) zu problematisieren. Er bemerkt, dass im heutigen Deutschland »die den Juden zugestandene ›Schonzeit‹ nach dem Holocaust endgültig vorbei« sei (176). Eingebettet in den historischen Kontext antisemitischer Diskurse Nachkriegsdeutschlands kristallisiert sich heraus, dass wiederholte Brüche – tatsächlicher oder vermeintlicher – Tabus zu »einer zunehmenden Selbstwahrnehmung vieler Angehöriger der politischen und kulturellen Eliten als ›Deutsche‹ führt, die längst ihren Beitrag zur ›Aufarbeitung der Vergangenheit‹ geleistet haben« (181). Insgesamt seien in Deutschland und Europa zwar antisemitische Ausfälle alten Musters politisch diskreditiert, doch dies gelte weder für sekundären oder »Abwehrantisemitismus«, noch für die Darstellung der Israelis als »Rambos« (187). Von Umfrageergebnissen, in denen 59 % der Befragten EuropäerInnen Israel als »größte Bedrohung des Weltfriedens« benennen, zeigt sich der Autor daher wenig überrascht (190). Die allzu enge Verschränkung von Antizionismus und Antisemitismus in Europa bringt Markovits gut auf den Punkt, indem er feststellt, dass »man in Europa vielfach Israel schlägt, wenn man die Juden meint« (196). ::::::: Die Disproportionalität in der Kritik Israels, die »pejorative Einbeziehung in Proteste, die (...) mit Israel (...) nichts zu tun haben«, die Vergleiche israelischer Politik mit den Methoden der Nationalsozialisten werden als Charakteristika des »neuen« Antisemitismus genannt (200 f). Der Schluss des Kapitels hebt die Rolle von Debatten bei der Ausbreitung der »akzeptablen« Variante des Antisemitismus hervor; diese »verändern die Grenzen des legitimen diskursiven Raums in der Politik«(208). ::::::: Obgleich er keine ausgearbeitete Theorie des Antiamerikanismus anbietet, ist Markovits' Auseinandersetzung mit dem Phänomen als lohnend auch für eine intensivere Lektüre anzusehen, denn er liefert wichtige Bausteine für ein Verständnis des Phänomens. Problematisch an seinem Buch bleibt, dass Markovits die Existenz eines spezifisch deutschen Antiamerikanismus bestreitet; angesichts der engen Verzahnung desselben mit dem Antisemitismus und der – von Markovits selbst immer wieder akzentuierten – Bedeutung des Antiamerikanismus in der deutschen Gesellschaft und der »Amerikanisierung« als hegemonialem Allgemeinplatz für fast alles Negative, muss dem Autor an dieser Stelle widersprochen werden. Davon abgesehen entfaltet Markovits eine akribische Analyse, die auf einen Großteil des deutschen und europäischen Mainstreams, wie auch der Linken, kein gutes Bild wirft.

AMERIKA, DICH HASST SICH'S BESSER Antiamerikanismus und Antisemitismus in Europa, Konkret Texte Nummer 40, Andrei S. Markovits. Konkret Literatur Verlag, Hamburg, 240 Seiten, EUR 15,00



GLOBAL TOTAL

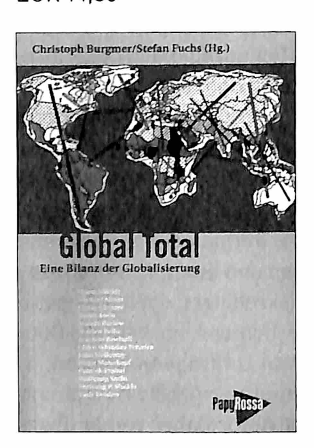
EINE BILANZ DER GLOBALISIERUNG

ELKE FRYE, ZAG

Die Globalisierung hat Konjunktur, relevante Themen aus Wirtschaft, Politik und Kultur werden heute kaum noch ohne ihre globalen Dimensionen diskutiert. Der Begriff Globalisierung charakterisiert jene Veränderungen, denen sich die Welt seit den neunziger Jahren ausgesetzt sieht. Gängige Definitionsmerkmale sind eine Liberalisierung der Finanzmärkte, grenzüberschreitende ökologische Gefahren, transnationale Fusionen, anschwellende Migrationsströme und eine abnehmende Effektivität nationaler Politik. ::::::: Aber anders als die neoliberalen Grundsätze versprachen, hat der zunehmend schrankenlose globale Markt nicht allgemeinen Wohlstand erreicht, sondern eine tiefe Kluft zwischen Nord und Süd, weltweite Armut und fortschreitende Ungleichheit. Auch in den Industrieländern zählen immer mehr Menschen zu den Globalisierungsverlierern, zum Beispiel über 5 Millionen Arbeitslose in Deutschland mit steigender Tendenz. Gleichzeitig meldet der Münchener Finanzkonzern Allianz einen Überschuss, der um 16 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro geklettert ist. Die Belegschaft ist 2004 allerdings um 11.570 Stellen geschrumpft. Sozialstandards sind in Gefahr. Offen verlangen die Arbeitgeber im Einzelhandel Öffnungsklauseln, damit die Betriebe ›befristet‹ von Tarifstandards abweichen können, um Arbeitsplätze zu sichern. ::::::: Doch haben inzwischen grenzübergreifende globalisierungskritische Bewegungen ein globales Netzwerk des Widerstands entwickelt. Alternativen zur jetzigen Situation sind notwendig, um eine sozialere Welt zu schaffen. In diesem Buch ziehen namhafte Globalisierungskritiker aus Nord und Süd eine Bilanz und erörtern Alternativen zum System. ::::::: In dem Beitrag von Horst Afheldt wird eine aktuelle deutsche Bilanz aufgestellt. Ludwig Erhard definierte Wirtschaft folgendermaßen: »Sie dient dem Wohl der Gesellschaft und ihrer Bürger, dem Wohlstand für alle.« Vergleicht man bis Mitte der Siebziger die durchschnittlichen Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten und die Summe der Nettoeinkommen aus Unternehmen und Vermögen, verlaufen beide Kurven weitgehend parallel zum Anstieg des Sozialproduktes und erfüllen Erhards Zielvorgabe. Aber schon 1973 entwickelt sich ein Problem, das sich seitdem nur noch verschärft. Die durchschnittlichen Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigen begannen zu stagnieren, beziehungsweise sie sanken. Gleichzeitig steigen seit diesem Zeitpunkt die Lohnsteuersätze, während Einkommens- und Körperschaftssteuer sanken (siehe die aktuelle Diskussion zur weiteren Senkung der Körperschaftssteuer). Steuern und Soziallasten wurden einseitig auf die abhängig Beschäftigen verlegt. Zwei Faktoren werden als Begründung für diese Entwicklung angesehen. Die Verdrängung des Faktors Arbeit durch die technische Entwicklung und die weltweite Öffnung eines freien Marktes. Je mehr ein Arbeiter pro Stunde produziert, desto weniger Arbeitsstunden braucht er für die selbe Warenmenge und so benötigt die Wirtschaft weniger Arbeitende. Auch werden die Unternehmen ökonomisch gezwungen, Teilproduktionen in sogenannte Billiglohnländer auszulagern, um ihre Produkte kostengünstig zu produzieren und weiterhin

wettbewerbsfähig am Weltmarkt zu platzieren. ::::::: Der deutsche Bundeskanzler forderte von den Unternehmen einen Sinneswandel. Er erinnerte sie »an ihre Verantwortung, für Ausbildung zu sorgen.« Fast 10 Milliarden Euro hätten die Firmen als Folge der Reformpolitik bei den Lohnnebenkosten gespart. Das dürfe »nicht mit Verlagerungsdrohungen beantwortet werden.« Aber eben diese Politik hat Freihandelsverträge unterschrieben und zwingt die Unternehmen in einen unkontrollierten Wettbewerb. Die angesprochenen Unternehmen konkurrieren weltweit mit Firmen, die mit deutlich geringeren Lohnkosten als in Deutschland produzieren können. Mit moralischen Appellen sind die betriebswirtschaftlichen Zwänge nicht zu durchbrechen. Es drängt sich daher die Frage auf: Was ist der Nutzen dieser Wirtschaft für die Gesellschaft? Was macht man mit den Menschen, die ihrer Wohlstandsquelle – ausreichenden Löhnen – beraubt werden? ::::::: Wolfgang Sachs bezeichnet die Globalisierung als Räuberökonomie. Seiner Meinung nach werden der Natur Werte entnommen, die nicht bezahlt werden, sie werden im Produktions- und Konsumprozess transformiert und dort in bezahlte Werte umgewandelt. Neben den ökologischen Folgen benennt er auch politische Konsequenzen. In seinem Beitrag weist er darauf hin, dass Regierung und Nationalstaaten schwächer geworden sind. Die transnationalen Unternehmen entscheiden, welche wirtschaftliche Wohlfahrt in einem Land stattfindet. Dieser Rückbau des Staates führt dazu, dass die Schutzinteressen der Verbraucher und auch der Arbeitenden gegenüber den internationalen Unternehmen schwächer werden. ::::::: Das Buch spannt einen breiten Bogen, bietet viele Diskussionsansätze und Alternativen. Die beiden Herausgeber konnten namhafte Globalisierungskritiker für einen Beitrag gewinnen. Es bietet einen komplexen Überblick über das globale Netzwerk des Widerstandes und ist somit sowohl für Neu- als auch Wiedereinsteiger in diese politische Szene ein wichtiger Impuls.

GLOBAL TOTAL Eine Bilanz der Globalisierung. Christoph Burgmer und Stefan Fuchs (Herausgeber), PapyRossa-Verlagsgesellschaft 2004, EUR 14,80



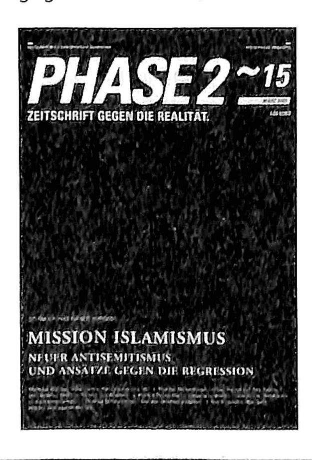
ISLAMISCHER FUNDAMENTALISMUS UND DIE LINKE

DIE AKTUELLE AUSGABE DER PHASE 2

ANDREAS NOWAK, ZAG

Der Mord an Theo van Gogh, einem Filmemacher in den Niederlanden hat die Frage aufgeworfen, ob nicht die Vorstellung einer Multikulturellen Gesellschaft überholt sei. Die deutschen Parteien und Fernsehreportagen machten eine unbekannte Parallelgesellschaft aus, die die CDU zugleich wieder zu einem neuerlichen Aufguss ihres Leitkultur-Gedankens veranlasste. Nicht nur scheinen westliche Werte nicht allgemein geteilt zu werden, an der Grenze zu den migrantischen Welten wird scheinbar auch deutlich, dass die Integrationsbemühungen der Mehrheitsgesellschaft nicht ausreichend waren. Ganz im Sinne des betriebenen Sozialabbaus heißt es nun fordern und fördern: Bekenntnis zur Verfassung und deren Werten, im Gegenzug Sprachkurse. ::::::: Das Thema der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Phase 2 macht sich verdient, das Verhältnis der Linken zum islamischen Fundamentalismus zu beleuchten. Der inhaltliche Bogen reicht von der historischen Entwicklung des politischen Islamismus, über die besonderen Quellen von dessen Antisemitismus zu der Frage, weshalb manche Linke dieser politischen Bewegung Sympathien entgegenbringen. Das meist elaborierte Vokabular der Beiträge, sollte nicht davon abhalten, sie zu lesen. Das Thema ist spannend. ::::::: Tatsächlich scheinen die Anschläge islamistischer Gruppen in den USA, Spanien, in Irak und Afghanistan sowie Israel Sympathien in manchen Lagern der deutschen Linken hervorzurufen. Dort wird der islamische Fundamentalismus als Verbündeter im antiimperialistischen Kampf gesehen. Dies scheint mit einer Verkennung der politischen Vorstellungen islamistischer Bewegungen durch eine antirassistisch argumentierende Rechtfertigung von Antisemitismus unter MigrantInnen einherzugehen, wie Udo Wolter es in seinem Beitrag »Nicht im Namen des Anderen« versucht darzustellen. Eine Kritik an Antisemitismus und Islamismus unter MigrantInnen würde sich dem Vorwurf ausgesetzt sehen, selbst rassistisch zu sein. So würde Toleranz für eine reaktionäre Weltanschauung gefordert, mit der Begründung, dass diese den kulturellen Eigenheiten und dem sozialen Ausschluss der MigrantInnen geschuldet sei. Der in der ›Kopftuchdebatte‹ verbreitete klischeehafte Fehlschluss Kopftuch = reaktionär ist in diesem Artikel genauso virulent, wie der unverbrüchliche Glauben der Weltverbesserung mittels Rigorismus. ::::::: Der Beitrag der Phase 2 »Der unsichtbare Teil des Islamismus« betont, dass neben dieser kulturellen und verelendungstheoretischen Entpolitisierung der islamistischen Gruppen, vielmehr die antisemitische und israelfeindliche Haltung vieler Deutscher das Problem darstellt. Die Entwicklung des politischen Islamismus wird von Kristian Majakowski am Beispiel Indonesiens herausgearbeitet, indem er die verschiedenen Interessenkonstellationen zeigt, die zu dessen Stärkung geführt haben. Wie sehr der Islamismus des Antisemitismus bedarf und aus welchen Quellen er hierbei schöpft, wird in zwei weiteren Artikeln erörtert. Nicht nur der Bezug des Islamismus auf den Nationalsozialismus macht deutlich, dass die islamistischen Bewegungen keine Sympathie verdienen. ::::::: Die Schwierigkeit für die Linke ist es, folgt man der Gruppe Kritik und Praxis in ihrem Beitrag, die Doppelstruktur von rassistischer Diskriminierung muslimischer Bürger in Deutschland einerseits und andrerseits Verharmlosung der politischen Haltung des Islamismus durch Romantisierung oder fehlgeleitete Toleranz, zu kritisieren und als Problem der deutschen Wirklichkeit zu vermitteln.

MISSION ISLAMISMUS Schwerpunktthema in: Phase 2. Zeitschrift gegen die Realität, Nummer 15, März 2005, EUR 04,00



LINKE NATUR?

FÜR EINE POLITISCHE ÖKOLOGIE

FRIEDER OTTO WOLF

Anfang der 80iger Jahre konnte der Ökologismus der Linken noch als großer politischer Entwurf gelten, der Natur und Gesellschaft mittels Aufhebung der kapitalistischen Vergesellschaftung versöhnen sollte. Mittlerweile scheint sich dieser Anspruch verflüchtigt oder als Kapitalanlage in Windparks materialisiert zu haben. Ein großartiges politisches Motiv in der Linken ist die gesellschaftliche Problematik der Natur aktuell jedoch nicht mehr. Vielmehr ist das Thema als politisches Feld den Rechten überlassen worden, die bei der ohnehin schon problematischen Gegenüberstellung von Natur und Gesellschaft letzteres einfach wegstreichen. ::::::: Mittlerweile wird zumindest in der linken Theoriebildung wieder über gesellschaftliche Naturverhältnisse in Bezug auf Biopiraterie und Biodiversität gesprochen, die Ausplünderung des Planeten unter den Voraussetzungen ungleicher und ungerechter Weltmarktbedingungen und letztendlich dem Ende der Gesellschaftsform, die dies zur Bedingung hat, thematisiert. :::::::
Im Folgenden die Problematisierung des Naturbegriffs von Frieder Otto Wolf:

Eine linke Perspektive auf die Problematik der Natur können wir vielleicht am Besten unter der Kategorie der Herrschaftsüberwindung konstruieren und überprüfen. Herrschaftsüberwindung lässt sich negativ durch die Ablehnung jeglicher Herrschaft von Menschen über Menschen und positiv durch die schöne Formulierung von Marx bestimmen, der gemäß die Freiheit der anderen die Bedingung meiner eigenen Freiheit ist. ::::::: Daraus ergibt sich, dass eine Philosophie absoluter Werte nicht mit Herrschaftsüberwindung vereinbar und daher abzulehnen ist: Wem es gelingt, sich zum Sachwalter derartiger absoluter Werte aufzuschwingen, kann daraus einen nicht minder absoluten Herrschaftsanspruch ableiten. Und genau das ist in einer Perspektive der Herrschaftsüberwindung nicht hinzunehmen. ::::::: Allerdings folgt daraus keineswegs, dass die Bewertung menschlicher Handlungen rein willkürlich ist. Und zwar weder individuell, noch kollektiv: Etwa die Frage nach der Erlaubtheit des Tötens von Tieren ist nicht schon damit bejahend beantwortet, dass die These vom Leben als »absolutem Wert« zurückgewiesen wird. Es muss auch als überzogener moralischer Rigorismus erscheinen, wenn diese Frage nicht nur ohne jeden Bezug

auf die kulturellen Essgewohnheiten und ihre symbolischen Bedeutungen entschieden werden soll, sondern auch die – sicherlich nicht unproblematischen – Erkenntnisse der Ernährungslehre von der besonderen Eignung der »gemischten Kost« für eine gesunde menschliche Ernährung beiseite geschoben werden zugunsten einer Fragestellung nach einem unverzichtbaren Minimum. Umgekehrt zeugt es nicht von einem besonders avancierten Bewusstsein, die in der eigenen Gesellschaft herrschenden Gepflogenheiten weiter mitzumachen. »Müsli-Essen« kann in Kenntnis der heutigen Agrarindustrie und ihrer Auswirkungen auf den »globalen Süden« eine durchaus relevante anti-imperialistischer oder anti-produktivistische Praxis sein. ::::::: Die Rede von der Natur hat in der politischen Philosophie schon immer zwei Seiten gehabt: Einerseits den Verweis, auf etwas, das von sich aus – von selber so ist, wie es ist und andererseits die Behauptung, dass etwas als Norm gelten solle, ohne von Menschen gesetzt oder anerkannt zu sein. Naturkatastrophen, deren Bedeutung für die Menschheitsgeschichte traditionell eher unterschätzt worden ist, exemplifizieren das Erste. Auch die Linke kann dies nicht beiseite schieben: Wenn die Klimaveränderung zu einem Temperaturanstieg von über 20 Grad Celsius führen sollte, wird der Planet Erde für die meisten gegenwärtigen Bewohner ihrer Biosphäre unbewohnbar – einschließlich der Menschen. ::::::: Die großen Verbrechen des 20. Jahrhunderts sprechen auf den ersten Blick für das Zweite: Wer den Holocaust der Nazis verurteilt, scheint dafür einen absoluten Maßstab zu brauchen – ein absolut überpositives »Naturrecht«, das auch gelten würde, wenn die Nazis den 2. Weltkrieg gewonnen hätten. Die unvermeidliche Konsequenz wäre, dass die Sachwalter dieses »absoluten Rechtes« dann auch dazu berechtigt, ja sogar verpflichtet wären, es mit Gewalt durchzusetzen und alle zu unterdrücken, die dagegen zu verstoßen drohen. Tatsächlich wird auf diese Weise ein Recht und sogar eine Verpflichtung zu entsprechenden Angriffskriegen begründet – mit absoluter Geltung, ohne Rücksicht auf die konkreten Umstände. ::::::: Meines Erachtens beruht diese Evidenz auf einem Kategorienfehler: Zur Verurteilung der Naziverbrechen bedarf es gar keinen absoluten Rechtes. Ein relatives Recht genügt völlig – etwa in Gestalt der Einigung aller recht und billig denkenden Menschen, dass derartige Handlungen Verbrechen gegen die von allen Menschen akzeptierbaren Minimalregeln eines freien und gleichen Zusammenlebens darstellen. Und dass ihre Täter als Feinde der Menschheit zu bekämpfen sind – in einem »gerechten Kampf«. Ein solcher durch relatives Recht gerechtfertigter »gerechter Kampf« unterscheidet sich von einem absolutes Recht gerechtfertigten »gerechten Krieg« durch zumindest zweierlei: Der ständigen Prüfung der eingesetzten, nicht nur gewaltförmigen oder nur militärischen Mittel an der Zielsetzung (im Polizeirecht zur »Verhältnismäßigkeit der Mittel« erstarrt), sowie die Berücksichtigung der Voraussetzungen, unter denen der Kampf geführt werden kann (etwa Spielräume für öffentliche politische Kritik und zivilen Ungehorsam). ::::::: Beide Seiten des Naturbegriffs sind in der Neuzeit vor allem im Reden über die »Natur des Menschen« in politisch-philosophischen Auseinandersetzungen präsent gewesen. Sie haben in der jüdisch-christlich-islamischen Tradition trotz deren Unterordnung der Natur unter einen göttlichen Schöpfer weitergewirkt. Dabei wurde eine doppelte Ambivalenz sichtbar: Zum einen hinsichtlich des Natürlichen als dem, was nicht anders sein kann, »... und weil der Mensch ein Mensch ist, drum braucht er was zu essen, bitte sehr!«. Wie hier wurden gegen Ausbeutung und Unterdrückung wieder »humane Minima« gefordert. ::::::: Zum anderen werden in einer langen Reihe rassistischer Ideologien die Menschen zu bloßen TrägerInnen bestimmter angeborener Merkmale verdinglicht. Eine »Anthropologie« als Völkerkunde im Dienste des europäischen Sklavenhandels hat dies seit dem 16. Jahrhundert beschrieben und stützt sich dabei auf eine primitive Züchterbiologie, die von der wissenschaftlichen Biologie längst widerlegt ist. Ihr gemäß ist jede Spezialisierung immer eine Verbesserung und daher die Rassereinheit die allgemeine Qualitätsbedingung, obwohl in Wirklichkeit ohne beständige »Rassenmischungen« und ohne immer wieder vorgenommenen gezielten Spezialisierungsabbau keine »gesunden Populationen« von Lebewesen »gehalten« werden können. ::::::: Auch hinsichtlich der Natur

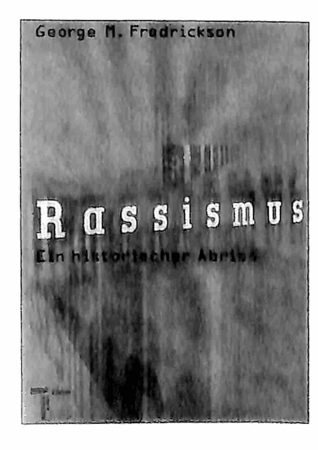
als der selbstverständlichen, überhaupt nicht erörterungs- und begründungsbedürftigen normativen Instanz. Sie wurde im 18. Jahrhundert für das provokante Salonideal der »edlen Wilden« ebenso in Anspruch genommen wie für die eurozentrischen Vorstellungen der verschiedenen konkurrierenden imperialistischen Nationen. Von der »mission civilisatrice« der Französischen Republik über die »Bürde des weißen Mannes« im britischen Weltreich bis zum »deutschen Wesen«, an dem einmal »die Welt genesen« sollt spannte sich der Bogen. Auch den komplizierten Verständigungsprozessen lag sie ebenso zugrunde, wie sie dann letztlich in die Formulierungen der »Menschenwürde« als Grundlage von UN-Charta und staatlichen Verfassungen eingemündet ist – mit einer bunten Mischung von Bestimmungen, welche die Achtung jedes Menschen ebenso fordern wie die unbedingte Geltung des Privateigentums. ::::::: Mit anderen Worten finden sich sowohl auf der Seite des behaupteten Seins als Natur, als auch auf der Seite des geforderten Sollens völlig unakzeptable Positionen – aber auch auf beiden Seiten unverzichtbare Thesen. ::::::: Gegen diese doppelte Ambivalenz kann nur helfen, dass dieser Art von Begründung aus der Natur jede Art von absoluter Geltung und unmittelbarer Evidenz abgesprochen wird. Nur das, was sich als anerkennungswürdig begründen lässt, kann dann unter denen, die es anerkennen, als politisches Prinzip hohen und höchsten Ranges fungieren. Dass es faktisch immer einige geben kann, die derartige Prinzipien nicht anerkennen, nimmt ihrer Verbindlichkeit für alle diejenigen, die sie anerkennen, gar nichts. Und der Umgang mit denjenigen, die sie nicht anerkennen, muss dann von denjenigen, die sie anerkennen, wiederum selbst nach diesen Prinzipien gestaltet werden: human und tolerant – sofern und soweit möglich, aber eindeutig, entschlossen und machtvoll – wo dies zu ihrer praktischen Wahrung erforderlich ist. ::::::: Eine ganz andere Problemdimension der Frage nach der Kategorie der Natur in der politischen Philosophie betrifft die Frage nach dem Verhältnis der Menschheit zur planetaren Biosphäre als der Gesamtheit der Biozönosen und der Ökosysteme auf der Erde. Ich halte es nicht für anthropozentrisch, die Frage nach der Reproduktion einer Biosphäre zu stellen, in der die Menschheit (mit ihrer historisch bestimmten politischen Ökologie) weiterhin mit anderen Lebewesen (und deren natürlichen Ökologie) zusammenleben kann. Und ich halte es nicht für unreflektiert »ökozentrisch« die Frage nach der Vermeidung eines Kollapses der gegenwärtigen Biosphäre zu stellen. Im Gegenteil bin ich davon überzeugt, dass es einfach unbedacht, unverantwortlich und dumm ist, eine Reproduktion der Menschheit losgelöst von der Reproduktion der planetaren Biosphäre zu imaginieren. Daraus lässt sich meines Erachtens keineswegs ein »one best way« einer »naturgemäßen« Lebensweise für alle Menschen ableiten. Nicht nur weil unter unterschiedlichen Bedingungen unterschiedliche naturfreundliche Lebensweisen gefordert sind (wie die Inuit, die Tuareg und die Aborigines), sondern weil menschliche Lebensweisen immer auch ein Entwurf sind, von dem »Geschenk der Natur an die Menschheit« (Lipietz), das heißt vor allem von den Spielräumen, die die Biosphäre, die Sonneneinstrahlung oder andere Biozönosen oder Ökosysteme den Menschen eröffnen, einen historisch bestimmten Gebrauch zu machen. ::::::: Eine letzte Dimension der Rolle von Naturkategorien in der politischen Philosophie bezieht sich auf die Debatte von »Tierrechten«. Meines Erachtens gibt es hier zwei wichtige Punkte: Zum einen die Befürchtung jede Relativierung der scharfen Entgegensetzung von Mensch und Tier (wie sie die jüdisch-christlich-islamische Tradition vorgenommen hat) würde den Gedanken der Sklaverei, durch die Menschen zu bloßen Tieren herabgewürdigt werden, wieder denkbar machen. In der Tat hat Aristoteles, der Menschen wie Tiere als Lebewesen dachte und zwischen ihnen wichtige Unterschiede sah, aber keinen Gegensatz, die skandalöse These von den »Sklaven von Natur aus« formuliert. Als solche definierte er Menschen, die nicht dazu in der Lage seien, ihre eigene Lebensführung zu steuern. Aber im alten Griechenland gab es grundsätzliche Kritik am Konzept der Sklaverei – und umgekehrt gab es viele jüdisch-christlich-islamische Sklavenhalter und Sklavenhändler. Nicht zuletzt ist historisch festzuhalten, dass es seit dem 18. Jahrhundert dieselben Kreise gewesen sind, die sich für die Abschaffung der Sklaverei und die Abschaffung der Tierquälerei (im Englischen treffender als »cruelty against animals«) eingesetzt haben – wenn auch öfter unter Ausblendung der inhumanen Situation in den Fabriken und den städtischen Slums. Das Argument, dass die Konstruktion von Tierrechten dazu führt, die Rechte von Menschen zu missachten, ist vor diesem Hintergrund nicht haltbar. Das Beispiel, das gewisse Radikalutilitaristen der Gegenwart (Singer) hierfür bieten, lässt sich nicht verallgemeinern. Ich würde vorschlagen, zwischen den Rechten, die wir domestizierten Tieren als Gliedern unserer Gesellschaften zuschreiben, und dem geregelten Schutz, den wir uns als Menschen gegenüber allen »fühlenden Lebewesen« vorschreiben, sowie der Achtung, die wir allen anderen Mitbewohnern dieser Biosphäre entgegenbringen zu unterscheiden. ::::::: Zum anderen ist die Gefahr des Zurückschlagens, wie wir auf die außermenschliche Biosphäre und die koexistierenden Lebewesen in ihr einwirken, auf unsere Verhaltensweisen innerhalb menschlicher Gesellschaften im Auge zu behalten. Verrohung im einen Bereich kann zu Verrohung im anderen führen. Eine Erziehung zum sensiblen und offenen Umgang mit Menschen in ihrer konkreten Leiblichkeit und Geschlechtlichkeit, dürfte kaum mit gefühl- und rücksichtslosen Verhaltensweisen gegenüber Haustieren, fühlenden Lebewesen oder auch bloßen Mitbewohnern unserer Biosphäre zu vereinbaren sein. So richtig es ist, dass es beschämend ist, wenn eine soziale Kategorie zwar in der Lage ist, mit der sich verschlechternden Lage der Kutschpferde mitzufühlen, nicht aber mit der der Fabrikkinder und Bettlerinnen, so falsch wäre es, sich zu wünschen, auch diese Art von Sensibilität würde sich noch verflüchtigen – etwa zugunsten einer Solidarisierung mit prügelnden Kutschern und Werkstattvorstehern. ::

RASSISMUS – EIN HISTORISCHER ABRISS

ALBERT ZECHERU, ZAG

George M. Fredrikson ist Historiker und war unter anderem Co-Direktor des Forschungsinstituts für Vergleichende Studien zu Rasse und Ethnizität an der Stanford University. Dies über einen Autor zu wissen mag sekundär sein, sollte jedoch bei der Lektüre dieses Buches im Hinterkopf behalten werden. Man wäre sonst an mancher Stelle geneigt, es wieder aus den Händen zu legen, würde dabei aber eine gut geschriebene Darstellung der Geschichte des Rassenbegriffs und rassistischer Ideologien verpassen. ::::::: Einen Grund, der den Lesegenuss beeinträchtigt, liefert der Autor zu Beginn der Einleitung des Buches mit der Aussage: »Hitler berief sich auf rassistische Theorien, um seinen Völkermord an den europäischen Juden zu rechtfertigen ...« (9). Folgt man dem Verfasser, der in seiner Einleitung den Holocaust sehr personalisiert als Hitlers Völkermord umschreibt, so bleibt Antisemitismus als eine Form von Rassismus übrig. Diese Ansicht durchzieht weite Teile des Buchs und mag sich mit gängigen und vergangenen Erklärungsansätzen von HistorikerInnen decken. Jedoch trifft es nicht die dem Antisemitismus eigene und vom Rassismus unterschiedene Entstehungsgeschichte und gesellschaftliche Funktion. Für den Verfasser bildet der Antisemitismus historisch eine Art Übergangsform zwischen religiös motiviertem Antijudaismus und biologistischem Rassismus: »Der Antijudaismus wurde erst dort zum Antisemitismus, wo er in so verzehrenden Hass umschlug, dass man die Juden lieber beseitigte, als ihre Bekehrung zu versuchen; und der Antisemitismus wurde zum Rassismus, als sich die Überzeugung durchsetzte, Juden hätten nicht nur den falschen Glauben und falsche Einstellungen, sondern seien ihrem Wesen nach schlecht und böse.« (22/23) Jedoch löst sich Antisemitismus für den Autor nicht im Rassismus auf, sondern bildet eine von zwei unterschiedenen Hauptformen des Rassismus: Dies ist zum einen der »rassische Antisemitismus« der Juden zu einer ihnen wesensmäßig zugeschriebenen Bedrohung werden lässt (30) und zum anderen die in diesem Zusammenhang etwas unglücklich formulierte »Überlegenheit der Menschen weißer Hautfarbe gegenüber schwarzen Menschen« (30). Zentral für diese Einteilung ist eine eng angelegte Definition von Rassismus, die sich sehr abstrakt allein auf die Zuschreibung unüberbrückbarer Wesensmerkmale beschränkt: »Von der Existenz einer rassistischen Einstellung kann man sprechen, wenn Differenzen, die sonst als ethnokulturelle betrachtet werden, für angeboren, unauslöschlich und unveränderbar erklärt werden. Eine solche Einstellung kommt am deutlichsten zum Ausdruck, wenn ethnische Differenzen, die in der Sprache sowie in Bräuchen und Verwandtschaftsbeziehungen wurzeln, zu Wesensmerkmalen eines imaginären Kollektivs umgedeutet werden, die auf Pigmentierung der Haut oder auf einen sprachgeschichtlich begründeten Abstammungsmythos beruhen.« (13) Verständlich, dass bei so wenig Spielraum der Kategorie Rassismus viel vergleichbar wird und so Antisemitismus zu einer Form von Rassismus wird. ::::::: Doch bleibt der Autor nicht beim biologistisch begründeten Rassismus und »rassischem Antisemitismus« stehen, der mittlerweile kaum noch öffentlichen Ausdruck findet und sich durch kulturalistisch begründeten Rassismus im einen Fall und Antizionismus im anderen ablöste. Mit diesem befasst sich ein relativ kurzer Epilog gegen Ende des Buches. Worauf der Autor gar nicht eingeht, sind relativ moderne Rassismustheorien beispielsweise eines Stuart Hall. Dafür erhält man durch den ganzen Band hindurch und besonders im letzten Kapitel einen guten rezeptionsgeschichtlichen Überblick zum Begriff des Rassismus seit den 1920er Jahren. ::::::: Durch sein enges Verständnis ist es ihm zudem möglich, eine sehr klare Darstellung des Rassismus zu liefern und Unterschiede zu religiös motivierter Diskriminierung aufzuzeigen. Gerade durch diese Klarheit wird zumindest der kritische Leser fast automatisch ermutigt, seine eigenen Auffassungen zu überdenken und eventuell zu schärfen. Denn auch ein zu weiter Rassismus- und Antisemitismusbegriff, der überall und ständig sich zu bestätigen scheint, büsste seine gesellschaftsanalytische Kraft allzu schnell ein.

RASSISMUS Ein historischer Abriss, George M. Fredrikson, Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft mbH, Hamburg 2004, EUR 18,00

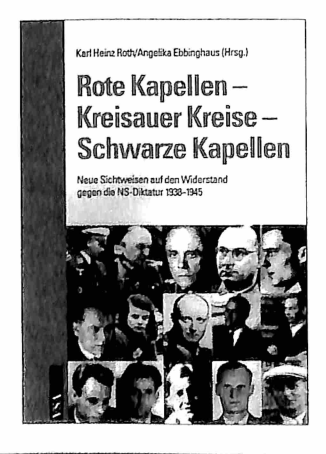


ROTE KAPELLEN – KREISAUER KREISE – SCHWARZE KAPELLEN

AZ, ZAG

Um ein weiteres Buch zum Widerstand in Deutschland während der NS-Diktatur zu verfassen, bedarf es momentan guter Begründungen, will man nicht gleich in den Kanon der Relativierung deutscher Verbrechen während der Nazi-Zeit mit aufgenommen werden. ::::::: Denn nachdem die Deutschen nun endgültig als Verführte ihres Führers und Opfer alliierter Bombenangriffe rehabilitiert zu sein scheinen, bot der 60. Jahrestag des 20. Juli Grund zur Vermutung, dass nun auch die gescheiterten Widerständler der NS-Eliten endgültig in den Vordergrund kollektiver Gedächtnisse rücken. Es gab Widerstand, keine Frage, jedoch war dieser genauso gering wie vielfältig und entstand aus allen sozialen Lagen heraus. In der historischen Betrachtung bietet bereits der Begriff »Widerstand« zum einen Schwierigkeiten, zum anderen große Spielräume. Seine Definition war vor allem während des Kalten Krieges unter Historikern umkämpftes Terrain: konnte oder musste bereits die Verweigerung des Hitlergrußes als passiver Widerstand gewertet werden oder bot erst die Möglichkeit eines erfolgreichen Attentats auf Hitler Raum, um überhaupt von aktivem Widerstand reden zu können? Innerhalb dieser Spannbreite möglicher Zuordnungen wurden entsprechend viele oder wenige Menschen zu Widerständlern oder konnten sich gar, wie der letzten Auffassung zufolge, überhaupt nur aus den Eliten des NS-Staats heraus etablieren. ::::::: Je nach politischer Auffassung oder politischem Auftrag wurden so unterschiedliche Geschichten »des Widerstands in Deutschland« geschrieben. Stand in Westdeutschland die Wahrnehmung des kommunistischen Widerstands in den 50ern gänzlich außerhalb jeder Betrachtung, so wurden selbst die Verschwörer des 20. Juli zunächst als Volksverräter gebrandmarkt. Umgekehrt in der DDR: hier wurde der Widerstand fast ausschließlich exilierten Kommunisten zugeschrieben. Erst nach dem Ende des Kalten Krieges änderten sich die Sichtweisen in der Forschungslandschaft, auch wenn man bei kulturindustriellen Produktionen von Knopp und Fest/Eichinger den Eindruck gewinnen mag, mit einer kritischen Geschichtsschreibung wäre es nun gänzlich zu Ende. ::::::: Karl Heinz Roth und Angelika Ebbinghaus versuchen in ihrem Buch »Rote Kapellen – Kreisauer Kreise – Schwarze Kapellen« jenseits jeglicher Mythosbildung mit dem vorliegendem Buch eine historische Darstellung des gesamten Widerstands. Gleich zu Beginn des Vorworts geben sie zu bedenken, bei ihrer mittlerweile drei Jahrzehnte währenden Beschäftigung »mit der Geschichte des deutschen Widerstands gegen die NS-Diktatur [...] nie das gesamte Spektrum im Blick« (7) gehabt, sondern sich statt dessen »fast ausschließlich mit dem Widerstand der Unterschichten und gegen sie gerichteten Repressionen« (7) auseinandergesetzt zu haben. »Der bürgerliche Widerstand und seine Überhöhung zu einem legitimationsstiftenden nationalen Mythos durch die konservative Geschichtspolitik beschäftigte [sie dagegen] nur am Rande.« (7) Diesmal jedoch wollen sie einen kritischen Schwerpunkt auf den bürgerlichen und militärischen Widerstand setzen. Für ersteren steht hier vor allem der Kreisauer Kreis. Dieser repräsentiert eine sehr kleine Gruppe aus den damaligen Eliten der Gesellschaft, die von Beginn an in Opposition zum Nationalsozialismus stand und ab 1941/42 an konkreten Plänen für eine föderale, nicht nationalstaatlich organisierte Nachkriegsgesellschaft arbeiteten. Unter dem bisher unbekannten Oberbegriff »Schwarze Kapellen« wird der militärische Widerstand verhandelt. Beachtung finden hier vor allem die Ereignisse und Persönlichkeiten, die zum 20. Juli führten. Die Gestapo fasste unter »Schwarze Kapelle« genau diese Gruppe in ihrer Fahndungsakte zusammen. Dies gilt ebenso für die weitaus bekanntere Bezeichnung »Rote Kapelle«, unter der die Gestapo für sie linke aktive Widerständler als eine gemeinsame Gruppierung in ihren Akten führte. ::::::: Was das Buch besonders auszeichnet ist das Kapitel »Die Geschichte des Widerstands als Erinnerung: Angehörige und Zeitzeugen«. Selbst dann, wenn einem durch verschiedene Fernsehdokumentationen das Interesse an O-Tönen von Zeitzeugen, durch die falsche Inhalte in richtig erscheinender Form präsentiert werden, vergangen sein mag. Neben der Entstehung der Roten Kapelle und einem Gespräch mit dem Bruder von Harro Schulze-Boysen, einer zentralen Figur in dieser Widerstandsgruppe, kommt dort auch die Frau von Helmuth von Moltke zu Wort, neben Peter Yorck von Wartenburg, Mitbegründer des Kreisauer Kreises. ::::::: Deutlich wird hier, dass es in der Tat eine wirkliche bürgerliche Opposition zum NS gab und von bürgerlich-reaktionären Gruppen, wie dem Goerdeler Kreis oder dem militärischen Widerstand, denen Hitler lediglich irgendwann zu weit ging, zu unterscheiden ist. ::::::: Als gut lesbarer Einstieg in die Thematik und sachlicher Gesamtüberblick über die wichtigsten Gruppierungen ist dieses Buch nur zu empfehlen.

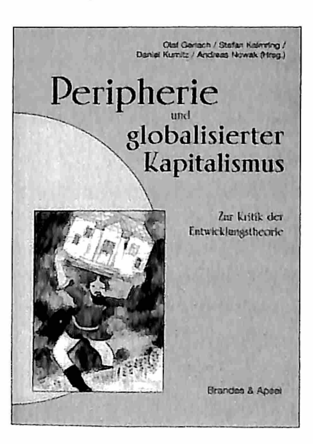
ROTE KAPELLEN – KREISAUER KREISE – SCHWARZE KAPELLEN Neue Sichtweisen auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur 1938 bis 1945, Karl Heinz Roth und Angelika Ebbinghaus (Herausgeber), VSA-Verlag Hamburg, 2004, EUR 19,80



ENTWICKLUNG

Die globalisierungskritischen Bewegungen haben sich in den letzten Jahren an der Politik von transnationalen Institutionen, entwicklungspolitischen Agenturen und internationalen Unternehmen abgearbeitet und die Situation der Peripherie wieder in den Fokus des Interesses gerückt. Dieser Sammelband setzt sich kritisch mit dem Diskurs der Entwicklung auseinander, der immer noch beherrschet wird durch teleologische, androzentrische und neoliberale Ansätze. Es wird eine kritische Einführung in verschiedene Bereiche der Entwicklungsthematik jenseits des neoliberalen Mainstreams geliefert. ::::::: Neben Beiträgen zur Geschichte des Entwicklungsbegriffs, finden sich Texte zur Kritik der entwicklungstheoretischen Orthodoxie – Modernisierung, Androzentrismus, Nationalstaat, Außenhandelstheorie. Die »großen« Theorien wie Modernisierungstheorie, Dependenzansatz und Marxismus werden auf ihre mögliche Aktualität geprüft und neuere Ansätze wie radikale Geografie, neuere Imperialismusdebatte und internationale politische Ökonomie vorgestellt.

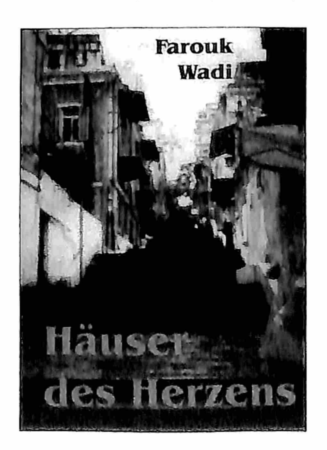
PERIPHERIE UND GLOBALISIERTER KAPITALISMUS Zur Kritik der Entwicklungstheorie. Olaf Gerlach und andere (Herausgeber), Brandes und Apsel Verlag, Frankfurt am Main, EUR 25,00



HERZUNG

Diese Geschichte wird von einem palästinensischen Autor erzählt, der nach langen Jahren seine Heimat besucht. Erinnerungen werden in einer poetischen und sehr bildhaften Sprache geschildert. Diese Bilder vermitteln viele Informationen zur Geschichte der Städte Ramallah und ihrer Schwesterstadt al-Bireh samt ihrer Einwohner. ::::::: Die Auseinandersetzungen der aktuellen Politik finden keine Erwähnung, allerdings ist die Präsenz des israelischen Millitärs allgegenwärtig. Ein schönes Buch, das bei aller Ernsthaftigkeit zum träumen und verweilen einlädt.

HÄUSER DES HERZENS Farouk Wadi, Verlag Kinzelbach, Mainz, EUR 18,00



ZUWANDERUNG

Das dieses Jahr in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz alleine bringt schon viele Neuerungen, die für die Arbeit mit Flüchtlingen relevant sind. Im Zusammenhang mit der veränderten Sozialgesetzgebung – Hartz IV und ALG II – sind noch viele Fragen unbeantwortet. Einen guten Überblick zum neuen Zuwanderungsgesetz, bietet das Ende letzten Jahres erschienene Buch von Georg Classen (Berliner Flüchtlingsrat) und Hubert Heinold (Anwalt für Asylrecht). Es wird ein erster verständlicher Einstieg in die Materie gegeben. Schwerpunkte der Darstellung sind die aufenthaltsrechtlichen und sozialrechtlichen Änderungen.

DAS ZUWANDERUNGSGESETZ Hinweise für die Flüchtlingssozialarbeit. Hubert Heinhold und Georg Classen (Herausgeber, Informationsverbund Asyl/ZDWF e.V., von Loeper Literaturverlag, Karlsruhe, EUR 09,50

THEMENSCHWERPUNKTE

1992	Nummer 2	Greift ein! – Schaut nicht länger weg
	Nummer 3	Wer schweigt stimmt zu
	Nummer 4	Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda
	Nummer 5	Roma/Rostock (vergriffen)
1993	Nummer 6	Gleiche Rechte für Alle/Lagerkampagne (vergriffen)
	Nummer 7	Rassismus und Medien (vergriffen)
	Nummer 8	Ausweisung und Abschiebungen (vergriffen)
	Nummer 9	Bleiberecht für Vertragsarbeiterinnen (vergriffen)
1994	Nummer 10	Rassismus und Bildung
	Nummer 11	Innere Sicherheit
	Nummer 12	Rassismus und Soziale Frage
	Nummer 13	Polizei und Justiz
1995	Nummer 14	Deutscher Antirassismus? Gemeinsame Ausgabe mit Off Limits
	Nummer 15	Illegalisierung
	Nummer 16	Europa
	Nummer 17	Alltag-Kultur-Rassismus
1996	Nummer 18	VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit Arranca!
	Nummer 19	Einwanderungspolitik
	Nummer 20	Ökologie
	Nummer 21	Balkan, Krieg und Flucht
1997	Nummer 22	City 2000
	Nummer 23	Mobilität
	Nummer 24	Globale Migrationskontrolle
	Nummer 25	Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität
1998	Nummer 26	MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt
	Nummer 27	Antirassistische Jugendarbeit
	Nummer 28	Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte
	Nummer 29	Sport und Rassismus
1999	Nummer 30	Das Ende der Tabus
	Nummer 31	Gesundheit als Privileg
	Nummer 32	Die Bilder-ZAG
	Nummer 33	Konzepte antirassistischer Arbeit
2000	Nummer 34	Islambilder
	Nummer 35	Schengenland
	Nummer 36/37	Zimmer ohne Aussicht
2001	Nummer 38	Abschiebehaft
	Nummer 39	Antisemitismus
2002	Nummer 40	Blitzkulturen
	Nummer 41	Monster AG
2003	Nummer 42	911 Turbo
	Nummer 43	Antiziganismus
2004	Nummer 44	Migrationsmanagement
2005	Nummer 45	Migration von Frauen

ZAG IM ABONNEMENT

Wer die ZAG regelmäßig lesen möchte, sollte abonnieren. Ein ZAG-Abo (4 Ausgaben) kostet EUR 14,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 20,00). Lieferung nur gegen Vorauskasse und vollständig ausgefüllterBestellung und Überweisung, also mit Name, Adresse und Wohnort. Überweisungen ohne Angabe von Namen oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden! Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassitische Initiative. Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens 5 Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden.

HALLO?

ANTIRASSISTISCHE UND ANTIFASCHISTISCHE TELEFONE IN DER BRD

Berlin	Antirassistisches Telefon 0 30.7 85 72 81 Mo 17.30 bis 21.00 Uhr, Di 19.00 bis 21.00 Uhr, Do 17.00 bis 19.00 Uhr
Bremen	Anti-Rassismus-Büro 04 21.70 64 44 Mi 18.00 bis 20.00 Uhr
Dortmund	Infotelefon Dortmund 02 31.41 66 65
Düsseldorf	Nottelefon gegen Rassismus 02 11.9 92 00 00 24 Stunden
Erlangen	Infobüro gegen Rassismus 0 91 31.20 22 68 Di 10.00 bis 12.00 Uhr
Essen	Anti-Rassismus-Büro 02 01.23 20 60
Giessen	Antirassistisches und Antifaschistisches Notruftelefon 04 61.79 14 64 Mo bis Sa 19.00 bis 20.00 Uhr, So 20.00 bis 21.00 Uhr
Hamburg	Antirassistisches Telefon 0 40.43 15 87 Mo bis Sa 09.00 bis 23.00 Uhr
Kassel	Büro antirassistischer Initiativen 05 61.17 91 9
Lübeck	Antifaschistisches Telefon 04 51.7 02 07 48 täglich ausser So und Di 18.00 bis 21.00 Uhr
Passau	Infotelefon Antifa 08 51.3 61 06 Fr 16.00 bis 18.00 Uhr

BESTELLPOSTKARTE

ZAG
ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V.
YORCKSTRASSE 59, HH
D-10965 BERLIN

Ich abonniere die ZAG ab der Nummer
und erhalte ein ZAG-Jahresabo, vier Ausgaben
zum Preis von EUR 14,00.

Das Auslandsabo zu EUR 20,00

Das Förderabo in Höhe von EUR

Bitte schickt mir als Willkommen kostenlos
den Jahrgang 1999, Nummer 30 bis 33 oder

Bitte schickt mir die Mumia-CD

NAME, ADRESSE

NACH ERHALT EINER RECHNUNG ÜBERWEISE ICH AUF DAS KONTO:
Antirassistische Initiative Berlin e.V.
Bank für Sozialwirtschaft e.V.
BLZ 100 205 00
Stichwort ZAG
Kontonummer 3039 601